

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Vor der Krise ist nach der Krise?

ab Seite 8

Interview:
Eintreten für soziale Gerechtigkeit

ÖGB-Präsident Erich Foglar
im Gespräch mit BetriebsrätInnen

8

Schwerpunkt:
Bock als Gärtner?

Der neue Chef der ÖIAG stammt
aus der Industriellenvereinigung

26

Internationales:
Mindestlohn für Asien

In der Textilindustrie sollte man
von der Arbeit leben können

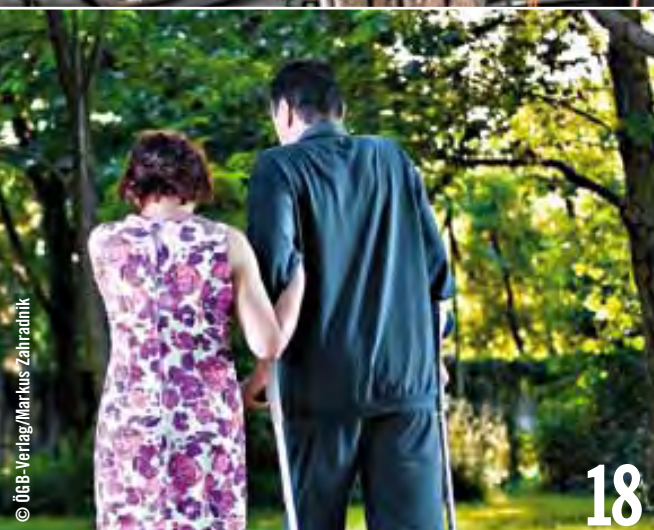
44



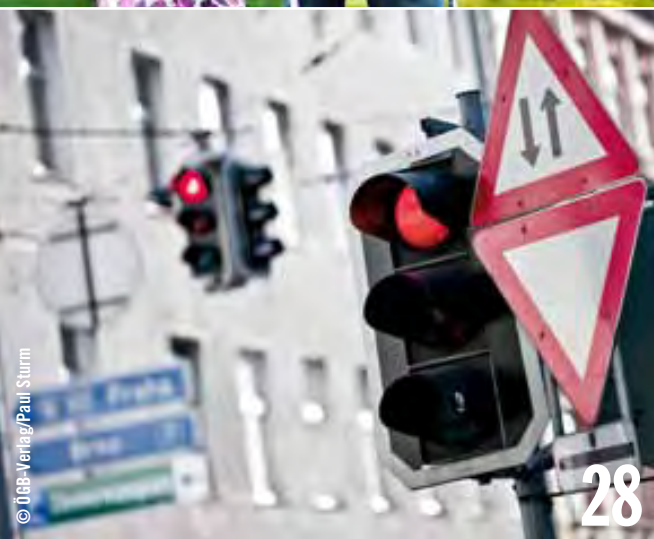
8



12



18



28

Schwerpunkt:

- Von wegen fair teilen ...** 12
Die Krise hat die Verteilungsschieflage in den Unternehmen verschärft. Satte Renditen, großzügige Dividenden – was bleibt?
- Krise im Betrieb** 14
Eine Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Wahrnehmung der Krise in österreichischen Betrieben.
- Aufwärts mit Sparpaketen** 16
Die Auftragsbücher werden voller, Kurzarbeit seltener, die Börsenkurse steigen wieder – die Krise scheint überstanden.
- Bildungs- und Sozialmilliarde rechnet sich** 18
Sie ist eine sinnvolle Investition zur langfristigen Entlastung des Budgets.
- Sparpolitik ist common nonsense** 20
Wir nicken, wenn es heißt: Der Staat muss sparen. Doch ist das wirklich so? Wem nützt das? Und wann ist das Gegenteil richtig?
- Fragestunde zur Budgetsanierung** 22
Staatssekretär Andreas Schieder beantwortet WirtschaftslehrerInnen und SchülerInnen Fragen zu Budget und Konsolidierung.
- Schau genau** 24
Eine Lehre aus der Krise: Kein Markt, kein Anbieter, kein Produkt soll künftig ohne Aufsicht sein – Regeln sind notwendig!
- ÖIAG – ganz neu?** 26
Ab Juli wird Markus Beyrer von der IV neuer ÖIAG-Chef. Verkommt die ÖIAG zur Filiale der Privatindustriellen?
- Konservativ führt** 28
Während der Krise misstrauten auch konservative Regierungen der freien Marktwirtschaft. Jetzt läuft es wieder wie früher.
- Lebensstandard, Wachstum, Verteilung** 30
Anfang der 1980er kam es zur neoliberalen Wende – seitdem profitiert die Bevölkerung nicht mehr vom Wirtschaftswachstum.
- Richtiger, aber nur erster Schritt** 32
Seit Herbst 2010 existiert die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich – ein Handbuch zeigt Stärken und Schwächen.
- Wo steht Österreich?** 34
Vor kurzem wurde eine länderübergreifende Studie zu sozialer Gerechtigkeit in der OECD präsentiert.

Soziales Europa vor dem Aus? 36

Die von Merkel und Sarkozy vorgeschlagene Wirtschaftsregierung sorgt bei den ArbeitnehmerInnenvertretungen für heftige Kritik.

Economic Governance 38

Ist die EU-Wirtschaftsregierung der Einstieg in einen Wettbewerb des Lohn- und Sozialdumpings?

Zahlen, Daten, Fakten 40**Während und nach der Krise 41****Interview:****„Wir haben Feuerwehrfunktion“ 8**

ÖGB-Präsident Erich Foglar im Gespräch mit zwei BetriebsrätInnen, die die SOZAK besuchen, über die Krise und die Folgen.

Gesellschaftspolitik:**Heeresdebatte 42****Internationales:****Für einen existenzsichernden Mindestlohn in Asien 44****Standards:**

Standpunkt: Das Spiel geht weiter 4

Veranstaltung: Emanzipation Macht Gerechtigkeit 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Eine bleibende Verbesserung 11

Man kann nicht alles wissen 46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader/

Keine Entspannung

Redaktion intern

Nach der Krise ist vor der Krise, bestätigt ÖGB-Präsident Erich Foglar das Schwerpunktthema der „A&W“ 3/2011, mit einem Unterschied: „Die ArbeitnehmerInnen sind massiv unter Druck geraten und zahlen zum Großteil die Zeche für die Bewältigung der Krise.“ Das Interview führten wir wieder gemeinsam mit zwei KollegInnen, die derzeit den 60. Lehrgang der Sozialakademie besuchen: Sabine Schwarzendorfer und Andreas Guttmann.

Dass die alte Fußballweisheit „nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ auch für die Krise

gilt, beweist der AK-Unternehmensmonitor – statt mehr Fairness wurde die Verteilungsschieflage verstärkt (S. 12). BetriebsrätInnen haben Feuerwehrfunktion, weiß auch der ÖGB-Präsident, für viele von ihnen sind die Zeiten daher besonders hart, wie hart, untersuchte eine aktuelle Diplomarbeit (S. 14). SchülerInnen Volkswirtschaftslehre näherzubringen, ist Johannes Lindner ein Anliegen, daher hat er auch eine Fragestunde mit Finanzstaatssekretär Schieder organisiert – lesen Sie dazu den Artikel des Maturanten Raphale Zajac (S. 22).

Die vorliegende A&W setzt sich aber nicht nur mit der Krise auseinander, sondern auch mit der Diskussion zur Heeresreform (S. 42) und der Forderung nach Mindestlöhnen für Asiens TextilarbeiterInnen (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Katharina Klee
Chefredakteurin

© DGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Das Spiel geht weiter

In Japan bebte die Erde und rund um die Welt sind Menschen vor ihren Fernsehgeräten und Computern erschüttert. Doch nicht nur die Naturkatastrophe bewegt uns, sondern mehr noch die – erst durch Menschenhand entstandene – andere, größere Bedrohung: der Super-Gau.

Mehr als 50 AKW - 256 Vulkane

Japan war auf Erdbeben vorbereitet, berichten alle KorrespondentInnen in den klassischen Medien und im weltweiten Netz. Rund um die Uhr sind Tausende Bilder aufzurufen, Augenzeugenberichte, Filme, Analysen. Doch die wahre Gefahr ist unsichtbar, wie wir spätestens seit Tschernobyl wissen. In Japan hat man mit den verheerenden Folgen atomarer Verstrahlung schon viel länger Erfahrung, wenn auch in noch konzentrierterer Form, denken wir nur an Hiroshima.

Und trotzdem stehen oder standen in diesem Hightech-Land über 50 AKW. Sicher, man wusste um die Risiken der tektonischen Zone – immerhin finden sich 265 Vulkane auf der Insel – aber das Risiko ging man ein. Energie ist Geld.

Der Reaktor von Fukushima war 40 Jahre alt, es gab Vertuschungsskandale um Schäden. Auch das sind die Spielregeln des freien Marktes, die Strom zu

Ware machen und sich über Risiken und Nebenwirkungen ausschweigen. Die Stromunternehmer in Japan machen die Info-Schotten genauso dicht, wie ihre kommunistischen Vorgänger in Tschernobyl. Sie sind Gambler, die ihr Spiel machen. Den Preis zahlen wir wohl alle.

Das große Beben ließ auch die Börsen erzittern – die Folgen, die diese Katastrophe in der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt für den Weltmarkt haben wird, sind noch nicht abschätzbar.

Was das mit: „Nach der Krise ist vor der Krise“, dem Schwerpunkt dieses Heftes zu tun hat, fragen Sie sich vielleicht: Die Naturkatastrophe mit der Finanzmarktkatastrophe?

Es ist diese Gamblingmentalität, die für mich hier und dort zum Ausdruck kommt, die Verantwortungslosigkeit und dieses Gefühl der Unverwundbarkeit, das die SpekulantInnen an den internationalen Börsen mit den BetreiberInnen der japanischen AKW eint. Wird schon nichts passieren, lautet das optimistische Dogma. Auch ich bin Optimistin. Ich gehöre zu diesen Leuten, die gerne darauf verwiesen, dass sich das chinesische Schriftzeichen für Krise aus Teilzeichen für „Gefahr“ und „Chance“ zusammensetzt. Und so habe ich irgendwo auch gehofft, dass die Finanzmarktkrise auch etwas Positives bewirkt: Dass

die Menschen umdenken und sich wehren, dass diese Gamblingmentalität eingegrenzt wird, dass dem Neoliberalismus die Larve vom Gesicht gerissen wird.

Aber die Spieler tragen noch immer ihre Masken. Die, die gestolpert sind haben sich meist schon wieder aufgerappelt, kassieren längst wieder fette Boni, machen wieder gute Geschäfte. Und wir sehen zu, empören uns nicht und akzeptieren die Gesetze des Marktes wie Naturgesetze, Schulter zuckend und ohne Gegenwehr.

Vor 25 Jahren Tschernobyl

Tschernobyl vor 25 Jahren hat nicht den Ausstieg aus der Atomenergie gebracht – ganz im Gegenteil: Seit damals sind neue Reaktoren entstanden, und auch Japan wird vermutlich allen Risiken zum Trotz nicht auf den günstigen Strom verzichten. Auch dort wird man die Katastrophe schnell wieder vergessen haben, neue AKW werden aufsperrn, allen Ängsten und Unsicherheiten zum Trotz.

Auch weil wir es zulassen, weil wir mitspielen und da oder dort sogar den Gamblern applaudieren. Wie sagte schon Einstein: „Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.“ Es ist an uns!

Emanzipation Macht Gerechtigkeit

Am 10. März 2011 fand eine Veranstaltung zum 100. Internationalen Frauentag im Rahmen des 60. Jahrgangs der Sozialakademie statt.

Unter dem Motto „Emanzipation Macht Gerechtigkeit“ fand am 10. März 2011 eine Diskussion zum 100. Internationalen Frauentag statt. Aus diesem Anlass beschäftigte sich der 60. Lehrgang der Sozialakademie mit Geschichte und Er rungenschaften der Frauenbewegung sowie aktuellen frauenpolitischen Themen. Dabei wurde auch über gewerkschaftliche Strategien zur Umsetzung dieser Forderungen diskutiert. Andrea Griesebner, Professorin an der Uni Wien, präsentierte die Geschichte des Frauentags und gab

einen kurzen Überblick über das Thema „Gender Mainstreaming“. Christa Pözlbauer, Mitinitiatorin des Frauenvolksbegehrens 1997 berichtete, wie das Frauenvolksbegehren zustande kam, und mit welchen aktionistischen Mitteln die Frauen auf ihre Rechte aufmerksam machten. Ingrid Moritz, die Leiterin der Abteilung Frauen und Familie der AK Wien, brachte die aktuellen politischen Forderungen in die Diskussion ein. Sabine Letz, Leiterin des VÖGB moderierte die Veranstaltung.

BUCHTIPP

Irmtraut Karlsson

Frauen graben, wo sie stehen.

Frauengeschichte von unten – Gendermainstreaming in der Praxis, ÖGB-Verlag, 2010, 160 Seiten, € 9,90, ISBN 978-3-7035-1449-4



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Andrea Griesebner (2. v. l.), Professorin für neuere Geschichte an der Uni Wien, gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte des Frauentags. Rechts von ihr Christa Pözlbauer und Ingrid Moritz.



TeilnehmerInnen des 60. Lehrgangs der Sozialakademie lauschen gespannt der Podiumsdiskussion. Die Sozak bietet die umfassendste Ausbildung für ArbeitnehmervertreterInnen.



Die Betriebsräte und Sozak-Schüler Michael Huber und Thomas Kinberger diskutierten auch nach der Podiumsrunde mit VÖGB-Leiterin Sabine Letz lebhaft weiter.



Eines haben alle Veranstaltungen der Sozialakademie miteinander gemeinsam: Hier wird effektive Wissensvermittlung mit sozialer Kompetenz gekoppelt.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adolf Buxbaum,
Lucia Bauer, Günther Chaloupek, Thomas Fessler,
Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee
(Chefredakteurin), Karl Kollmann, Georg Kovarik,
Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus Mulley,
Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider,
Georg Sever, Paul Sturm, Erik Türk, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Adolf Buxbaum,
Günther Chaloupek, Margit Epler, Helmut Ettl, Astrid Fadler,
Daniel Flamme, Dagmar Gordon, Julia Hofmann, Werner Hörtnar,
Wilfried Leisch, Johannes Lindner, Amela Muratovic,
Markus Oberrauter, Brigitte Pellar, Walter J. Pfeil,
Sybille Pirklbauer, Christian Resei, Oliver Röpke, Paul Sturm,
Norman Wagner, Christina Wieser, Markus Zahradnik,
Raphael Zajac

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB Kärnten:

Alpe-Adria-Lehrlingsverbund

Regionales Potenzial für eine bessere Ausbildung nutzen.

Eine Vorreiterrolle in der Lehrlingsausbildung einzunehmen und dem Land einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen – diese Ziele werden mit den von ÖGB und ÖGJ Kärnten präsentierten Reformvorschlägen zur Lehrlingsausbildung verfolgt. Gemeinsam arbeiten sie unter anderem an einem Modell, das künftigen jungen Menschen eine verknüpfte Ausbildung in drei Ländern – in Kärnten, Slowenien und Friaul – ermöglichen soll.

Wirtschaft und Industrie kommen ihrer Aufgabe, junge Menschen auszubilden, kaum mehr nach, die Durchfallquoten bei Lehrabschlussprüfungen lassen auf Mängel in der Ausbildung schließen und gleichzeitig warnt die Industrie eindringlich vor einem drohenden Facharbeitermangel. Der Alpe-Adria-Lehrlingsverbund soll diesem Negativtrend entgegenwirken. Das Modell basiert auf der Idee, dass Lehrlingen die Möglichkeit gegeben wird, in mehreren Betrieben über die Landesgrenzen hinaus, eine Ausbildung zu absolvieren.

„Das Fehlen bestimmter zur Ausbildung wichtiger Strukturen im Betrieb muss dann nicht länger ein Grund sein,

keine Lehrlinge auszubilden. Denn dadurch, dass sich mehrere Betriebe zusammenschließen, können derartige Defizite ausgeglichen werden“, erklärt Hermann Lipitsch, Landesvorsitzender des ÖGB Kärnten. „Lehrlinge bekommen somit eine bessere und umfassendere Ausbildung bei gleichzeitigem Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen, was sich positiv auf Verdienstmöglichkeiten und Zukunftschancen der Jugendlichen und in weiterer Folge natürlich auch auf die Wirtschaft auswirkt“, so Lipitsch.

Das Modell würde ebenso einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene leisten und das Bundesland als Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken. Lipitsch ist auch überzeugt, dass der Alpe-Adria-Lehrlingsverbund das regionale Bewusstsein der Menschen in Kärnten stärken würde, was angesichts anhaltender Diskussionen zu Ortstafeln und Zweisprachigkeit mit Sicherheit ein Vorteil wäre.

Mehr Infos unter:

www.oegb.at/kaernten

Arbeiterkammer:

Vergleichen bringt Bares

Mit AK-Tarifrechtern zum günstigsten Telefon- und Internetangebot.

Zeit nehmen und genau rechnen lohnt sich bei den Telefon- und Internettarifen, rät die AK. Die Ersparnisse sind enorm. Das zeigt eine aktuelle Analyse von Konsumentenabfragen bei der AK zu Internet- und Telefonarifizrechtern. AK-KonsumentInnenenschützerin Daniela Zimmer: „Der erste Blick reicht oft nicht. Denn etwa Freiminuten beim Telefonieren, Frei-SMS oder unterschiedliche Datenpauschalen beim mobilen Internet können zu Kostenfallen werden.“ Aktuell sind in den AK-Tarifrechtern 77 Mobilfunk- und 34 mobile Datentarife für KonsumentInnen. Die AK hat 21.633

Konsumentenabfragen von ihren Handytarif-, Internettarif-, mobilen Internet- und Festnetzrechtern von vier Monaten ausgewertet (Oktober 2010 bis Jänner 2011). Dabei zeigen sich extreme Preisunterschiede. Wird z. B. der billigste Tarif mit dem mittleren Tarif verglichen, sind beim Handy durchschnittlich Ersparnisse von 81 Prozent drinnen, beim Internetrechner 52 bis 77 Prozent (abhängig von der Entbündelung), beim mobilen Internetrechner 75 Prozent und beim Festnetzrechner 38 Prozent.

Mehr Infos finden Sie unter:

tinyurl.com/5vw24s6

ÖGB:

9. April 2011: Fahr mit zur Demo!

Nein zu Sparmaßnahmen, für ein soziales Europa, für gerechte Bezahlung und Jobs.

Die Finanzkrise hat Europa in eine unheilvolle Situation gebracht: Mehr als 23 Millionen Arbeitslose, Millionen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, und soziale Spannungen nehmen überall zu.

Die einzigen Antworten der Europäischen Regierungen darauf waren drastische Sparmaßnahmen.

Wir haben die Krise nicht verursacht: Wir lehnen eine Ideologie ab, die den Wettbewerb zum einzigen Element

des Zusammenlebens in Europa macht; wir lehnen die Kürzung von Löhnen, Sozialleistungen und Pensionen ab; wir lehnen die Aufweichung von Arbeitsrechten und soziale Rückschritte ab.

Wir wollen ein sozialeres Europa: Wir verlangen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer; wir verlangen eine nachhaltige Politik für Wachstum und Beschäftigung, die auch ökologisch verträglich ist; wir verlangen verstärkte

Koordinierung in steuerlichen Fragen und mehr Transparenz, um Sozialdumping in Europa zu verhindern.

Abfahrtsdaten Wien: ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, 8.00 Uhr, U2-Station Donaumarina. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Informationen auch zu den Abfahrtsdaten in den Bundesländern finden Sie unter:

tinyurl.com/d2hh4z

Duftender Doppelpunkt:

Preisverleihung und Buchpräsentation

Wir rufen auf! Penner, Fleischwölfe und arbeitsscheues Gesindel.

Das Thema des zweiten Literaturpreises „Der Duft des Doppelpunktes“ lautete „Arbeitswelt und Sprache“. Am Freitag, den 13. Mai 2011 um 18 Uhr wird im Lesesaal der AK-Bibliothek Wien für Sozialwissenschaften, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, der Preis an die vier GewinnerInnen und ihre TutorInnen übergeben und die Anthologie („Wir rufen auf! Penner, Fleischwölfe und arbeitsscheues Gesindel“) mit den weiteren prämierten Texten vorgestellt. Der Eintritt ist frei.

Über das Buch: Das Thema des zweiten Literaturpreises „Der Duft des Dop-

pelpunktes“ lautete „Arbeitswelt und Sprache“. Ergänzt wurde der Hauptpreis dieses Mal durch den „Literatur-Twitter“. In der Anthologie sind die Beiträge der PreisträgerInnen und ihrer TutorInnen sowie die prämierten Kurztexte der „TwitteratInnen“ versammelt.

Die Menschen in den im Buch vorliegenden Texten tauchen tief in die Arbeitswelt ein. Sie entlarven „coole“ Wortschöpfungen, die ihnen den Ausverkauf ihrer sozialen Rechte schmackhaft machen sollen, als Management-Floreskeln. Sie verlieben sich und werfen mit Ausdrücken aus dem Wirtschafts-

englisch um sich. Sie zeigen sich anpassungswillig, indem sie einen flexiblen Kühlschränkinhalt fordern.

Sie erkennen, wie schmal der gesellschaftliche Grat zwischen arbeitslos und arbeitsscheu ist. Sie werden, in Arbeitsvermittlungsinstitutionen aufgerufen, zur Nummer. Sie lassen sich vom Schönreden der Bezeichnung Penner nicht blenden. Und sie stellen fest, dass hinter dem „aufgeblasenen“ Meat-Grinder nichts anderes steckt als der „gute alte“ Fleischwolf.

Mehr Info: www.literaturblog-duftender-doppelpunkt.at

Giovanni di Lorenzo im Gespräch mit Peter Huemer

Giovanni di Lorenzo (*1959 in Stockholm), deutsch-italienischer Journalist ist einer der prominentesten Journalisten und Zeitungsmacher Deutschlands. Seit 1980 ist er journalistisch tätig. Er schrieb unter anderem für „Stern“, „Transatlantik“, „Twen“, „Süddeutsche Zeitung“ und „DIE ZEIT“. 1999 wurde er Chefredakteur des Berliner Tagesspiegel und ist seit 2004 Chefredakteur der angesehenen deutschen Wochenzeitung DIE ZEIT. Er arbeitet seit 1984 im Fernsehen und moderiert seit vielen Jahren die Talkshow III nach 9 von Radio Bremen. Für seine Medienarbeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen darunter den renommierten Adolf-Grimme Preis, den Preis der europäischen Presse und den italienischen Journalistenpreis Premio Ischia. Buchpublikationen: „Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt“ und zuletzt „Wofür stehst Du?“

Donnerstag, 31. März 2011, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien
Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter.

Eintritt frei

Um Anmeldung bis 29. März wird gebeten

Telefon (01) 501 65 DW 2882

w i e n e r -
s t a
d
t g e s p r ä
c h

stadtgesprach@akwien.at

Mehr Infos: www.wienerstadtgesprach.at/aktuell

„Wir haben Feuerwehrfunktion“

ÖGB-Präsident Erich Foglar im Gespräch mit zwei BetriebsrätInnen, die derzeit die Sozialakademie besuchen, über die Krise und deren Folgen.

ZUR PERSON

Erich FOGLAR



Geboren: 19. 10. 1955 in Wien

Erlerner Beruf: Werkzeugmacher

1979–1987 Betriebsrat
(von 1982–1987 freigestellt)

1985–1987 Stv. Vorsitzender
des Arbeiterbetriebsrates

1984–1987 Bildungsreferent der Bezirksleitung
Wien-Südwest

1987–1988 Sekretär der Gewerkschaft Metall-
Bergbau-Energie (GMBE)

1988–1992 Zentralsekretär-Stv. der GMBE/
Finanzreferat

1992–9. 5. 2006 Zentralsekretär der GMBE
(15. Gewerkschaftstag), ab 2000 Gewerkschaft
Metall-Textil

29. 3. 2006–16. 5. 2006 Leitender Sekretär des
ÖGB für Finanzen

9. 5. 2006–1. 12. 2008 Vorsitzender der
Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN)
(1. Kongress GMTN/Fusion von Gewerkschaft
Metall-Textil und Gewerkschaft Agrar-Nahrung-
Genuss)

Seit 24. 1. 2007 Mitglied im Vorstand
des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

1. 12. 2008–2. 7. 2009 Geschäftsführender
Präsident des ÖGB

2. 7. 2009 Wahl zum Präsident des ÖGB beim
17. Bundeskongress

Sabine Schwarzenborfer, Alter 35, Regionalsekretärin GPA-djp Oberösterreich, Teilnehmerin des 60. SOZAK-Lehrgangs

Andreas Guttmann, Alter 37, Arbeiterbetriebsrat voestalpine Stahl Donawitz, Teilnehmer des 60. SOZAK-Lehrgangs

Arbeit&Wirtschaft: Ist unser Titel „Nach der Krise ist vor der Krise“ zu pessimistisch formuliert?

Nein, der Titel trifft es sehr genau – leider, weil sich grundlegend nichts geändert hat, was Auslöser und Ursachen der Krise betrifft. Es wird wieder spekuliert wie eh und je, es werden Boni gezahlt wie eh und je, und das Wirtschaftssystem aus Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ist ein und dasselbe wie vor der Krise. Jedoch einiges hat sich schon geändert – durch die Krise: Die ArbeitnehmerInnen sind massiv unter Druck geraten und zahlen zum Großteil die Zeche für die Bewältigung der Krise. Und die Staatsverschuldung ist aufgrund der Rettungsmaßnahmen – vor allem für Banken und aufgrund niedrigerer Steuereinnahmen – in die Höhe geschwollen. So wurde aus einer Immobilienkrise eine Finanzkrise, daraus eine Wirtschaftskrise, und die ist zu einer Schuldenkrise geworden. Jetzt droht auch noch eine soziale Krise.

All das, was eine vernünftige Reaktion darauf gewesen wäre, ist nicht eingetreten. Es wurde verabsäumt, Spekulationen einzudämmen, die Bonuszahlungen in ein vernünftiges Maß zu bringen, die Finanzmärkte zu regulieren und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Die hätte ja nicht nur eine einnahmenseitige Steuerwirkung, sondern auch eine regulierende Wirkung. Für die Finanztransaktionssteuer hat sich Anfang März eine deutliche Mehrheit im EU-Parlament gefunden. Jetzt muss die EU-Kommission rasch tätig werden. Am sinnvollsten wäre na-

türlich eine globale Lösung, aber das ist aus heutiger Sicht nicht denkbar, weil sehr viele Länder nicht bereit sind, diese Steuer einzuführen.

Was sind die Folgen der Krise?

Derzeit wird auf europäischer Ebene heftig über eine Wirtschaftsregierung, über einen Wettbewerbspakt oder über einen Euro-Pakt debattiert. Aber all das bedeutet, dass noch mehr Druck auf die einzelnen Staaten ausgeübt wird, die Staatsverschuldung rasch zurückzufahren – mit all den sozialen Härten und negativen Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien, vor allem aber auf unsere Systeme der sozialen Sicherheit, ob Pensionen, Gesundheit oder Sozialhilfe.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet hat kürzlich gemeint, er findet es unmöglich, wenn die Inflation zu Lohn erhöhungen führt. Das wirft schon die Frage auf, warum ArbeitnehmerInnen keinen Teuerungsausgleich bekommen sollten. Wir werden dafür sorgen, dass sich Trichet in dieser Frage sicher nicht durchsetzt. Schon vor der Krise hat es Konvergenzkriterien gegeben, geht es nach der EU-Kommission, sollen künftig verschärfte Kriterien gelten. Aus vormalig nur angedrohten Sanktionen sollen in Zukunft automatische werden. So gesehen ist nach der Krise auch immer vor der nächsten Krise.

Also haben wir nichts gelernt?

Kein Land der EU hätte die Krise allein durchgestanden. Fairerweise muss man



daher auch sagen: Es haben sich alle Länder in einer seltenen Einigkeit zu den Rettungsschirmen bekannt, um damit die Krise zu bekämpfen – in letzter Konsequenz wurde Solidarität aufgebracht. Das war bei der großen Wirtschaftskrise in den 1930er-Jahren nicht der Fall.

Andreas Guttman: Die Banken haben viel Geld bekommen, um wieder aus der Krise steuern zu können. Wie steht der ÖGB zur Bankensteuer? Werden die Banken diese sofort an die Kunden/Kundinnen weitergeben?

Zunächst muss man feststellen: Bank ist nicht gleich Bank. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Investmentbanken, bei denen hat die Krise ihren Ausgang genommen, und jenen Banken, die das realwirtschaftliche Geschäft betreiben – die unverzichtbar sind für ein funktionierendes Wirtschaftsleben.

Den Banken wurde daher aus guten Gründen geholfen: Denn wenn Banken zusammenbrechen, bricht die Wirtschaft zusammen – das hätte katastrophale Auswirkungen. Daher ist ein funktionierender Bankensektor ein lebenswichtiger Kreislauf der Wirtschaft. Es wurde damit aber auch gleichzeitig das Eigentum der Bank-Eigner gerettet.

Banken könnten jetzt natürlich die Bankenabgabe auf verschiedensten Wegen an ihre Kunden/-innen weitergeben, z. B. über Kontogebühren, Kreditgebühren oder Sparzinsen. Allerdings wissen wir nicht, ob die Banken diese Gebühren nicht auch ohne Bankenabgabe erhöht hätten. Daher haben wir mit der Bankenabgabe zumindest

Mehreinnahmen erreicht, die zur Krisenbewältigung beitragen. Durch das strenge Monitoring des KonsumentInnenschutzes der Arbeiterkammer und durch den Wettbewerb der Banken bei Kreditkonditionen und Sparzinsen bin ich relativ entspannt, was die Bankenabgabe betrifft.

Weniger entspannt sehe ich hingegen den in Wahrheit größten Preistreiber: die Spekulationen allgemein, und speziell Spekulationen im Lebensmittelbereich oder mit Rohstoffen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln notwendig sind. Das ist in meinen Augen ein Verbrechen an der Menschheit: Weltweit verhungern Tausende Menschen, weil sie sich Lebensmittel einfach nicht mehr leisten können.

Andreas: Wir haben in der voestalpine, zumindest in Donawitz, die Krise relativ gut überstanden. Was mich als Gewerkschafter aber sehr stört ist, dass die Arbeitslosigkeit nicht ganz so schnell zurückgeht, obwohl viele Firmen wieder hohe Gewinne schreiben. Wäre es für die Gewerkschaft denkbar, gesetzlich Überstunden für das Unternehmen so teuer zu machen, dass es nicht mehr lukrativ ist, die vorhandenen Beschäftigten zu Überstunden zu nötigen?

Es steht grundsätzlich jeder Gewerkschaft frei, im Kollektivvertrag einen Überstundenzuschlag festzulegen. Allerdings ist das gerade in Zeiten der Krisenbewältigung schwer beim Kollektivvertragspartner durchzusetzen. Unternehmen wollen in erster Linie natürlich

Überstundenzuschläge wegbekommen. Eine Lösung, um Überstunden zu reduzieren, wäre zum Beispiel auf betrieblicher Ebene. Da kann der Betriebsrat eine Regelung vorschlagen, dass eine bestimmte Anzahl von MitarbeiterInnen Überstunden leistet, und wenn das mehr werden, dann muss ein neuer Mitarbeiter, eine neue Mitarbeiterin eingestellt werden. Das ist dann ähnlich der Forderung der Gewerkschaften zu sehen, die Zeitarbeit in den Unternehmen auf zehn Prozent zu beschränken, weil in manchen Betrieben aufgrund der aktuellen Situation weit mehr als zehn Prozent ZeitarbeitnehmerInnen beschäftigt sind.

Auf gesetzlicher Ebene kann man das im Moment schwer regeln, weil die dafür nötige Mehrheit im Nationalrat derzeit unwahrscheinlich ist.

Was man aber unbedingt mit bedenken muss ist, dass ein zu hohes Maß an Überstunden schlicht und einfach ungesund ist. Daher sollten wir nachdenken, ob das Verteuern der Überstunden der richtige Weg ist. Denn auch wenn das Unternehmen bereit ist, einen immens hohen Überstundenzuschlag zu zahlen, werden sie damit für ArbeitnehmerInnen nicht gesünder. Daher müssen wir auch jene ArbeitnehmerInnen, die vielleicht aufgrund der guten Bezahlung bereit sind, sehr viele Überstunden zu machen, vor den gesundheitlichen Risiken und späteren Schäden warnen. Denn das kann letztendlich, zum Beispiel aufgrund von Berufsunfähigkeit oder Invalidität, sogar zu geringeren Pensionen führen. Auf die gesamte Erwerbsarbeitszeit ge-

sehen rentiert sich das dann für die Betroffenen in den seltensten Fällen.

Sabine Schwarzenborfer: Zeitarbeit ist auch für mich ein wichtiges Thema. Warum kann man Unternehmen nicht verpflichten, ZeitarbeitnehmerInnen nach einer gewissen Zeit ins Stammpersonal aufzunehmen?

ZeitarbeitnehmerInnen sind, wenn man es genau nimmt, theoretisch nicht unbedingt schlechter gestellt als das Stammpersonal: Sie haben eine gesetzliche Basis, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, sie haben einen guten Kollektivvertrag mit einer Kündigungsfrist wie andere auch. Zudem gibt es Branchen, wo die Kündigungszeiten für das Stammpersonal sogar kürzer sind, zum Beispiel am Bau oder im Gastgewerbe.

Zeitarbeitskräfte waren aber natürlich die ersten, die nach Ausbruch der Krise ihre Arbeit verloren haben – darauf haben wir ab Herbst 2008 oft aufmerksam gemacht.

Eine Regelung die besagt, dass Unternehmen nach einer bestimmten Zeit ihre ZeitarbeitnehmerInnen in das Stammpersonal übernehmen müssen, wäre begrüßenswert – keine Frage. Derzeit gibt es zumindest die Möglichkeit, per Betriebsvereinbarung die Anzahl der ZeitarbeitnehmerInnen im Verhältnis zur Stammbesellschaft zu begrenzen. Das ist ein guter Ansatz auf betrieblicher Ebene. Gesetzlich sieht es aber momentan nicht nach Mehrheiten aus.

Sabine: Als ich noch bei der Quelle gearbeitet habe, hat es mich erschüttert, dass es immer noch Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Angestellten gibt, wie zum Beispiel bei den Kündigungsfristen. Warum ist das so?

Die Unterschiede gehen auf die Geschichte zurück: Verschiedene Branchen brachten unterschiedliche Regelungen hervor. Daraus haben sich unterschiedliche Gesetzesvorlagen entwickelt: für die ArbeiterInnen das ABGB und für die Angestellten im Wesentlichen das Angestelltengesetz. Die laufende Debatte um die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts betrifft daher vor allem Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses und die An-

sprüche, die damit zusammenhängen – das sind die klassischen Elemente.

Andreas: Thema flexiblere Arbeitszeit: Wir ArbeitnehmerInnen sind bereits sehr flexibel; eine gesetzliche Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit würde zum Beispiel uns im Betrieb sehr helfen, um gesündere Schichtmodelle umsetzen zu können. Bestehen da Chancen?

Die Forderung nach einer Verkürzung der Normalarbeitszeit stammt aus einer Zeit, in der wir in Österreich noch mehr Industrie und produzierendes Gewerbe hatten. Das hat sich jedoch drastisch verändert. Ausschlaggebend dafür war die Entwicklung zu einer Dienstleistungs- und Informationswirtschaft – und dort ticken die Uhren im wahrsten Sinne des Wortes anders. Für Mobiltelefone und Laptops gibt es keine Stechuhr mehr, da ist die Selbstaubeutung ungebrochen. Die größte Chance ist meiner Meinung nach die Reduzierung der Belastung – und da sind wir wieder beim Thema Überstunden. Es müsste den BetriebsrätInnen mit Unterstützung der Gewerkschaften gelingen, Überstunden so einzudämmen, dass für die Betroffenen die Belastungen geringer werden.

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung – wie sie einst unter Dallinger noch diskutiert wurde – erscheint heute nicht mehr ganz zeitgemäß. Denn wenn wir über Arbeitszeitverkürzung reden, muss uns klar sein, dass wir etwa 900.000 Teilzeitbeschäftigte und prekäre Arbeitsverhältnisse in unserem Land haben. Einige wenige wollen das selbst, weil es ihnen gerade in ihre Lebensphase gut hineinpasst, andere finden schlicht und einfach keine andere Arbeit.

Sabine: Ich frage mich manchmal, warum wir als GewerkschafterInnen Erregungenschaften wie das Insolvenzentgeltversicherungsgesetz nicht „besser verkaufen“? Viele glauben, dass das selbstverständlich ist.

Für viele Menschen trifft das leider zu, alles was da und gegeben ist, wird als selbstverständlich angesehen und dabei wird vergessen, dass nichts von selbst ge-

kommen ist – ganz im Gegenteil: Gerade, was das Arbeitsrecht angeht, ist fast alles nur durch das Engagement der Gewerkschaften entstanden. Vor 250 Jahren gab es keinen Kollektivvertrag, vor 150 Jahren keine BetriebsrätInnen und keine Sozialversicherung in der heutigen Ausprägung. Dafür war damals noch Kinderarbeit weit verbreitet. Heute haben wir ein 13. und 14. Monatsgehalt, Urlaubsanspruch, Unfall-, Kranken-, Pensions-, Arbeitslosenversicherung etc.

Die Gewerkschaft ist jener Teil unserer Gesellschaft, der für soziale Gerechtigkeit eintritt, dazu gehören für uns vier wesentliche Elemente: Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Mitbestimmung. Nur, wir reden eben nicht jeden Tag darüber, weil es schon selbstverständlich geworden ist. Und die Menschen interessiert weniger, wie diese Selbstverständlichkeiten historisch entstanden sind, zum Teil lange vor ihrer Zeit. Sie wollen wissen, wie sich jetzt und heute ihre Situation verbessern lässt.

Das gilt auch für den Insolvenzausgleichsfonds: So lange es dem Unternehmen gut geht, interessiert sich niemand dafür. Geht das Unternehmen pleite, sind die Nicht-Mitglieder oft die ersten, die beim Betriebsrat sitzen. Da beginnt wieder euer Job: Wir haben nun einmal eine Art akute Feuerwehrfunktion, die die Menschen mehr interessiert als die historische Entstehung von Selbstverständlichkeiten. Ich kann nur hoffen, dass wir euch dafür gemeinsam mit der Arbeiterkammer auch über Fortbildungsmaßnahmen wie die Sozialakademie ausreichend Unterstützung und Beratung geben – denn die ist unentbehrlich für eure Funktion.

Wir danken für das Gespräch.

Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft

Internet:

Homepages der AK und des ÖGB:

www.arbeiterkammer.at

www.oegb.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion

aw@oegb.at

Eine bleibende Verbesserung

Die Gewerkschaft forderte schon 1929 nachhaltige Sanierungsmaßnahmen nach der Wirtschaftskrise, um neue Krisen zu verhindern.

1929, zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, schlug der Bund der Freien Gewerkschaften der österreichischen Regierung ein „Minimalprogramm“ zur Bekämpfung der Krisenfolgen mit der extrem hohen Arbeitslosigkeit vor. Der Staat sollte eingreifen, um Arbeit und gleichzeitig eine stabilere wirtschaftliche Basis für die Zukunft zu schaffen. Johann Schorsch, Sekretär des freigebergschaftlichen Dachverbands und Initiator des Programms, berichtete darüber am 29. Jänner 1930 in der Vollversammlung der Arbeiterkammer in Wien und stellte es zur Diskussion.

Gefordert wurde etwa der lange vernachlässigte Ausbau der Infrastruktur: ***Wir verlangen die Beschleunigung der Bestellungen des Bundes, seiner Anstalten und Betriebe. Wir verlangen insbesondere die Beschleunigung der Bestellungen der Bundesbahnen.***

Das Argument der leeren Staatskassen ließ Schorsch nicht gelten: ***Alle Gewerkschafter wissen aus Erfahrung, dass die Industrie heute vielfach gezwungen ist, Maschinen und anderes Material an Kunden zu liefern, die nicht so sichere Schuldner sind wie der Bund.*** Und was die Industrie für Private akzeptiere, müsse sie auch dem Staat zugestehen, nämlich ***eine Hinausschiebung der Zahlungsfrist. ... Die Industrie selbst hätte davon den Vorteil, dass sie ihren ursprünglichen Betriebsapparat aufrechterhalten kann, während sie heute Arbeiter entlassen muss.***

© Foto: Der Kuckuck, März 1933



Beginn des Eisenbahner-Streiks 1933. Schon vor der Wirtschaftskrise waren Ausbau und Modernisierung des Verkehrsnetzes wegen Sparbudgets praktisch gestoppt worden. Das schadete der Volkswirtschaft.

Es sollte also erreicht werden, was in der Wirtschaftskrise 2009 mit der vom ÖGB durchgesetzten Kurzarbeitsregelung gelungen ist.

Eine andere zentrale Forderung: ***Die Errichtung einer Kreditorganisation oder Kreditversicherung für Auslandsaufträge der Industrie, unter Heranziehung der Banken und Sparkassen. ... Die Banken sind, so die Begründung, ... bei mancher Industrie so stark engagiert, dass es dem Unternehmer gar nicht mehr möglich ist, mehr Kredit in Anspruch zu nehmen. ... Es scheitert jede Ausdehnung des Fabrikbetriebes an dem Mangel an Geld. Umgekehrt, passiert der Bank irgendein kleiner Stoß, dann hat so-***

fort die gesamte Industrie darunter zu leiden. Das sollte in Zukunft durch die Kreditversicherung ***bleibend*** verhindert werden.

Die Regierung lehnte aber damals das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft ab. Deshalb wurde Österreich mit der Krise schlechter fertig als die meisten anderen Länder, während es nach dem Ende der Krise von 2009 besser dasteht als viele andere. Die von der Gewerkschaftsbewegung erreichten Maßnahmen hatten daran einen entscheidenden Anteil.

Ausgewählt von Klaus-Dieter Mulley
Zusammengestellt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Von wegen fair teilen ...

Die Krise hat die Verteilungsschieflage in den heimischen Unternehmen verschärft. Satte Renditen, großzügige Dividenden – was bleibt da noch vom Kuchen?

AutorInnen: Christina Wieser

Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien

Markus Oberrauter

Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien

Während viele Beschäftigte mit Kurzarbeit, Kündigungen sowie Lohn- und Gehaltseinbußen konfrontiert waren, zeigt der AK-Unternehmensmonitor, dass die österreichischen Unternehmen trotz Krisenjahr 2009 mit guten Bilanzdaten aufwarten können: Überraschend stark profitierte die Gruppe der EigentümerInnen. Hohe Eigenkapitalrenditen und üppige Dividenden stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Im Gegensatz dazu erreicht die effektive Steuerleistung der Gewinnunternehmen ihren absoluten Tiefpunkt. Mehr denn je müssen die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden und endlich einen gerechten Beitrag leisten.

Unternehmen am Prüfstand

Wie makroökonomische Daten belegen, blieb die österreichische Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 nicht von der weltweiten Rezession verschont: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 3,9 Prozent zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit auf 7,2 Prozent angestiegen.

Diese negativen Entwicklungen haben ihre Spuren auch in der heimischen Unternehmenslandschaft hinterlassen: Auftragseinbrüche gepaart mit Umsatzeinbußen und sinkenden Beschäftigtenzahlen waren die Folge. Allerdings

zeigen die Ergebnisse des AK-Monitors, dass die großen Unternehmen bzw. primär deren EigentümerInnen die Krise besser als kolportiert gemeistert haben. Das neu entwickelte Monitoring stellt die Mikroebene und damit das einzelne Unternehmen in den Mittelpunkt: Für die Jahre 2005 bis 2009 wurde die Performance von jährlich bis zu 1.500 mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften unter die Lupe genommen.

Industrie mit Spitzenrenditen

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen präsentiert sich die Ertragslage der heimischen Wirtschaft durchaus robust: Wurden in den Hochkonjunkturzeiten stolze Eigenkapitalrentabilitäten von bis zu 15 Prozent erzielt, freuen sich die KapitaleignerInnen auch im Krisenjahr über eine hervorragende Rentabilität von im Schnitt zehn Prozent.

Mit einem deutlichen Abstand von 6,3 Prozentpunkten zur risikolosen Verzinsung (**Sekundärmarktrendite** wird der viel zitierte Mut und die Risikobereitschaft der UnternehmerInnen wohl mehr als großzügig abgegolten. Das eingesetzte Kapital der AnteilseignerInnen verzinst sich weiterhin prächtig, während es für die SparerInnen nur magere Zinsen gibt.

Besonders gut verdienen ließ es sich in der Sachgüterindustrie: Die Industriellen im Lande sind Spitzenverdiener mit einer erzielten Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital von fast 16 Prozent. Auch das operative Ergebnis (**EBIT**) gemessen an den Umsätzen ist 2009 recht gut ausgefallen: Es konn-

te eine durchschnittliche EBIT-Quote von fast fünf Prozent erwirtschaftet werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen außerdem, dass die Ausschüttungen der heimischen Unternehmen bezogen auf die Löhne und Gehälter in den letzten fünf Jahren massiv gestiegen sind: 2008 erreicht dieses Verhältnis mit mehr als 40 Prozent den bisherigen Höhepunkt. Umso erstaunlicher erscheint, dass dieses hohe Niveau auch im Krisenjahr 2009 (39,7 Prozent) gehalten wurde. Zum Ausschüttungskaiser hat sich einmal mehr die heimische Energiewirtschaft gekrönt: In Summe wurden rund drei Viertel der Lohn- und Gehaltssumme an die EigentümerInnen abgeführt. Angesichts der Rekordenergiekosten, mit denen die Bevölkerung derzeit zu kämpfen hat, scheinen diese hohen Dividendenzahlungen besonders unangemessen. Außerdem erzielten die Energieversorgungsunternehmen im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen die höchste EBIT-Marge von rund sechs Prozent. Diese Gewinnspanne bietet auf jeden Fall Spielraum für notwendige Preissenkungen.

Sichere Eigenkapitalausstattung

Trotz der allgemein angespannten Lage sind die untersuchten Unternehmen im Durchschnitt mit ausreichend liquiden Mitteln ausgestattet: Der Liquiditätsgrad hat sich zwar im Zeitverlauf etwas verschlechtert, erreicht allerdings auch im Krisenjahr die 100-Prozent-Marke. Zudem können sich die heimischen Un-

Überraschend stark profitierte die Gruppe der EigentümerInnen. Hohe Eigenkapitalrenditen und üppige Dividenden stehen weiterhin auf der Tagesordnung.



ternehmen durchwegs auf eine sehr robuste Eigenkapitalausstattung verlassen: Die durchschnittliche Eigenkapitalquote liegt mit 43 Prozent immer noch in einem sehr guten Bereich und stellt damit einen verlässlichen Krisenpolster dar.

Die vergleichsweise beste Eigenkapitalquote weist einmal mehr der heimische Energiesektor mit 54,5 Prozent auf. Aber auch die anderen Wirtschaftssektoren zeichnen sich durch sehr gute Eigenkapitalquoten von über 35 Prozent aus.

Investitionsneigung 144,1 Prozent

Ein positiver Zukunftsindikator ist die Entwicklung der Investitionen: Die mittelgroßen und großen Unternehmen haben trotz Krise deutlich mehr investiert als die Wertabnutzung der Anlagen (Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge usw.) ausmacht, der Grad der Investitionsneigung in Sachanlagen liegt damit bei guten 144,1 Prozent. Weiters hat die Erholung auf den Finanzmärkten zur Folge, dass der Investitionsfokus wieder stärker auf den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen gesetzt wird.

Die Ergebnisse des AK-Unternehmensmonitors zeigt eine immer größer werdende Kluft zwischen dem theoretisch gesetzlichen Körperschaftssteuersatz von 25 Prozent und den tatsächlich geleisteten Steuern. Gerade im Krisenjahr 2009 war die Steuerleistung

der Gewinnunternehmen mit einer effektiven Steuerquote von 17,5 Prozent am niedrigsten. Den vergleichsweise geringsten Steuerbeitrag weist der Dienstleistungssektor mit nur 12,5 Prozent auf.

Gruppenbesteuerung, diverse Steuerschlupflöcher und andere steuerschonende Konstruktionen machen Österreich – auch im internationalen Vergleich – offenbar zu einem Steuerparadies für Unternehmen. Seit der Einführung der Gruppenbesteuerung im Jahr 2005 entgehen dem österreichischen Fiskus bisher jährlich rund 500 Mio. Euro an Körperschaftssteuereinnahmen. Durch den Druck der ArbeitnehmervertreterInnen konnten allerdings im Zuge der Budgetkonsolidierung erste Schritte (Bankenabgabe, Korrekturen im Stiftungsbereich, Einschränkung des Zinsenabzugs bei Beteiligungserwerb im Konzern) für mehr Steuergerechtigkeit gesetzt werden.

Banken als Steuersparefrohs

Jetzt werden erstmals auch Kreditinstitute, die in Form der Bankenabgabe einen nominellen Steuerbeitrag leisten müssen, in die Steuerpflicht genommen. Denn bisher konnte der österreichische Fiskus so gut wie kein substanzielles Steueraufkommen vom Kreditsektor erwarten: Beispielsweise liegt die inländische Steuerquote¹ der Raiffeisenzentralbank AG im Jahr 2009 nur bei 0,6 Prozent² (2008: 2,4 Prozent).

OECD-Daten zeigen, dass die effektive Steuerleistung des österreichischen Kreditsektors auch im internationalen

Vergleich äußerst niedrig ist: Österreich liegt auf Basis der konsolidierten Daten mit einer Steuerleistung von 9,3 Prozent am unteren Ende, während der gewichtete OECD-Schnitt bei 26,2 Prozent liegt.

Bilanzpolitik ist legal

Selbst wenn es durch weitere gesetzliche Maßnahmen gelingt, die effektive Steuerquote an den Körperschaftssteuersatz anzunähern, finden Unternehmen wohl auch in Zukunft Möglichkeiten, ihre Steuerleistung auf ein Minimum zu senken.

Denn Bilanzpolitik ist legal, oder wie es **Kurt Tucholsky** formuliert hat: „Diejenigen Ausreden, in denen gesagt wird, warum die AG keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten Bilanz zusammengestellt.“ Gerade deshalb wird die AK auch in Zukunft ein Auge auf die Bilanzen der heimischen Unternehmen haben, die Ergebnisse des nächsten Unternehmensmonitors sind mit Spannung zu erwarten.

Internet:

AK-Unternehmensmonitor,
ein Projekt der AK NÖ, OÖ und Wien
tinyurl.com/674sc2p

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
christina.wieser@akwien.at
markus.oberrauter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Inländische Steuerquote: Verhältnis der ausgewiesenen inländischen Steuern lt. Geschäftsbericht zum Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

² Vgl. Geschäftsbericht (2008, 2009) der Raiffeisen Zentralbank AG.

Krise im Betrieb

Eine Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Wahrnehmung der Krise in österreichischen Betrieben.

Autorin: Julia Hofmann

Referat für Menschenrechte
und Gesellschaftspolitik Österr.
HochschülerInnenschaft

Sowohl im medialen Diskurs als auch in verschiedenen Wissenschaften wurden in den vergangenen Jahren Analysen über die ökonomischen Ursachen und Auswirkungen der Krise erstellt. Doch was glauben die Betroffenen? Eine im Herbst 2010 mit knapp 100 österreichischen BetriebsrätInnen durchgeführte, quantitativ angelegte Studie versuchte aus Sicht der Betroffenen Antworten auf folgende Fragen zu finden:

Mit welcher Art von Krise haben wir es überhaupt zu tun? Wer hat die Krise (mit-)verursacht? Wer wird die Hauptlast der Krisenbewältigung zu tragen haben? Welche weitreichenden (politischen) Konsequenzen könnten sich aus der Krise ergeben?

Krisenbewusstsein ...

Dass die derzeitige Krise keine reine Finanz- oder Wirtschaftskrise ist, sondern eine Verknüpfung dieser beiden Krisenformen darstellt, liegt für die befragten BetriebsrätInnen auf der Hand. Ein Großteil ortet jedoch die VerursacherInnen der Krise eher in der Finanzwelt: 96,9 Prozent sehen die Banken und die FinanzspekulantInnen und 91,5 Prozent die Rating-Agenturen als HauptverursacherInnen der Krise an. Knapp drei Viertel der Befragten geben internationalen Unternehmen sowie dem Wirtschafts-

KrisenverursacherInnen	(eher) verursacht	weder noch	(eher) nicht verursacht
Banken	96,90 %	2,00 %	1,10 %
FinanzspekulantInnen	96,90 %	2,10 %	1,00 %
Rating-Agenturen	91,50 %	5,30 %	3,20 %
Internationale Unternehmen	73,40 %	17,00 %	9,60 %
Wirtschaftssystem im Allgemeinen	72,90 %	14,60 %	12,50 %
Verschuldete Staaten	52,60 %	17,90 %	29,50 %
WirtschaftspolitikerInnen im Allgemeinen	63,50 %	17,20 %	19,30 %

system im Allgemeinen Schuld an der Krise. Nur 52,6 Prozent sind der Meinung, dass verschuldete Staaten die Krise verursacht haben. (Siehe Tabelle)

Schlechtes Zeugnis für die Politik

Die bisher getätigten Krisenbewältigungsmaßnahmen werden von den BetriebsrätInnen **ambivalent** beurteilt. ArbeitnehmerInnenfreundliche Maßnahmen, wie die Investition in bzw. die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (92,6 Prozent Zustimmung), Umschulungsmaßnahmen (81,9 Prozent Zustimmung) oder Kurzarbeitsregelungen (67,7 Prozent Zustimmung) werden erwartungsgemäß für sinnvoll erachtet. Nicht-arbeitnehmerInnenfreundliche Maßnahmen, wie Zwangsurlaube (49,5 Prozent Ablehnung) oder Kündigungen (86,3 Prozent Ablehnung) werden nicht **goutiert**. Maßnahmen, wie das Bankenrettungspaket oder die Verschrottungsprämie, die sich nicht direkt am Arbeitsplatz auswirken, werden weder besonders stark befürwortet noch besonders stark abgelehnt.

Ob das „Sparpaket“ der Regierung für die BetriebsrätInnen Sinn macht, konnte nicht erfragt werden, da das

Budget erst im Dezember 2010 veröffentlicht wurde und die Befragung vorher durchgeführt wurde. Allerdings lässt sich sagen, dass nur wenige Befragte mit der Leistung der Politik zu Zeiten der Krise zufrieden sind. Über 60 Prozent sind der Meinung, dass PolitikerInnen noch nicht genügend getan haben, um die Auswirkungen der Krise ausreichend abzufedern. Trotz dieses schlechten Zeugnisses für die Politik wird sich jedoch, laut eigenen Angaben, an der politischen Einstellung der Befragten durch die Krise kaum etwas ändern.

Hinsichtlich der politischen Folgen der Krise ergibt sich für viele der Befragten ein recht düsteres Bild: Über 80 Prozent glauben, dass durch die Krise extreme Parteien gestärkt werden. Über 60 Prozent sind darüber hinaus der Meinung, dass der soziale Friede in Österreich gefährdet wäre, und dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zunehmend schwinde.

... und Krisenbetroffenheit

Die Einstellungen hinsichtlich der Ursachen und Auswirkungen der Krise lassen sich teilweise durch die hohe Krisenbetroffenheit der Befragten erklären. Fast



Dass die derzeitige Krise keine reine Finanz- oder Wirtschaftskrise ist, sondern eine Verknüpfung dieser beiden Krisenformen darstellt, liegt für die befragten BetriebsrätInnen auf der Hand.

die Hälfte der BetriebsrätInnen geben an, persönlich von der Krise betroffen gewesen zu sein, bei knapp 60 Prozent waren Personen aus ihren Betrieben Leidtragende der Krise. Die meisten BetriebsrätInnen spürten die Krisenauswirkungen in Folge von Kurzarbeit, Lohnneinbußen sowie fallenden Zinsen. Kündigungen trafen meist eher die MitarbeiterInnen.

Zusätzlich zu diesen direkten beruflichen Auswirkungen sind sich beinahe alle Befragten darüber einig, dass jeder und jede indirekt „die Krise zahlen muss“. Am meisten werden sie nach eigenen Angaben von höheren Abgaben und Einsparungen im Familien- und Sozialbereich betroffen sein.

Die wenigsten der Befragten empfinden jedoch die Verteilung der Krisenkosten als sozial gerecht. Knapp 80 Prozent würden am liebsten die Reichen und Vermögenden zur Kasse bitten. Mehr als zwei Drittel würden es befürworten, wenn VertreterInnen der Finanzwirtschaft die Auswirkungen der Krise zahlen würden. In Kenntnis des österreichischen politischen Systems glauben aber knapp 90 Prozent, dass die ArbeitnehmerInnen, sowie knapp 75 Prozent, dass mittlere EinkommensbezieherInnen die Krisenkosten tragen werden müssen. Weniger als zehn Prozent sind der Meinung, dass Reiche und Vermögende wirklich einen gerechten Beitrag zur Krisenbewältigung leisten müssen.

Verunsicherung über die Krise hinaus

Diese negativen Einschätzungen hinsichtlich der Krise (wie die allgemeine Skepsis gegenüber der Rolle der Politik

oder die als sozial ungerecht titulierte Verteilung der Krisenkosten) kommen allerdings nicht aus heiterem Himmel. Zunehmende soziale Verunsicherung sowie abnehmendes Vertrauen in Politik und Institutionen halten nicht erst seit der Krise Einzug in die österreichische Gesellschaft. Auch die befragten BetriebsrätInnen sind stark skeptisch gegenüber den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen. Einige Zahlen seien hier kurz genannt:

Über 60 Prozent der Befragten sorgen sich wegen der Stabilität des Pensions- und Gesundheitssystems sowie der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich. Ebenso viele haben Angst vor zunehmenden sozialen und politischen Spaltungen. Weniger als 30 Prozent haben Vertrauen in die Regierung. Auch das Vertrauen in die meisten Parteien (mit Ausnahme der SPÖ) ist ziemlich gering. Die einzigen Institutionen, in die die BetriebsrätInnen erwartungsgemäß noch vertrauen, sind die Arbeiterkammer sowie der ÖGB (über 80 Prozent Vertrauen). Dennoch überwiegt bei den meisten Befragten ein Gefühl der Machtlosigkeit: Knapp die Hälfte der Befragten glaubt nicht (mehr) daran, dass die Politik noch handlungsfähig gegenüber transnational agierenden Akteuren ist.

Dieses Gefühl der Verunsicherung und der Ohnmacht paart sich zunehmend mit einer Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen in Österreich: Über 95 Prozent sind der Meinung, der gesellschaftliche Reichtum könne gerechter verteilt werden. Über 70 Prozent glauben, in Österreich gäbe

es keine soziale Mitte mehr, sondern nur noch „oben“ und „unten“. 70 Prozent geben des Weiteren an, dass sich, ihrer Meinung nach, in Österreich eine „egoistische Ellbogen-Mentalität“ durchgesetzt habe.

Was tun?

Solche negativen Zukunftsperspektiven können Resignation auslösen, aber auch Räume eröffnen, die Politik neu zu gestalten. Zurückkommend auf die aktuelle Krise haben die befragten BetriebsrätInnen hier einige Ideen anzubieten: Ein gerechteres Steuersystem müsse her und zwar eines, das die NiedrigverdienerInnen sowie den Mittelstand entlaste und eine Vermögens- und Stiftungssteuer beinhalte. Es müssten mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales getätigt werden. Darüber hinaus brauche es eine Steuer auf Finanztransaktionen. Und wenn all dies nicht in Angriff genommen werde, bleibt für die Befragten immer noch die Variante des „Protestes von unten“: Über 90 Prozent sind bereit, an Protestkundgebungen, sowie knapp 70 Prozent an Streikmaßnahmen teilzunehmen.

Internet:

Diplomarbeit ab April zum Download:
othes.univie.ac.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
julia.hofmann@oeh.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Aufwärts mit Sparpaketen

Die Auftragsbücher werden voller, Kurzarbeit seltener und die Börsenkurse steigen wieder – die Krise scheint überstanden. Werden die Zeiten wirklich für alle besser?

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

Die Nachrichten der vergangenen Wochen und Monate liefern ein eher uneinheitliches Bild. So verzeichnete die Erste Group im dritten Quartal 2010 das beste operative Ergebnis in der Geschichte der Bank. BMW hat 2010 erstmals mehr als eine Million Motoren produziert. Die Zahl der KurzarbeiterInnen sinkt in allen Bundesländern kontinuierlich gegen Null.

Zahlenspiele

Die Tageszeitung „Kurier“ feierte Ende Februar nach der Veröffentlichung der ÖAK-Zahlen ihren „großen Erfolg bei den Abos“ und die „stabile Entwicklung auf hohem Niveau“. Wenige Tage davor war bekannt geworden, dass 36 Kurier-MitarbeiterInnen beim AMS zur Kündigung angemeldet wurden, wobei es sich zum Teil um Änderungskündigungen handelte.

„Von Personalmaßnahmen wurde bereits im vergangenen Herbst gesprochen, Begründung: Veränderungen in der Medienlandschaft durch Gratiszeitungen oder das Internet sowie steigender Kostendruck“, so Betriebsratsvorsitzender Christoph Silber. „Doch die Kündigung einer derart großen Anzahl von MitarbeiterInnen über 50 ist nicht nur unsozial, sondern widerspricht klar der langjährigen Tradition des ‚Kurier‘“, meint Silber. Die Botschaft, dass MitarbeiterInnen ab 50 aus Kostengründen um ihren Arbeitsplatz

zittern müssen, schadet nicht nur dem Image dieser Zeitung, sondern der gesamten Branche.

Der Konkurrenzdruck ist in fast allen Branchen groß. Einkommenskürzung oder Jobverlust, das ist auch im Sozial- und Gesundheitsbereich keine ungewöhnliche Nebenwirkung von Sparmaßnahmen.

Sozial Global, eine Aktiengesellschaft, die Dienste wie Essen auf Rädern oder Heimhilfen anbietet und aus dem 1958 von SPÖ-Frauen gegründeten Verein „Die Frau und ihre Wohnung“ hervorgegangen ist, beschäftigte kürzlich die Gewerkschaften. 385 langjährige MitarbeiterInnen, fast die Hälfte der Belegschaft, wurden zur (Änderungs-) Kündigung angemeldet. Denn in Zukunft sollten alle MitarbeiterInnen nach dem Kollektivvertrag für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS-KV) angestellt werden, nicht mehr branchenübliche Sonderzulagen sollten ab April eingestellt werden. Nach massivem Druck seitens der Gewerkschaften (unter anderem wurde eine Online-Unterstützungsaktion ins Leben gerufen) wurden die Kündigungen schließlich zurückgezogen und Einkommenskürzungen entschärft. Reinhard Bödenauer, GPA-djp: „Wir haben einen Flächenbrand befürchtet, wenn ein derartiges Vorgehen Erfolg gehabt hätte.“

Von Wirtschaftskrise zu sozialer?

Von der Wirtschaftskrise zur sozialen Krise? Die Wirtschaftskrise, so Sabine Oberhauser anlässlich des UNO-Tages der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar, ha-

be in manchen Bereichen die Kluft zwischen Arm und Reich sogar noch vergrößert: „ATX-Manager verdienen das 48-fache ihrer Angestellten und die obersten zehn Prozent der Haushalte besitzen 54 Prozent des Geldvermögens.“

Österreich rangiert punkto sozialer Gerechtigkeit zwar derzeit auf Platz neun unter den 34 OECD-Staaten, liegt aber in vieler Hinsicht sehr wohl im internationalen Trend mit All-in-Verträgen, Änderungskündigungen, schlecht bezahlten JungakademikerInnen, Reallohnseinbußen, Personaleinsparungen etc.

Ausschüttungen gestiegen

Im Dezember 2010 haben die Arbeiterkammern Wien, Nieder- und Oberösterreich erstmals die Ergebnisse des AK-Unternehmensmonitors (2005 bis 2009) veröffentlicht: Dieser zeigte unter anderem, dass die Ausschüttungen der heimischen Unternehmen gemessen an den Löhnen und Gehältern im Erhebungszeitraum massiv gestiegen sind. Und das hohe Niveau von 39,7 Prozent wurde auch im Krisenjahr beibehalten.

Knapp zwei Drittel der gesamten Steuereinnahmen in Österreich kommen aus Lohnsteuer und Mehrwertsteuer. Vermögensbezogene Abgaben machen hingegen nur 1,4 Prozent des gesamten Abgabenaufkommens aus. Zum Vergleich: Der EU-Schnitt der Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern liegt bei 5,4 Prozent. Würde man unsere 1,4 Prozent entsprechend anheben, kämen zusätzlich rund vier Mrd. Euro jährlich ins Budget. Damit



Die Kündigung einer derart großen Anzahl von MitarbeiterInnen über 50 ist nicht nur unsozial, sondern widerspricht klar der langjährigen Tradition des „Kurier“.

wäre die längst fällige Sozialmilliarde und noch vieles mehr finanzierbar bzw. die im Rahmen des Sparpakets erfolgten Kürzungen von Sozialleistungen wären hinfällig.

Zur Kasse, Papa!

Aber derzeit wird weniger über Vermögenssteuern diskutiert als etwa über die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Rund 750 Euro monatlich (plus ein eventueller Wohnkostenzuschuss) – das entspricht exakt der Mindestpension und damit kann niemand große Sprünge machen.

Die Armutgefährdungsschwelle für Alleinlebende lag laut **EU-SILC 2009** bei 994 Euro monatlich. In der **15a-Vereinbarung** haben alle Bundesländer vereinbart, dass Verwandte von (früheren) MindestsicherungsbezieherInnen keinen Regress leisten müssen. Die Steiermark wird Angehörige trotzdem zur Kasse bitten, diese werden je nach Einkommen vier bis 15 Prozent der Mindestsicherung zuzahlen müssen. Nach anfänglichem Protest des Sozialministers wurde die steirische Variante schließlich mit 1. März Realität.

Ende Februar gab es in anderen Bundesländern bereits konkrete Verbesserungswünsche zur Mindestsicherung. Die Salzburger Armutskonferenz, Arbeiterkammer, Caritas und andere Sozialinitiativen forderten unter anderem ein Verschlechterungsverbot gegenüber der alten Sozialhilfe.

An sich hat Österreich punkto Arbeitsmarkt die Krise gut gemeistert. Wie Belgien und Deutschland hat es vor

allem auf Kurzarbeit gesetzt, während andere mit Personalabbau reagierten. Dafür gab es Lob von EU-Kommissar **László Andor**, auch wegen der vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit. Österreich verzeichnete Ende 2010 mit 4,5 Prozent knapp hinter den Niederlanden die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in der EU (Durchschnitt 9,3 Prozent). Trotzdem: Österreich liegt bei einigen negativen Entwicklungen durchaus im Trend. Wie in anderen EU-Ländern auch ist beispielsweise die Teilzeitquote seit 1974 von rund sieben Prozent auf mehr als das Dreifache gestiegen (2010 rund 25 Prozent). Besonders bemerkenswert ist die deutlich höhere Steigerung bei Männern (von 1,2 auf 7,2 Prozent).

Arbeitsvolumen sinkt

Die Zahl der tatsächlichen geleisteten Arbeitsstunden in Haupt- und Zweittätigkeiten (Arbeitsvolumen) lag 2009 sowohl bei den Erwerbstätigen insgesamt als auch bei den Unselbstständigen unter dem Wert des Vorjahres. Soweit hier bereits Zahlen vorliegen, sank laut Statistik Austria das Arbeitsvolumen auch 2010 weiter.

Schon immer versuchen GeschäftsführerInnen, PressesprecherInnen & Co. ihr Unternehmen, ihre Organisation ins beste Licht zu rücken. Positives wird groß hervorgestrichen, der Rest verschwiegen, ähnlich wie PolitikerInnen, die selbst für Stimmenverluste fast immer irgendeine positive Interpretation finden. Wenn etwa die Wirtschaftskammer einen Gründerboom fei-

ert, dann bedeutet das nur bedingt neue Arbeitsplätze. Denn seit 1995 ist der Anteil der Einzelunternehmen bei den Neugründungen von 68 auf 83 Prozent gestiegen.

Leiharbeit hat zugenommen

Zu den Krisen-Nebenwirkungen zählt auch in Österreich, dass Leiharbeit zugenommen hat. Die Big Player der Personalüberlassungsbranche sind seit einiger Zeit im Aufwind, nehmen laufend MitarbeiterInnen auf und verzeichnen zum Teil mehr als 50 Prozent Umsatzsteigerung. Bei BMW besteht derzeit ein Viertel der Belegschaft aus LeiharbeiterInnen.

„Dass LeiharbeiterInnen nur Auftragungsspitzen abfangen, davon sind wir offenbar schon weg“, konstatierte OÖ-AK-Präsident Johann Kalliauer bei der Bilanzpressekonferenz der Steyrer Arbeiterkammer. Als Lösung schweben den BelegschaftsvertreterInnen Quoten vor, die den Anteil der Leiharbeit im Betrieb beschränken.

Internet:

AK-Unternehmensmonitor:
tinyurl.com/674sc2p

Armutskonferenz
www.armutskonferenz.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Bildungs- und Sozialmilliarde rechnet sich

Sie ist eine sinnvolle Investition zur langfristigen Entlastung des Budgets.

AutorInnen: Adi Buxbaum

Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

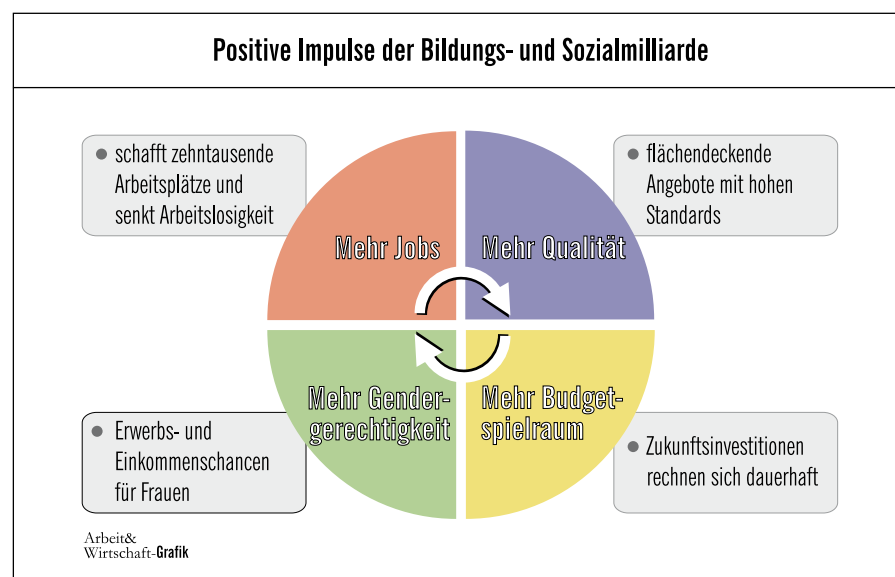
Sybille Pirklbauer

Abteilung Frauen – Familie der AK Wien

In der Diskussion um den Sozialstaat gibt eine Wende: Nach jahrelanger Kritik daran wird neuerdings wieder der Ausbau in den Vordergrund gestellt. Vom Forschungsinstitut bis zu den „Altvorderen“ konservativer Familienpolitik, von internationaler Seite bis zum österreichischen Wirtschaftsminister lautet die „neue“ Empfehlung für die Weiterentwicklung des Sozialstaats: mehr öffentliche Sachleistungen! Statt Geld zu verteilen sollen Dienstleistungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Die öffentliche Hand soll dafür sorgen, dass u. a. flächendeckend und auf höchstmöglichem Niveau Kinder betreut, Kranke gepflegt und Menschen aus- und weitergebildet werden. Das hat eine Reihe von Vorteilen, die immer mehr politische AkteurInnen überzeugen.

Mehr Sachleistungen

Mehr Sachleistungen bringen bessere Ergebnisse. Erstens: Mehr Jobs. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen schafft direkt und indirekt neue Beschäftigung; mehr als jede andere Art, allgemeine Steuermittel einzusetzen. Zwar ist die Arbeitslosigkeit wieder rückläufig, von „Vollbeschäftigung“ ist Österreich mit mehr als 370.000 Arbeitssuchenden (vorgemerkte Arbeitslose und Personen in Schulungsmaßnahmen) aber weit entfernt. Berücksichtigt man die nur moderaten Wach-



tumsprognosen und die weitere Öffnung des heimischen Arbeitsmarkts ist das Erschließen neuer nachhaltiger Beschäftigungspotenziale unerlässlich.

Zweitens: Mehr Qualität. Wer Leistungen in Auftrag gibt, kann die Standards dafür bestimmen. Hohe Qualität ist unverzichtbar, wenn es z. B. um Frühförderung der Kinder, Versorgung Pflegebedürftiger oder die Qualifizierung Arbeitssuchender geht. Diese Qualität darf nicht dem „freien Markt“ überlassen werden, sondern soll von der öffentlichen Hand bestimmt werden.

Drittens: Mehr Gerechtigkeit. Frauen erbringen nach wie vor das Gros unbezahlter Betreuungsarbeit. Soziale Dienstleistungen sind der Schlüssel, um diese unbezahlte Arbeit in bezahlte umzuwandeln, und die Qualifikationen der Frauen am Arbeitsmarkt zu nutzen.

Viertens: Mehr Budgetspielraum. Es zahlt sich mittel- und langfristig für das Budget nicht nur aus, diese Zukunftsinvestitionen zu tätigen, dauerhaft übersteigen sogar die Mehreinnahmen v. a. aus der gestiegenen Beschäftigung diese Kosten bei Weitem. Zu schön, um wahr zu sein? Die AK Wien berechnete Kosten und Effekte von drei Maßnahmen zur Umschulung sowie den Ausbau von Kinderbetreuung im Detail. Schon nach vier Jahren rechnen sich die Investitionen mit einem Plus fürs Budget in der Höhe von jährlich 130 Mio. Euro bis zu 800 Mio. nach zehn Jahren. Der Grund: Durch z. B. steigende Beschäftigung in den Maßnahmen selbst (TrainerInnen, Pädagogen/-innen usw.) und durch die Chance der KursteilnehmerInnen bzw. der Personen mit Betreuungspflichten, (wieder) erwerbstätig zu sein, fließen

Frauen erbringen nach wie vor das Gros unbezahlter Betreuungs- und Versorgungsarbeit. Soziale Dienstleistungen sind der Schlüssel dafür, diese unbezahlte Arbeit in bezahlte umzuwandeln und die Qualifikationen der mittlerweile ausgezeichnet gebildeten Frauen wirklich zu nutzen, indem sie diese am Arbeitsmarkt einsetzen.



dauerhaft mehr Steuern und Abgaben ins Budget zurück. Zusätzlich ergeben sich entsprechende Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung, wenn es gelingt, durch die (Höher-)Qualifizierungsprogramme neue Jobs mit vormals Arbeitsuchenden zu besetzen. Diese Effekte gibt es ebenso beim Ausbau von Ganztagschulen, Pflegeeinrichtungen oder anderen relevanten öffentlichen Beratungs- und Betreuungsangeboten.

Was bisher geschah

Der krisenbedingte Anstieg (z. B. durch Bankenpakete, Konjunkturstützungsmaßnahmen etc.) des Budgetdefizits und der Staatsverschuldung 2009/10 haben den Druck zur Budgetkonsolidierung erhöht. Das schlägt sich auch im aktuellen Budget 2011 nieder. Die Bewertung der einzelnen Maßnahmen fällt zwiespältig aus: Das Ausmaß der Konsolidierung erscheint insgesamt angemessen, es gibt erste positive Weichenstellungen, jedoch auch soziale Härten.

Positiv ist jedenfalls, dass immerhin rund 40 Prozent des Konsolidierungsbedarfs nicht über Sozialkürzungen, sondern über zusätzliche Einnahmen erreicht werden, mit ersten Schritten in Richtung einer höheren Besteuerung von Gewinnen und Erträgen aus Vermögen. Erfreulich ist, dass es trotz des Spardrucks Investitionen in Bereichen wie Ganztagschule, Forschung und thermische Sanierung gibt. Allerdings sind diese viel zu gering. Gerade einmal 80 Mio. Euro/Jahr bis 2014 für Ganztagschulen, aber keine Mittel für den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege

und das trotz schmerzhafter Kürzungen bei den Geldleistungen.

Hingegen könnten mit einer – ökonomisch und gesellschaftlich sinnvoll investierten – „Bildungs- und Sozialmilliarde“ nicht nur bestehende strukturelle Defizite zum Großteil beseitigt werden, sondern auch Beschäftigung für Zehntausende geschaffen werden.

Soziale Dienstleistungen sind dann wirklich wertvoll, wenn sie angeboten werden, wo sie gebraucht werden. Die räumliche Nähe bedeutet einen doppelten Gewinn: Zum einen erhalten die Menschen Unterstützung, Beratung oder Betreuung vor Ort; zum anderen entstehen Arbeitsplätze dort, wo die Leute leben.

Die Gemeinden haben beim Ausbau der verschiedenen Versorgungsangebote eine entscheidende Rolle. Sie sind nicht nur zuständig für soziale Dienstleistungen, sie kennen auch die Verhältnisse und den Bedarf vor Ort am besten. Das größte Problem dabei stellt aber die mangelnde Finanzkraft der meisten (kleinen) Gemeinden dar. Eine ganztägige Kinderbetreuung bereitzustellen, Bildungsmaßnahmen anzubieten und auch noch ein Pflegeheim zu betreiben – nicht selten eine budgetäre und strukturelle Überforderung. Die Lösung: Kooperation! Das betrifft einerseits die Angebote selbst, etwa indem eine Kinderkrippe, ein Pflegeheim usw. gemeinsam betrieben werden; zum anderen könnte auch bei „Hintergrundleistungen“ zusammengearbeitet werden, indem zum Beispiel eine Gemeinde die Lohnverrechnung für mehrere übernimmt, während eine andere sich um die Organisation der

mobilen Dienste kümmert. So können soziale Dienste bedarfsorientierter und kostengünstiger erbracht werden. Zusätzlich entsteht Beschäftigung vor Ort, was gerade in Regionen, wo sonst gependelt werden müsste, wichtig ist.

Produktiver Sozialstaat

Langsam setzt sich bei den relevanten EntscheidungsträgerInnen die Einschätzung durch, dass der Sozialstaat nicht nur wichtig für eine faire Teilhabe am Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist, er ist auch ein produktiver Faktor. Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Forschung gelten als Maßnahmen, die durch mehr Beschäftigung, höhere Produktivität der Arbeitskräfte und der besseren Nutzung von Fähigkeiten und Talenten mittel- und langfristig die Wohlfahrt erhöhen. Dafür braucht es neben Gestaltungswillen auch entsprechende Budgetmittel. Je schneller diese Zukunftsinvestitionen getätigt werden, umso glaubwürdiger wird die Prognose: Die gute soziale Infrastruktur in Österreich wird zum Standortvorteil und Wachstums- und Beschäftigungsmotor!

Internet:

AK Studie zur Bildungs- und Sozialmilliarde
tinyurl.com/6zpp3lz

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die AutorInnen
adolf.buxbaum@akwien.at
sybille.pirklbauer@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Sparpolitik ist common nonsense

Nahezu alle nicken, wenn es heißt: Der Staat muss sparen. Doch ist das wirklich so? Wem nützt das? Und wann ist das Gegenteil richtig?

Autorin: Dagmar Gordon
Freie Journalistin

Die Finanzwirtschaft und allen voran die Banken haben die Krise verursacht und die Realwirtschaft und die ArbeitnehmerInnen mitgerissen. Die globale Finanzkrise hat nach Angaben von FMA-Vorstand Kurt Pribil bisher 11,2 Billionen Euro (15 Bio. Dollar) gekostet. In dieser Zahl mit zwölf Nullen sind auch die Kursverluste an den Börsen enthalten, die mit der Krise einhergingen.

Doch schon im vergangenen Jahr haben sich die Banker an der New Yorker Wall Street Boni in der Höhe von 144 Mrd. Dollar ausgezahlt. Sparen müssen also andere. Die arbeitenden Menschen und „der Staat“. Denn „man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt“, das weiß, so argumentierte zumindest die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, jede schwäbische Hausfrau. So weit der common sense. Doch ist das wirklich so? Muss der Staat sparen? Und auf wessen Kosten muss er das tun?

Fehlschluss: Staat ist wie Hausfrau

„Das Problem bei solchen Vergleichen, ist der Analogieschluss. Der einzelne Haushalt hat keine wirkliche Möglichkeit seine Einnahmen zu erhöhen, und wenig Möglichkeiten seine Ausgaben zu senken“, so Stephan Schulmeister, Experte im Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) zum Fehlschluss Hausfrau – Staat. Die Auswirkungen des Sparens sind einfach nicht zu vergleichen. Während es außer der Familie selbst niemandem auf-

fällt, wenn die Ausgaben strikt begrenzt werden, so sind die Auswirkungen, wenn der Staat auf die Ausgabenbremse steigt für die Volkswirtschaft oftmals fatal: „50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes laufen über den öffentlichen Sektor, das hat immense Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft“, betont Schulmeister. Dabei hat der Staat – im Gegensatz zur Durchschnittsfamilie – sehr wohl sinnvolle Möglichkeiten, die Einnahmen zu steigern, sprich – im Einzelfall eben auch zu erhöhen.

Vergleich Staat Unternehmen hinkt

Aber auch der oft zitierte Vergleich Staat – Unternehmen hinkt etwas: Andrea Grisold, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien erklärt: „Der Analogieschluss Staat/Unternehmen hält schon deshalb nicht, weil sich auch Unternehmen verschulden, um ihre Rechnungen zu zahlen oder Investitionen zu tätigen.“

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, der Doktrin vom eisernen Sparen nicht auf den Leim zu gehen: Denn was für einen Einzelnen richtig ist, ist für die Gruppe alles andere als hilfreich, erklärt Schulmeister anhand eines Beispiels im Theater: „Wenn einer aufsteht, ist das für ihn gut, weil dann sieht er besser. Wenn das aber alle im Zuschauerraum machen, dann sieht wieder jeder gleich schlecht wie vorher.“

Etwas was für einen Einzelnen rational und naheliegend erscheint, kann für das System Staat irrational sein und das Gegenteil dessen bewirken, was man erreichen will: „Wenn nämlich zum Bei-

spiel der Staat die Wirtschaftsleistung zurückfährt“, so Stephan Schulmeister, dann schadet das dem gesamten System.

Gute Schulden, schlechte Schulden

Es kommt also, so sind sich die ExpertInnen einig, sehr darauf an wofür der Staat Schulden macht. Andrea Grisold: „Aus ökonomischer Perspektive sind all jene Staatsschulden sinnvoll, die zu einem höheren wirtschaftlichen Output und einem höheren Wohlstand in der Zukunft führen.“

Woher aber kommt die Ansicht, dass der Staat wie Muttchen aus den Fünfzigerjahren das Haushaltsbuch zu führen hat und keine Schulden machen darf?

„Es sind komplexe Prozesse verbunden mit einem massiven Paradigmenwechsel, der dazu geführt hat, dass sich die Meinung ‚der Staat ist schlecht, Privat ist gut‘ als Weltanschauung und allumfassende Mode durchgesetzt hat“, so Schulmeister. Auch PolitikerInnen scheitern, wenn sie andere Ansichten vertreten, denn gegen die Medien Politik zu machen wurde zunehmend schwieriger. Also alles eine unumkehrbare, quasi naturgesetzliche Sache? „Man könnte es schon ganz anders machen, wenn man ein Konzept hätte“, erinnert Schulmeister an **Franklin Delano Roosevelt**, der 1933 Amerika mit seinem New Deal aus der Depression holt. Der New Deal war eine Reihe von Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA, die mit massiven staatlichen Investitionen die Binnenkonjunktur ankurbelten. Damals waren ein Viertel der US-AmerikanerInnen arbeitslos und die Not war groß.



Allein 83 Prozent der Frauen in Österreich arbeiten im Dienstleistungsbereich. Aber noch immer gelingt es Industriellen und ihren InteressenvertreterInnen, der Öffentlichkeit und eben auch den PolitikerInnen einzureden, dass sie die Wirtschaft wären.

Stefan Schulmeister meint, dass heutzutage viel Zivilcourage und eigenes Denken vonnöten wäre, um diesem neoliberalen Paradigma etwas entgegenzusetzen. Dazu kommt, so Luise Gubitzer, Professorin am Institut für Institutionelle & Heterodoxe Ökonomie der WU, „dass wir schon längst in einer Dienstleistungsgesellschaft leben. Allein 83 Prozent der Frauen in Österreich arbeiten im Dienstleistungsbereich. Aber noch immer gelingt es Industriellen und ihren InteressenvertreterInnen, der Öffentlichkeit und eben auch den PolitikerInnen einzureden, dass sie die Wirtschaft wären. Dabei steht ihre Wirtschaftsleistung in keiner Relation zu ihrer Macht.“

Sparen und die Folgen

Die Politik hat dadurch oftmals einen sehr eingeschränkten Begriff von der Wirtschaft. Luise Gubitzer erklärt: „Wenn gespart wird, was sich derzeit überall abzeichnet, dann muss man auf die Frauen schauen und sich fragen: Welche Bedeutung haben diese Bereiche, in denen gespart wird, für die Versorgung der Menschen? Es sind wesentliche Versorgungsbereiche wie zum Beispiel Pflege, in denen eingespart wird, und dort wird doppeltes Leid verursacht: Zum einen bei den ArbeitnehmerInnen und zum anderen bei den KlientInnen.“ Man sollte, so Gubitzer, den Staatshaushalt eher durch Sparen in jenen Bereichen sanieren, die nicht versorgungsrelevant sind „Die Abwrackprämie war aus dieser Sicht nicht sonderlich sinnvoll.“ Durch Einsparungen im Dienstleistungsbereich gehen vor allem Frauenarbeitsplätze verlo-

ren, und die unbezahlte Arbeit nimmt zu. Zum Beispiel werden die Krankenhäuser angehalten, die Verweildauer von PatientInnen deutlich einzuschränken, was dazu führt, dass vor allem Frauen die Pflege zu Hause unbezahlt übernehmen. Durch den Verlust von Arbeitsplätzen geht dem Staat aber auch wertvolles Humankapital und produktive Kapazitäten verloren.

Mehr Schulden, weniger Arbeitslose?

Soll der Staat also ganz nach der Aussage des eben erst hymnisch gefeierten Bundeskanzlers Kreisky lieber ein bisschen mehr Schulden machen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern?

Andrea Grisold meint dazu: „Grundsätzlich hatte Kreisky Recht. In der längerfristigen ökonomischen Perspektive hatte er Recht.“ Stephan Schulmeister ist sich ebenfalls sicher: „Kreisky hatte sehr wohl Recht, die Lage in Österreich hätte sich damals durch Sparen verschlimmert.“

Luise Gubitzer, die die Finanzmarktkrise mit den Worten **Naomi Kleins** als Finanzmarktkatastrophe bezeichnet, betont, dass es vor allem in Krisensituationen den neoliberalen Interessen blendend gelinge sich zu positionieren. Das sei umso bedenklicher, als die Lösung für die durch die Krise entstandenen Probleme heute nicht mehr wie in den Siebzigerjahren auf nationalstaatlicher Ebene gefunden werden könne.

Andrea Grisold: „Es ist völlig klar, wem das nützt, wenn bei Sozialausgaben oder der Bildung gespart wird. Es gibt weltweit einen Steuerwettbewerb nach unten. Daher ist das Problem nicht

allein nationalstaatlich zu lösen. Allerdings ist empirisch nachweisbar, dass die Unternehmensbesteuerung nicht der einzige Grund für Ansiedelung neuer Unternehmen ist.“

Trotzdem sind sich die WissenschaftlerInnen einig, dass die Staatsschulden nicht in den Himmel wachsen sollten. Denn ein zu hoher Schuldendienst schadet auch dem Mittelstand und den ArbeitnehmerInnen. Allerdings meinen sie, dass eine Entschuldung nicht durch weitere Massensteuern, sondern durch eine Erhöhung der Steuern auf Kapital und Vermögen sowie eine Erhöhung der Unternehmenssteuern zu erreichen sei.

Auch im Sinn der UnternehmerInnen

Stefan Schulmeister: „Eine Staatsschuldensanierung, die an den Vermögen ansetzt wäre im Endeffekt auch im Sinne der Unternehmer. Das würde ihnen ganz massiv nützen. Nicht profitieren würden die Finanzkapitalbesitzer. Unternehmer haben das schon lange begriffen. UnternehmervertreterInnen tun sich damit ideologisch etwas schwerer.“

Internet:

InterviewpartnerInnen:

www.wu.ac.at/vw3/institut/grisold

www.wu.ac.at/vw3/institut/gubitzer

stephan.schulmeister.wifo.ac.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin

d.gordon@ideenmanufactur.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Fragestunde zur Budgetsanierung

Staatssekretär Andreas Schieder hat WirtschaftslehrerInnen und interessierten SchülerInnen Fragen zu Budget und Konsolidierung beantwortet.

Autor: Raphael Zajac

Maturant der Schumpeter Handelsakademie

Wir alle kennen Fragestunden aus dem Nationalrat. Im Rahmen des 8. VWL-Perspektiven-Seminars stellte sich der Finanzstaatssekretär Andreas Schieder Fragen zur Budgetsanierung von interessierten WirtschaftslehrerInnen und MaturantInnen. Durch die Finanzkrise ist die Situation der Staatshaushaltsdefizite zu

einem virulenten Problem angewachsen. Die Budgetsanierung ist allerdings verknüpft mit vielen unpopulären Maßnahmen.

Wie Wirtschaft ankurbeln?

Eine der großen Fragen ist, wie man die Konsolidierung des Budgets, also das Ausgleichen des Defizits, mit einer gleichzeitigen Ankurbelung der Wirtschaft unter einen Hut bringen kann,

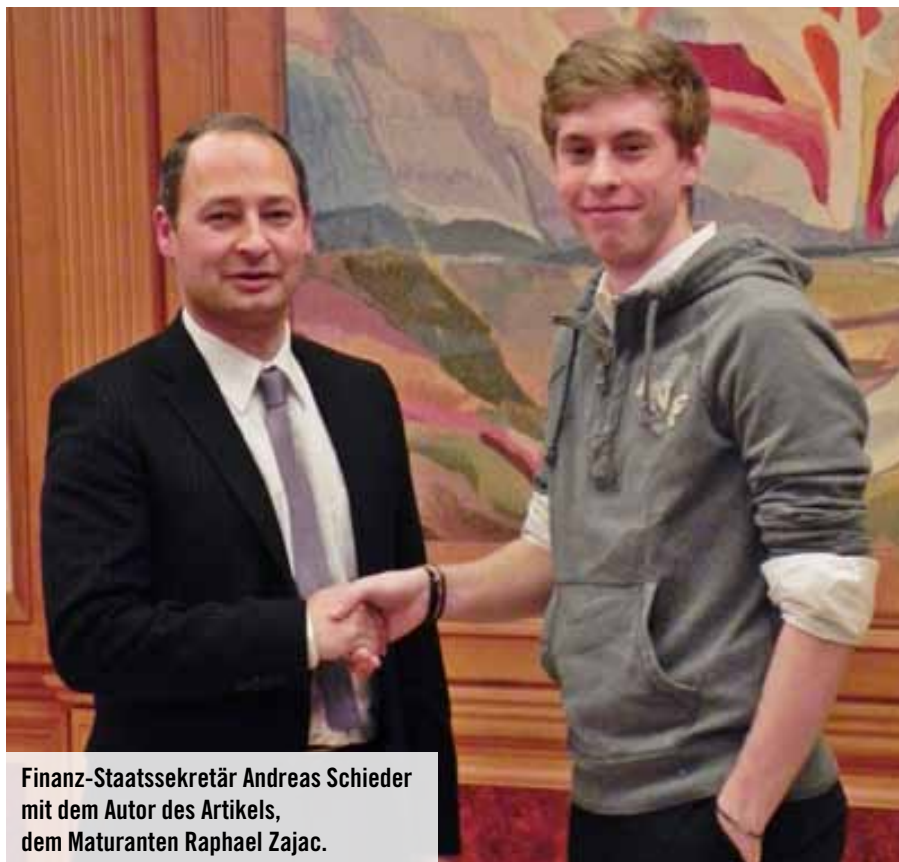
ohne den Schuldenberg weiter wachsen zu lassen und nicht die SteuerzahlerInnen zur Kasse bitten zu müssen. De facto sei das nicht möglich, betonte Schieder. Ohne zusätzliche Einnahmen kann ein Staat sich nicht sanieren, und ohne Geld ist ein Ankurbeln der Wirtschaft nicht möglich. Es geht eher darum, wen man zur Kasse bittet, wo man durch Steuern sinnvolle Barrieren schafft (beispielsweise um risikoreiche Geschäfte stärker zu besteuern oder zu verhindern), und wie man jene, die von der Krise am stärksten getroffen wurden, weiter entlastet.

Verlauf der Krise in Österreich

Die meisten Fragen des interessierten Publikums befassten sich mit den Auswirkungen der Finanzkrise und deren Bewältigung. Staatssekretär Andreas Schieder schilderte den Verlauf der Finanzkrise in Österreich vor allem anhand der Entwicklung der Arbeitslosenquote und des Budgetdefizits.

Die Zahlen sprechen für sich: Im Vergleich zu anderen Märkten wie beispielsweise den USA ist die Krise in Österreich relativ „glimpflich“ verlaufen und auch im EU-Durchschnitt liegt Österreich gut.

Der Beschäftigungsgrad konnte durch rasche Maßnahmen hoch gehalten werden und hat mittlerweile einen historischen Höchststand erreicht. Grund dafür ist ein Bündel an Maßnahmen, das sowohl Unternehmen als auch ArbeitnehmerInnen betraf. Die Einführung der Kurzarbeit und das Arbeitsmarkt-Paket half Herrn und Frau



Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder mit dem Autor des Artikels, dem Maturanten Raphael Zajac.



Im Rahmen des 8. VWL-Perspektiven-Seminars stellte sich Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder Fragen zur Budgetsanierung von interessierten WirtschaftslehrerInnen und MaturantInnen.

INFO & NEWS

Das 9. VWL-Perspektiven-Seminar „Ökonomische Bildung zwischen Status quo und Zukunftsorientierung“ findet von 19. bis 21. Oktober 2011 statt.

Anfragen beim Organisator dieser Veranstaltung unter johannes.lindner@kphvie.at

Österreicher, nach Möglichkeit ihre Stelle zu behalten, das Bankenpaket und die Übernahme von Sicherheiten für Unternehmenskredite stärkten die Liquidität am österreichischen Geldmarkt.

Um schneller aus einer Krise in wirtschaftlichen Aufschwung übertreten zu können, ist eine Stärkung der Kaufkraft vonnöten. Konsumverweigerung führt zu einem Negativ-Trend, der sowohl Staat, Unternehmen als auch letztendlich die ArbeitnehmerInnen selbst trifft. Das nimmt den Schluss vorweg, dass ein Staat zuerst investieren muss, um danach wieder besser dastehen zu können.

Ein Loch im Staatshaushalt

Die Abwendung dieses Negativ-Trends und die daraus resultierenden Investitionen kosteten natürlich Geld und rissen ein großes Loch in den österreichischen Staatshaushalt. Betrug 2007 und 2008 das Budgetdefizit 0,4 bis 0,5 Prozent, so stieg 2009 das Defizit auf 3,5 Prozent und 2010 auf 4,5 Prozent.

Die Schuldigen sind nicht schwer zu finden: Weniger Einnahmen aus

weniger Steuern, weniger Arbeitende und zusätzliche Investitionen kosteten den Staat viel Geld. Doch der neuerliche Aufschwung jetzt ist in hohem Ausmaß den raschen Maßnahmen zuzuschreiben.

Das Ausgleichen des Defizits ist unabdingbar, da nur so weitere Kosten vermieden, die Flexibilität des Staates hoch und die Verpflichtungen gegenüber anderen eingehalten werden können.

Die Konsolidierung soll zu 50 Prozent aus Einnahmen und zu 50 Prozent durch Sparen erreicht werden, wobei zwei Drittel der dazu vereinnahmten Steuern aus dem Finanzsektor kommen sollen. Die Herausforderung für Österreich besteht darin, die Steuerlast nun strukturell und nachhaltig zur Vermögensbesteuerung zu verschieben, da Hauptträger der Steuern noch immer die Arbeitseinkommen sind. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer ist laut Schieder nicht die richtige Maßnahme, da so die Falschen betroffen wären.

Kürzung der Sozialleistungen

Die abschließende Fragerunde wurde mit dem aktuellsten Thema eröffnet, der Kürzung von Sozialleistungen und im Speziellen die der Familienbeihilfe. Ist sie notwendig? Wäre eine Verwaltungsreform zu Einsparungsmaßnahmen nicht sinnvoller und gibt es „gute Schulden“?

Laut Schieder sei die Kürzung der Familienbeihilfe zwar eine harte Maßnahme, aber notwendig, da ohne diese Maßnahme eine Kürzung aller Beihilfen eingeführt hätte werden müssen,

oder eine andere Finanzierung des Mutter-Kind-Passes notwendig geworden wäre. Und nicht alles an Verwaltung in Österreich sei unnötig, sondern im Gegenteil sogar sinnvoll. Es werden bereits Effizienzpotenziale eingelöst, ein gutes Beispiel hierfür ist FinanzOnline. Und Schulden, die aufgenommen werden, um später eine Verbesserung zu erzielen, wie es passiert ist, könnte man als gute Schulden bezeichnen.

Eine Frage blieb offen

Eine Fragestunde – eigentlich waren es fast zweieinhalb Stunden – war allerdings nicht lang genug, um alle Fragen zu klären. Auf EU-Ebene stellen sich Herausforderungen für die Zukunft, nämlich wie man die Stabilität des Euros gewährleistet, und wie man die Regulierung der Finanzmärkte dahingehend verbessert, um zukünftige Krisen zu vermeiden, auch wenn der Ausgangspunkt nicht die EU war. Doch der Handel mit gefährlichen Finanzprodukten geht schon wieder von vorne los. Die wohl ungeklärteste Frage ist und bleibt: Haben wir etwas aus dieser Krise gelernt?

Internet:

Präsentation zur Budgetsanierung
www.ifte.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
johannes.lindner@kphvie.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Schau genau

Eine Lehre aus der Krise: Kein Markt, kein Anbieter, kein Produkt soll künftig ohne Aufsicht sein – Regeln sind notwendig!

Autor: Helmut Ettl

Vorstand der *Finanzmarktaufsichtsbehörde*
FMA

Die globale Finanzkrise, die in mehreren Wellen seit dem Jahr 2007 um den Globus rollte, hat Schwachstellen im regulatorischen Rahmen und der Aufsicht über die Finanzmärkte offengelegt. Gesetzliche Rahmenbedingungen, nationale Aufsichtsmodelle und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hatten mit der Globalisierung der Märkte, dem Fortschritt der Integration innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und der rasanten Entwicklung nicht Schritt gehalten. Auf globaler Ebene wurden diese Themen im Rahmen der G-20 adressiert und die Lehren daraus gezogen: „Kein Markt, kein Produkt, kein Anbieter soll künftig mehr ohne Aufsicht sein!“ Dementsprechend werden seither bestehende Regularien Schritt für Schritt überarbeitet und Lücken geschlossen.

Schutzschirm in Österreich

Auch in Österreich musste die Bundesregierung in der Krise einen Schutzschirm über den Finanzmarkt aufspannen, Banken mit staatlichen Garantien und Geld zur Seite stehen. Drei Banken (Kommunalkredit, Hypo Group Alpe Adria und Constantia Privatbank) mussten aufgefangen werden. Heute, da die Schockwellen der Krise abebben, stellen wir fest, dass wir dank Krisenmanagement mit einem „blauen Auge“ davon gekommen sind.

Einer der Gründe ist, dass in Österreich mit der Reform der Aufsicht bereits vor der Krise begonnen worden war. So wurde mit der Gründung der **Finanzmarktaufsichtsbehörde** FMA 2002 das Fundament für effiziente und effektive Aufsicht nach internationalen Vorbildern gelegt. Als „integrierte Behörde“ deckt sie den gesamten Finanzmarkt – von Banken über Versicherungen und Pensionskassen bis hin zu Investmentfonds, Wertpapierfirmen und den Handel in börsennotierten Wertpapieren – ab. Anfangs – die FMA startete mit 90 MitarbeiterInnen, heute arbeiten hier mehr als 300 ExpertInnen – traten zwar Schwächen des neuen Aufsichtsmodells zutage, insbesondere an der Schnittstelle zwischen der mikroprudentiellen – der auf Einzelinstitute fokussierten – Aufsicht der FMA und der **makroprudentiellen** – auf die Finanzmarktstabilität fokussierten – Aufsicht der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). 2008 wurden Doppelgleisigkeiten abgebaut, die Arbeitsteilung festgelegt – seither greifen die Aufsichtsarbeit von FMA und OeNB reibungslos wie Zahnräder ineinander.

Ganz ist die Krise noch nicht ausgestanden, noch sorgt die in einigen Staaten zum Teil exorbitant angestiegene Staatsverschuldung für Nervosität und Unruhe auf den Finanzmärkten. Dennoch sind bereits wesentliche Lehren aus der Krise gezogen – und die erforderlichen Maßnahmen werden Schritt für Schritt umgesetzt. Denn in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist nach der Krise gleichzeitig vor der Krise. Und es gilt, für die nächste Krise besser vorbereitet zu sein.

Was sind nun die Lehren aus der Krise? Lassen Sie mich drei herausgreifen:

- » Stopp der Flucht aus der Bilanz!
- » Schließen der regulatorischen Lücken!
- » Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Aufsicht!

Stopp der Flucht aus der Bilanz!

Die Krise hat schonungslos aufgezeigt, dass gewisse Risiken vorher in den Bilanzen der Finanzinstitute gar nicht erfasst waren. Einerseits, weil diese Geschäfte (etwa Derivate) unterhalb des Bilanzstrichs verbucht waren, andererseits weil sie (etwa viele „Asset Backed Securities“, ABS und Strukturierte Produkte) in Zweckgesellschaften in nicht oder nur schwach regulierten „**Off-Shore-Zentren**“ versteckt waren. Künftig müssen alle Risiken in der Bilanz erfasst und dem Risikomanagement des Instituts unterworfen werden. Sie sind mit Eigenkapital als Sicherheitspolster zu unterlegen oder werden, wenn es sich um Eigenmittelbestandteile handelt, nicht anerkannt.

Die Flucht aus der Bilanz war möglich, weil es im globalen Aufsichtssystem große Lücken gab. Einerseits geografisch, weil „Off-Shore-Zentren“ ihr Geschäftsmodell gerade auf einer schwachen Aufsicht aufbauten. Mit dem gleichen Druck mit der es der internationalen Staatengemeinschaft nach dem 9/11-Terroranschlag gelungen ist, weltweit Mindeststandards zur Prävention von Geldwäsche und Terrorfinanzierung durchzusetzen, muss sie nun globale Mindeststandards in der Aufsicht über Finanzprodukte und -märkte durchsetzen – auch in den „Off-Shore-Zentren“. Andererseits pro-



Heute, da die Schockwellen der Krise abebben, können wir feststellen, dass wir dank Krisenmanagement mit einem „blauen Auge“ davongekommen sind.

duktspezifisch, weil wichtige Marketplayer – etwa **Shadow Banks**, Hedgefonds aber auch Ratingagenturen – keiner Aufsicht unterlagen. Hier werden nun Standards implementiert.

Intensivierung der Zusammenarbeit

Die Krise führte dramatisch vor Augen, dass der EWR zwar keine Grenzen mehr für Finanzprodukte, deren AnbieterInnen und deren KäuferInnen kennt, die Aufsicht aber trotzdem durch nationale Grenzen eingeschränkt blieb. Dementsprechend hat die EU nun ein neues „Europäisches System für Finanzaufsicht“ („European System of Financial Supervision“, ESFS) erarbeitet und mit 1. Jänner 2011 umgesetzt. Dessen Architektur stützt sich – wie in Österreich – auf zwei starke Säulen:

- » die vom „Europäischen Ausschuss für systemische Risiken“ („European Systemic Risk Board“, ESRB) getragene makroprudentielle Aufsicht
- » und die von den neuen „Europäischen Aufsichtsbehörden“ („European Supervisory Authorities“, ESAs) getragene mikroprudentielle Aufsicht.

ESRB und ESAs arbeiten institutionalisiert eng zusammen, wodurch sowohl gewährleistet ist, dass makroprudentielle Analysen und Warnungen zu systemischen Risiken auch mikroprudentiell (auf Einzelinstitutsebene) umgesetzt werden, als auch, dass Erkenntnisse der mikroprudentiellen Aufsicht auf EU- bzw. nationaler Ebene entsprechend

in der makroprudentiellen Analyse des ESRB Berücksichtigung finden.

Das ESRB ist bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt und setzt sich aus dem EZB-Rat, den Vorsitzenden der Europäischen Aufsichtsbehörden, VertreterInnen der nationalen Aufsichtsbehörden und Notenbanken sowie VertreterInnen der Europäischen Kommission zusammen. Als makroprudentielle Aufsicht hat es Systemrisiken zu analysieren, zu bewerten und zu überwachen, um durch entsprechende Warnungen präventiv die Gefahr des Ausfalls von Systemkomponenten zu begrenzen, und die Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte gegen Schocks zu stärken.

Die mikroprudentielle Aufsicht erfolgt durch die ESAs:

- » die „Europäische Bankenaufsichtsbehörde“ („European Banking Authority“, EBA) mit Standort London,
- » die „Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung“ („European Insurance and Occupational Pensions Authority“, EIOPA) mit Sitz in Frankfurt
- » und die „Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde“ („European Securities and Markets Authority“, ESMA) in Paris.

Aufgabe der ESAs ist es, für eine solide, wirksame und **kohärente** Regulierung und Überwachung innerhalb des EWR zu sorgen. Dabei haben sie auch die Stabilität des Finanzsystems und die Schaf-

fung fairer Wettbewerbsbedingungen zu berücksichtigen sowie die internationale Koordinierung der Aufsicht und den VerbraucherInnenschutz zu verbessern.

System für Finanzaufsicht

Beim „Europäischen System für Finanzaufsicht“ (ESFS) handelt es sich somit um ein integriertes Netzwerk bestehend aus dem ESRB, den drei EU-Aufsichtsbehörden und den nationalen Aufsichtsbehörden. Auf dieser Ebene werden systemische, europäische und grenzüberschreitende Fragen adressiert, die laufende Beaufsichtigung der Einzelinstitute sowie der nur national tätigen Gruppen verbleibt jedoch weiterhin auf nationaler Ebene.

Selbst wenn all diese Maßnahmen mit Leben erfüllt sind, heißt das aber nicht, dass es deshalb in Zukunft keine Krisen mehr geben kann. Krisen sind der Marktwirtschaft **immanent**, es ist das Auf und Ab, das sie vorantreibt. Die Maßnahmen sollen aber zumindest einen Beitrag leisten, die Risiken und die Auswirkungen krisenhafter Erscheinungen einzudämmen.

Internet:

Finanzmarktaufsicht (FMA)
fma.gv.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
helmut.ettl@fma.gv.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

ÖIAG – ganz neu?

Ab Juli wird Markus Beyrer von der Industriellenvereinigung neuer ÖIAG-Chef. Verkommt die ÖIAG zur Filiale der Privatindustriellen?

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist

Die Industriellenvereinigung (IV) schreibt auf ihrer Homepage: Die IV „ist eine Interessenvertretung auf freiwilliger Basis mit derzeit rund 3.500 Mitgliedern“ und versteht sich als „Lobbyorganisation“. Sie „verfügt über gute Kontakte zu Politik und Meinungsbildnern sowie über ein weit verzweigtes Beziehungsnetz.“¹ Oh ja! Das Beziehungsnetz hat – wie schon in vergangenen Jahren z. B. bei der von der IV gesponserten Homepage von Ex-Finanzminister Karl Heinz Grasser – funktioniert: Ab 1. Juli 2011 wird der derzeitige IV-Generalsekretär Markus Beyrer Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG). Dann leitet die ÖIAG ein direkter Interessenvertreter von ein paar Tausend Privatindustriellen. Was bedeutet das für die Zukunft der ÖIAG?

20 Beteiligungen vor zehn Jahren

Noch vor zehn Jahren umfasste die ÖIAG über 20 Beteiligungen als Voll- oder Mehrheitseigentümerin, darunter die Voestalpine, VA Tech, Böhler-Uddeholm, Post, Postbus, Telekom, AUA usw. Seit 2000 gab die ÖIAG ihre Anteile an 16 Unternehmen teilweise oder vollständig ab, zuletzt verschleuderte sie die AUA um nur 366.00 Euro und verschaffte der kaufenden Luft hansa noch eine staatliche Mitgift von 500 Mio. Euro. Heute beschränken sich die Anteile gerade auf Post (52,9 Prozent) Telekom (31,5 Prozent) und OMV (28,4 Prozent). Außerdem hält die ÖIAG auch 100 Prozent an der Fimbag, der Banken-

ÖIAG: Insgesamt geht es (noch) um mehr als 85.000 MitarbeiterInnen (im In- und Ausland) und 33 Mrd. Euro Umsatz.²

Die ehemaligen Betriebe der verstaatlichten Industrie (VI) waren in der ÖIAG organisiert. Doch seit Beginn der Verstaatlichtungen (1946) trat die IV für deren Überführung in Privatbesitz ein, was für die von schwachem Privatkapital gekennzeichnete österreichische Industrielandschaft bedeutete, dass die meisten Privatisierungen der ÖIAG mit dem Ausverkauf an ausländische Konzerne endeten, z. B. wie bei der Austria Tabak, bei der VA Tech oder bei der AUA.

Nach Umstrukturierungen in den späten 1980er-Jahren erhielt 1993 die ÖIAG einen ersten echten Privatisierungsauftrag und war fortan eine Privatisierungsagentur und Beteiligungsholding. In der Zeitspanne von 1994 bis 1999 (SPÖ/ÖVP-Regierung) wurden 14 Unternehmen(-steile) mehrheitlich oder ganz privatisiert und erbrachten in Summe einen einmaligen Privatisierungserlös von rund 4,787 Mrd. Euro. Mit dem ÖIAG-Gesetz 2000 (ÖVP/FPÖ-Regierung) wurde faktisch die Privatisierung aller restlichen ÖIAG-Beteiligungen in Auftrag gegeben. Ein weiterer Regierungs-Privatisierungsauftrag erfolgte im Mai 2003 und dann zuletzt 2007/2008 (SPÖ/ÖVP-Regierung) für den Verkauf der AUA. Von 2000 bis 2008 wurden 16 Unternehmen(-steile) mehrheitlich oder ganz privatisiert. Der Einmalserlös dafür machte knapp 6,368 Mrd. Euro aus.³

Waren zu Beginn der Verstaatlichung in der verstaatlichten Industrie und den Konzernbetrieben der verstaatlichten Banken Ende der 1950er-Jahre in Sum-

me etwa 275.000 Menschen beschäftigt, sind es heute bezogen auf den Beschäftigtenstand der ÖIAG-Beteiligungen in Österreich nicht einmal mehr 50.000. Gleichzeitig mit dem Ausverkauf der Betriebe an meist ausländische Private (z. B. Voestalpine samt der von ihr aufgekauften Böhler-Uddeholm oder die VA-Tech, die nun Siemens gehört) ging vor allem bei den größten Betrieben, den sogenannten „Flaggschiffen“ wie Voestalpine, Böhler-Uddeholm, VA-Tech oder OMV, eine exorbitante Gewinnentwicklung einher, und nach Berechnungen von Miron Passweg von der AK Wien wurden die Verkäufe meist zu billig, das heißt unter dem realen Firmenwert, getätigt.⁴

Vorwand Schuldenabbau

Der für die Privatisierungen als Grund viel bemühte „Schuldenabbau“ war und ist ein Vorwand, um Widerstand von ArbeitnehmerInnenseite den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn die viel zitierten „Schulden“ der Verstaatlichten waren in der Regel die Gewinne der Kredit gebenden Banken, weil die Verstaatlichte eben von ihrem Eigentümer, der Republik Österreich, keine entsprechenden Finanzmittel erhielt. Ganz verschwiegen wurde und wird bis heute in der Debatte, dass die verstaatlichten Betriebe über Jahrzehnte Milliarden an Steuern und Dividenden in das Budget zahlten, aber eben nicht die entsprechende Kapitalausstattung erhielten. Ja, im Jahr 2000 wurden der

¹ www.iv-net.at/bm96; www.iv-net.at/bm12

² und ³ siehe www.oia.g.at

⁴ H. Hautmann und M. Passweg, in: M. Mugrauer (Hg.): Öffentliches Eigentum – eine Frage von gestern? Wien, 2007, Seite 14 und 122)

ÖIAG auch noch die durch eine ähnliche Politik bei der Post entstandenen Schulden umgehängt.⁵

Privatisierte Gewinne

Der ehemalige Finanzminister K. H. Grasser, hat die Privatisierungsaufträge an die ÖIAG vor allem dazu genutzt, die Wiener Börse zu kapitalisieren. Was so viel bedeutet, dass die oben genannten Privatisierungserlöse für den Staat einmalig waren, die Unternehmen oft unter Preis zu Privatunternehmern wanderten und die jährlichen Dividenden-Millionen der Firmen nun nicht mehr dem Staat, sondern vermögenden PrivatanlegerInnen zugute kommen. Die Vorstände der Wiener Börse, Michael Buhl und Heinrich Schaller haben nun moniert, dass seit 2007 ein Fünftel der inländischen an der Börse notierenden Unternehmen von der ATX-Liste verschwunden seien und verlangt eine weitgehende Privatisierung. Milliarden Euro sollen so angeblich in die Staatskassen fließen. Summen zwischen acht und 25 Mrd. Euro nannte schon im Herbst 2010 das Wifo. Eine nun von der Wiener Börse beauftragte Studie an das „Economica Institut für Wirtschaftsforschung“, das von Christian Helmenstein (Chefökonom der IV) und Erhard Fürst (ehemaliger Leiter der Abteilung Industriepolitik und Wirtschaft der IV) geführt wird, kommt zufälligerweise zu ähnlichen Ergebnissen. Als Privatisierungskandidaten sieht die Wiener Börse u. a.: Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), die Bundesländer-Flughäfen und die Landesenergieversorger, bei Post, Telekom Austria und OMV (sie gehören zur ÖIAG), EVN, Verbund und Flughafen Wien. Parallel dazu verkündet die Wiener Börse in Inseraten in Printmedien, wie viel frühere und nunmehr privatisierte Staatsunternehmen abwerfen. Die voestalpine-Aktie warf 2010 gegenüber 2000 um 407 Prozent mehr, die Aktie der noch teilstaatlichen OMV gar ein Plus von 418 Prozent ab. Was entlarvt: Ob privatisiert oder nicht, die Industrieflaggschiffe Österreichs stehen mehr als gut da. Nur, dass davon

die Allgemeinheit, die für die Errichtung dieser Unternehmen in der Vergangenheit zahlte, nichts mehr hat, sondern PrivatanlegerInnen mit dicken Brieftaschen. Zudem sind Privatisierungspläne der Wiener Börse, in die die IV stark involviert ist, ein Fingerzeig, von welchem Gedankengut der aus der IV kommende neue ÖIAG-Chef getragen sein und sicherlich danach trachten wird, seinem „Herr!“ IV, auch in der ÖIAG brav zu apportieren.

Wie geht es weiter in der zuletzt zum Privilegien- und Privatisierungsstadel mutierten ÖIAG, in deren Unternehmen etwa „Geschäftsanbahnungsprovisionen“ (z. B. bei Telekom) oder an dubiose Kursentwicklungen der Telekom-Aktie gebundene Boni an die Telekom-Spitzen zur Auszahlung kamen, oder diverse Zulagen, die bei den ÖIAG-Bossen üblich waren. Zuletzt meinte der scheidende ÖIAG-Chef Michaelis sogar, dass die „Bezahlung von Aufsichtsräten nicht adäquat“ sei, also zu niedrig sei. „Wenn die ÖIAG als Filiale der IV verstanden wird, hat man offenkundig aus den Fehlern des Systems Michaelis nicht viel gelernt.“⁶

Alter Wein in neuen Schläuchen

ÖIAG – ganz neu? Der künftige ÖIAG-Chef soll „nur“ noch 500.000 Euro statt 700.000 Euro Jahressalär erhalten. Gut so – sowieso überbezahlt. Und sonst? Bei dem, was bisher bekannt wurde, die neuen und umfassenden Privatisierungspläne noch vorhandener staatlicher und (teil-)verstaatlichter Betriebe sowie von kommunalen und landeseigenen Unternehmen, handelt es sich um Modelle des vorvorigen Jahrhunderts. Es handelt sich um alten Wein in neuen Schläuchen, der Umverteilung und Privatisierungen zu Vermögenden und ausländischen Konzernen als im Interesse der Bevölkerung verkauft.

Internet:

Österreichische Industrieholding AG
www.oeiag.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
w.leisch@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁵ Konzernbetriebsrat der voestalpine AG (Hg.), Gesamtkoordination/Redaktion: G. Weissengruber, W. Leisch: du voest mir: Das Buch wider das Vergessen zur Voest-Privatisierung, Wien 2004, S 18–27

⁶ Staatssekretär Andreas Schieder, 1. 2. 2011, zit., nach Profil Nr. 6, 7. 2. 2011)



Die IV „ist eine Interessenvertretung auf freiwilliger Basis mit derzeit rund 3.500 Mitgliedern“ und versteht sich als „Lobbyorganisation“. Sie „verfügt über gute Kontakte zu Politik und Meinungsbildnern sowie über ein weit verzweigtes Beziehungsnetz.“

Konservativ führt

Während der Krise misstrauten auch konservative und liberal geführte Regierungen den Kräften der freien Marktwirtschaft. Jetzt läuft es wieder wie früher.

Autor: Christian Resei
Freier Journalist

Mit Logik lässt sich wahrlich nicht alles erklären. Sagenhafte Spekulationen stürzten Börsen, AnlegerInnen und damit die gesamte Wirtschaft weltweit in eine Krise – massenweise Kündigungen, Banken, die gerettet werden mussten und multiple Firmenpleiten waren die Folge. Plötzlich wusste beinahe jeder Mensch: Fannie Mae und Freddie Mac sind keine possiblen Disney-Figuren. Einzig, weil die unter Zugzwang stehenden Staaten enorme Geldsummen in Banken und Konjunktur investierten, konnte die Wirtschaftskrise gemeistert werden. Dass nun politische Parteien, die schon seit jeher dem freien Spiel des Marktes misstrauen, die Stimmen der WählerInnen einheimen, lag nahe. Allein, das europäische Wahlverhalten sorgte deutlich für das Gegenteil: gewählt wurden ausgerechnet konservative oder wirtschaftsliberale PolitikerInnen. In der Europäischen Union sind derzeit 21 konservative oder liberale Regierungschefs an der Macht.

„Lieber Staat, rette mich!“

„Genau jene, die jahrzehntelang ‚Weg mit dem Staat‘ gerufen haben, die alles privatisieren und liberalisieren wollten, waren auch die ersten, die ‚Lieber Staat, rette mich‘ schrien“, sagt Georg Kovarik. Leiter des Referates für Volkswirtschaft des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Auch Konservative vertrauten plötzlich nicht mehr dem Spiel der un-

regulierten Finanzmärkte. In der Krise machten sie sich Rezepte des britischen Ökonomen John Maynard Keynes zunutze, den konservative Kräfte über Dekaden hinweg als Urvater des Schuldenmachens verteuft hatten. Und auch sie betrieben Deficit Spending: Neue Schulden aufnehmen, um etwa Konjunkturprogramme zu initiieren. Eigentlich klassische sozialdemokratische Politik. Freilich haben die gigantischen staatlichen Rettungsmaßnahmen die Staatshaushalte schwer belastet. Mit den notwendigen Sanierungsmaßnahmen steigt die Gefahr, dass wiederum nach allzu bekannten Mustern gestrichen wird: geringe Steuern für Unternehmen und im Gegenzug Kürzung der öffentlichen Ausgaben.

Für diese Sanierungspolitik ist Irland ein gutes Beispiel. Dort wurde im Februar die führende konservative Partei Fianna Fáil (übersetzt „Soldaten des Schicksals“) von den BürgerInnen abgewählt und durch eine andere konservative Partei, die Fine Gael (übersetzt „Familie der Iren“), ersetzt. Noch vor wenigen Jahren mit „Tiger Europas mit den höchsten Wirtschaftswachstumsraten“ umschrieben, präsentiert sich Irland nun recht zahlos. Das Land ist auf Kredite der Europäischen Finanz-Stabilitäts-Fazilität (EFSF), wie das Europäische Rettungspaket offiziell heißt, angewiesen und die Arbeitslosenquote liegt bei 14 Prozent. Erste Reden des neuen irischen Premierministers **Enda Kenny** beschworen deshalb ein aggressives Arbeitsbeschaffungsprogramm, das neue Arbeitsplätze schaffen soll. Außerdem versprach Kenny: „Eine Haushalts- und Finanzpolitik, die unser System

fairer macht und die Steuern niedrig hält.“ Das Europäische Rettungspaket will der Premierminister noch einmal nachverhandeln, er hofft auf eine Zinssatz-Senkung. Denn Irland muss für die Kredite einen Durchschnittszins von 5,8 Prozent zahlen – die für einen Staat relativ hohen Zinsen werden als Zumutung empfunden. Um die marode Wirtschaft zu sanieren, wurde noch unter der alten Regierung ein Sparpaket beschlossen. Sparen auf Kosten der Ärmern, die weniger Kindergeld und eine höhere Mehrwertsteuer verkraften müssen. Erstmals in der europäischen Wirtschaftsgeschichte wurde auch der Mindestlohn gesenkt! Bestand hat jedoch der Steuersatz auf Unternehmensgewinne: mit 12,5 Prozent einer der geringsten in der gesamten EU. Bereits in den 1990er-Jahren haben die Iren mit ihren geringen Steuern internationale Unternehmen angelockt, aber auch andere europäische Staaten dazu motiviert, die Steuern auf Gewinne zu senken. Diesen Steuersatz will auch Enda Kenny nicht verändern.

Überall wird gespart

Auch in den anderen europäischen Staaten werden rigorose Sparmaßnahmen beschlossen und verwirklicht. Ziel ist es, die Defizite der einzelnen Staaten bis 2013 wieder unter die – von der EU erlaubten – drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu drücken. Gespart wird bei den Abfindungszahlungen staatlicher Unternehmen, gekürzt werden Anspruchszeitraum auf Arbeitslosengeld, Kindergeld und Entwicklungshilfe. Gehälter von Staatsbediensteten werden eingefroren

oder sogar gekürzt, die Mehrwertsteuer wird erhöht und Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Frankreich etwa friert seine Staatsausgaben bis 2013 ein. Jede zweite frei werdende Stelle im öffentlichen Dienst wird nicht mehr besetzt. Auch Ausgaben für den Staatsbetrieb sollen binnen drei Jahren um zehn Prozent verringert werden. Alle Staaten müssen ihre Haushalte konsolidieren, doch wenn alle gleichzeitig auf die Bremse treten, werden sie vor allem eines zum Stehen bringen: die Konjunkturerholung.

Blinder Sparkurs

„Ein blinder Sparkurs wird die wirtschaftliche Erholung abwürgen, die Steuereinnahmen werden sinken und auch die Arbeitslosigkeit wird steigen. Und letztlich wird dann auch die Verschuldung steigen“, erklärt Georg Kovarik. Zudem ist eine rein ausgabenseitige Budgetsanierung ungerecht und hätte zur Folge, dass die Kapitalgeber der Banken nichts dazu beitragen müssen. „Die Banken wurden vom Staat rausgeboxt und die Aktionäre der Banken hatten kein Risiko zu tragen. Warum sollen nur die ArbeitnehmerInnen die Lasten tragen?“, fragt sich Georg Kovarik. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren oder mussten auf Kurzarbeit umstellen, gleichzeitig wurde ihr Geld zur Rettung der Banken verwendet. „So ist es nur fair, die Lasten gerechter zu verteilen. Immerhin wurden ja die Vermögenswerte der Bankaktionäre gerettet. Hätte der Staat nicht geholfen, wären diese Werte der Bankaktionäre verloren gegangen.“ Auch Banken wie Aktionäre sollten bei der Sanierung des Budgets ihren Beitrag leisten.

In Österreich wurde eine Bankenabgabe und eine Besteuerung von Aktiengewinnen eingeführt. Stiftungen müssen seit Jahresbeginn 2011 einen höheren Steuersatz zahlen. Ebenso wurden ein paar Steuerlücken geschlossen und Steuerbetrug wird stärker bekämpft. Georg Kovarik: „Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.“ Dennoch, es besteht weiter großer Reformbedarf. Der ÖGB fordert: Normalbesteuerung von Stiftungen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Reform der Gruppensteuer, bei der die Verluste von ausländischen Tochtergesellschaften

nicht abgezogen werden dürfen. Erbschaftsteuer und Schenkungssteuer auf große Vermögen müssen eingeführt werden und Managergehälter über 500.000 Euro dürfen für die Unternehmen nicht von der Steuer absetzbar sein.

Doch für viele Menschen sind die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht nachvollziehbar. Leicht zu erfassen ist, was den Menschen hautnah betrifft. Das Einsparen von Ausgaben – besonders, wenn andere Gesellschaftsgruppen davon betroffen sind – ist ein positiv besetzter Begriff, Schulden gelten in jedem Fall als negativ. „Wenn Unternehmen und Banken wanken, wählen viele Menschen wieder diejenigen, bei denen sie Wirtschaftskompetenz vermuten. Die Krise macht konservativ“, schreibt etwa der deutsche Journalist Ulrich Schulte in der „taz“.

Karl Schwarzenberg, tschechischer Politiker und Mann von Adel, nutzte diese Gedankengänge für seinen letztjährigen Wahlkampf. Er schickte jedem Haushalt einen Erlagschein über 121.000 Tschechische Kronen (rund 4.761 Euro), um die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes zu veranschaulichen. Laut der Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ musste deshalb eine 77-jährige Pensionistin psychiatrisch behandelt werden. „Sie hat immer wieder wiederholt, dass sie nichts getan hat, dass der Exekutor kommt, und dass wir das Haus verlieren“, erklärte der Sohn der Pensionistin in der Zeitung. Karl Schwarzenberg hat mit seiner Schuldenkampagne den Nerv der Menschen getroffen und ihre Angst geschürt. Seine liberal-konservative Partei „Top 09“ kam, obwohl sie überhaupt zum ersten Mal bei Wahlen angetreten ist, auf 16,71 Prozent der Stimmen und wurde damit drittstärkste Partei.

Internet:

Georg Kovarik
tinyurl.com/69huvf8

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
resei@gmx.de
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Alle Staaten müssen ihre Haushalte konsolidieren, doch wenn alle gleichzeitig auf die Bremse treten, werden sie vor allem eines zum Stehen bringen: die Konjunkturerholung.

Lebensstandard, Wachstum, Verteilung

Anfang der 1980er kam es zur neoliberalen Wende – seitdem profitiert die Bevölkerung nicht mehr vom Wirtschaftswachstum. Es ist höchste Zeit umzudenken.

Autor: Günther Chaloupek

*Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen
Abteilung der AK Wien*

Im Februar dieses Jahres wurde in den USA von seinen Fans der 100. Geburtstag Ronald Reagans gefeiert, der als 40. Präsident der USA von 1981 bis 1989 regierte. Sein Name wird wie kaum ein anderer mit dem Begriff der „Wende“ – in Wirtschaft und Weltpolitik – verbunden.

Die neoliberale Wende

Am Beginn der 1980er-Jahre war die Lage der Weltwirtschaft vor allem in großen Ländern wie USA, Großbritannien, Frankreich, Italien durch die „Stagflation“, also das gleichzeitige Auftreten von hoher Inflation und hoher Arbeitslosigkeit bei schwachem Wirtschaftswachstum geprägt. Dies war die Situation, in der die konservativen Kräfte in Großbritannien nach dem Wahlsieg der **Tories** unter Margret Thatcher 1979 und wenig später nach dem Wahlsieg der Republikaner 1980 in den USA die Gelegenheit ergriffen, eine „neoliberale“ Wende in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einzuleiten. Die neoliberale Ideologie trat mit dem Versprechen an, durch eine massive Zurückdrängung des Einflusses von Staat und Politik die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und auf einen Pfad des Wohlstands zurückzuführen. Konkret gefordert wurden vor allem eine Demontage des Sozialstaats durch Privatisierung von möglichst vielen Systemen der sozialen Sicherung, Verzicht auf ak-

tive Wachstums- und Beschäftigungspolitik, gezielte Schwächung der Gewerkschaften, insbesondere in ihrer Funktion bei der kollektivvertraglichen Lohnbildung, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Beseitigung oder Lockerung der Fesseln, die die Unternehmer und die freien Marktkräfte an ihrer vollen Entfaltung hindern. Krönung dieses Marktfundamentalismus war die Finanzmarktideologie, die die Wirtschaftspolitik von immer mehr Ländern dominierte. Ihr Grundgedanke besteht darin, dass der Finanzsektor dem neoklassischen Ideal des „perfekten Marktes“ am nächsten kommt. Durch eine forcierte Deregulierung der Finanzmärkte würde in allen Bereichen der Produktion die Effizienz und Dynamik der gesamten Wirtschaft nachhaltig verbessert, Wachstum und Beschäftigung gesteigert.

Die 1980er- und 1990er-Jahre

Die Orientierung an den neoliberalen Konzepten der Wirtschaftspolitik war in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich: am stärksten in den USA und in Großbritannien¹, in viel geringerem Ausmaß in den kontinentaleuropäischen EU-Ländern, von denen Deutschland einige bemerkenswerte Annäherungen machte. Unter dem geänderten Regime konnte das Inflationsgespenst in den 1980er-Jahren gebannt werden, es kam wieder zu einem moderatem Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung nahm zu,

die Arbeitslosigkeit ging zurück, wenn auch in Europa nur in sehr bescheidenem Ausmaß. Die beträchtlichen Fortschritte der Technik – PC, Mobiltelefon, Internet – wurden seit den 1990er-Jahren zunehmend im Produktionsbereich, im Arbeits- und auch im Alltagsleben wirksam und ließen auch eine fortschrittsoptimistische Stimmung aufkommen.

Bevölkerung profitierte nicht

Einen grundlegenden Unterschied der letzten 30 Jahre (1980–2010) zu den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bleibt jedoch unübersehbar: Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat keinen oder nur noch einen geringen Anteil an der durch technische Fortschritte ermöglichten Zunahme der Produktivität bzw. an dem dadurch erzielten Wirtschaftswachstum.

Das durchschnittliche Realeinkommen pro Beschäftigten lag in den USA 2010 um zwei Prozent unter dem Stand von 1979. In den meisten europäischen Ländern haben die Reallöhne in den letzten 20 Jahren weitgehend stagniert oder sind sogar gesunken. Dies ist der Grund für die zunehmende Skepsis breiter Bevölkerungsschichten gegenüber technischem Fortschritt und Wirtschaftswachstum. Parallel dazu hat die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheit massiv zugenommen. Dies manifestiert sich einerseits an enormen Vermögenszuwächsen der Superreichen und exzessiv steigenden Managerbezügen, andererseits an einem fast durchgängigen Fall des Lohnanteils am Volkseinkommen und einem Zurückbleiben

¹ Am Rande sei hier auf das bis zum Totalabsturz 2010 von vielen gepriesene Modell des „keltischen Tigers“ Irland verwiesen, an dem sich die Absurditäten des Neoliberalismus besonders krass zeigen.



Dies war die Situation, in der die konservativen Kräfte in Großbritannien nach dem Wahlsieg der Tories unter Margret Thatcher 1979 und wenig später nach dem Wahlsieg der Republikaner 1980 in den USA die Gelegenheit ergriffen, eine „neoliberale“ Wende in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einzuleiten.

der Einkommen am unteren Ende der Skala. Trotz aller Beteuerungen in vielen EU-Programmen hat der soziale Zusammenhalt abgenommen. Auch von einer (beginnenden) Erosion der Mittelschicht ist die Rede. Zweifellos haben die Dominanz der Finanzmärkte und der Einfluss der neoliberalen Ideologie die weltwirtschaftliche Entwicklungsdynamik der letzten drei Jahrzehnte maßgeblich geprägt. Der Finanzsektor hat zunehmend die Dominanz über die Realwirtschaft, d. h. die wohlfahrtsrelevante Produktion von Gütern und Dienstleistungen, erlangt. Der anhaltende, massive Druck zur Erzielung hoher und steigender Renditen in allen Bereichen hat auf die Löhne gedrückt, wobei die Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten der Industrieländer durch steigende Migration zusätzlich verschärft wurde. Aber letztlich ist dieses Wachstumsmodell des Neoliberalismus nicht an der zunehmenden Ungleichheit gescheitert, sondern an seiner Instabilität und mangelnden Nachhaltigkeit.

Niemand hat Krise vorausgesehen

Das Wachstum der Kernländer des Finanzkapitalismus (USA, Großbritannien) war in hohem Maße angetrieben von immer weiter steigender, privater Verschuldung und von spekulativen Blasen der Finanzmärkte. Gleichzeitig entstanden internationale Leistungsbilanzungleichgewichte von immer größeren Dimensionen. Dass diese zu Krisen und Rezessionen führen müssen, hatte sich schon 2001 gezeigt. Den kurzfristigen Totalzusammenbruch des Finanzsystems 2008

hatte allerdings in dieser Form niemand vorhergesehen, ebenso wenig wie die schwerste Rezession der Weltwirtschaft seit 1930. Nur durch eine Rückkehr zu einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, d. h. Stabilisierung der Wirtschaft durch massiven Einsatz staatlicher Mittel bzw. durch Aufnahme beträchtlicher Staatsschulden, konnte verhindert werden, dass die große Rezession 2008/09 sich zu einer jahrelangen Weltwirtschaftskrise nach dem Muster der 1930er-Jahre verschärfte. Nach Überwindung der Krise bleiben immer noch beträchtliche Nachwirkungen zu bewältigen (Schuldenkrisen einiger EU-Länder), darüber hinaus muss es mittel- und langfristig zu einer grundlegenden Neuorientierung der Wirtschaftspolitik kommen. Diese beinhaltet zum einen eine tiefgreifende Reform der Finanzmarktregulierung, welche die Finanzmärkte wieder auf eine der Realwirtschaft dienende Funktion reduziert und ihr Störpotenzial durch Auferlegung viel engerer Rahmenbedingungen für ihre Geschäftstätigkeit so weit wie möglich ausschaltet.

Zum anderen brauchen wir ein neues Modell der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts, das die Fehler der letzten 30 Jahre korrigiert und den veränderten weltwirtschaftlichen und -politischen Gegebenheiten Rechnung trägt. In ökonomischer Sicht ist statt der einseitigen Betonung von Profitabilität und Rentabilität eine ausgewogene Entwicklung anzustreben, bei der in Zukunft die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung an der steigenden Produktivität der Wirtschaft, mit der wir auch in Zukunft rechnen kön-

nen, partizipieren. Dies ermöglicht eine allmähliche weitere Verbesserung von Lebensstandard und Wohlstandsniveau, wobei ein Teil des Wohlstandszuwachses auch für die sozialen Sicherungssysteme verwendet werden sollte. Auch bei steigenden Reallöhnen besteht ausreichend Spielraum für eine Erhöhung der Unternehmensgewinne, die in Zukunft weniger in Finanzanlagen und mehr in Maschinen und Ausrüstung investiert werden sollten. Damit wird auch die Motivation der Arbeitskräfte gestärkt, von denen hohe Leistungsbereitschaft, Flexibilität und Mobilität erwartet wird, und die Akzeptanz des Gesellschaftsmodells verbessert.

Ressourcen werden knapp

Gleichzeitig müssen wir dieses Modell daraufhin adaptieren, in den kommenden Jahrzehnten eine zunehmende Knappheit bei natürlichen Ressourcen sozial verträglich zu bewältigen und zu verarbeiten. Die „Modernisierung“ dessen, was wir unter „Fortschritt“ verstehen, darf nicht mehr von den Finanzmärkten vorgegeben werden.

Internet:

Homepage Günther Chaloupek
www.chaloupek.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
gunter.chaloupek@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Richtiger, aber nur erster Schritt

Seit September 2010 existiert die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich – ein Handbuch zeigt Stärken und Schwächen.

Autor: Walter J. Pfeil
Universität Salzburg*)

Vor vier Jahren wurde im Sozialministerium die Arbeitsgruppe Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) eingesetzt. In zahlreichen Sitzungen konnte dort auf Ebene der ExpertInnen ein Kompromiss gefunden werden, der sachlich stimmig und politisch durchaus herzeigbar schien. Dieses Ergebnis, das bereits im Frühjahr 2008 vorlag, wurde dann in unzähligen politischen Runden modifiziert. Zuerst gab es Widerstände einzelner Länder, auch die Begeisterung beim AMS über zusätzliche Aufgaben war begrenzt. Die großen Einschnitte kamen freilich erst auf Ebene der Bundesregierung, insbesondere durch die Einschränkung auf eine nur 12-malige Auszahlung und die „Erfindung des Jahres 2010“: die Transparenzdatenbank.

Start am 1. September 2010

Am 1. September 2010 sind die Umsetzungsregelungen, zu denen sich der Bund verpflichtet hat, sowie die Ländervorschriften in Niederösterreich, Salzburg und Wien in Kraft getreten. Nachdem im Herbst alle Landtage die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern nach Art. 15a B-VG genehmigt hatten, ist diese Anfang Dezember wirksam geworden. Ihre Umsetzung steht dennoch in zwei Ländern immer noch aus. Diese Verzögerung ist angesichts des langen Vorbereitungsprozesses unverständlich. Zudem ist für jemanden, der an der Ausarbeitung der ursprünglichen Vorschläge beteiligt war,

bei den nun vorliegenden Ergebnissen nicht immer leicht zu erkennen, dass es sich noch um dasselbe Projekt handelt. Dennoch kann kein Zweifel bestehen: Das Vorhaben BMS ist bei fast einer Million Armutgefährdeten sozialpolitisch unverzichtbar und auch in seiner konkreten Ausrichtung der richtige Weg.

Diesen Weg theoretisch zu begleiten und vielleicht vor Um- oder gar Irrwegen zu warnen, ist das Grundanliegen des Bandes, den ich zusammen mit Josef Wöss, Leiter der Sozialpolitik der AK Wien herausgeben durfte. Das Handbuch enthält aktuelle Daten zur Armutssituation, aufbereitet vom Leiter der Grundlagenabteilung des BMASK, Hans Steiner. Daneben findet sich eine historische Verortung des Konzepts von Christa Stelzer-Orthofer (Universität Linz) sowie eine Chronologie des Vorhabens von Andrea Otter und mir selbst. Dass eine Ergänzung unseres grundsätzlich gut aufgestellten Sozialsystems durch eine Mindestsicherung Sinn macht, belegt der Beitrag von Josef Wöss. Und dass die damit verbundenen Kosten volkswirtschaftlich vertretbar sind, weisen Norman Wagner und Christa Schlager (AK Wien) nach. Dass die Regelung in den europäischen Kontext passt, und dass Österreich gerade wegen der BMS nicht zu den Nachzüglern in der Armutsbekämpfung zählt, macht Bernd Schulte (Max-Planck-Institut München, ständiger Berater der EU-Kommission) deutlich.

Eine zentrale Schwäche der Armutsbekämpfung in unserem Sozialsystem war bisher, dass zwar vereinzelte Ansätze auf verschiedenen Ebenen bestanden ha-

BUCHTIPP

Walter J. Pfeil/Josef Wöss
Bedarfsorientierte Mindestsicherung
Reihe: Gesetze und Kommentare 188.
Verlag des ÖGB, 2011,
272 Seiten, € 58,-,
ISBN 978-3-7035-1460-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

ben, diese aber kaum aufeinander abgestimmt waren und sich sogar gegenseitig blockiert haben. Da es im bundesstaatlichen Rahmen aussichtslos erschien, eine Mindestsicherung aus einer Hand zu schaffen, war es vordringlich, die Verbindung der Subsysteme zu verbessern und diese stärker aufeinander abzustimmen.

Nur bedingt geeignet

Dass das Instrument einer Art.-15a-Vereinbarung dafür nur bedingt geeignet ist, und die Betroffenen daraus keine unmittelbaren Ansprüche ableiten können, ist unbefriedigend, aber angesichts der verfassungsrechtlichen Ausgangssituation hinzunehmen. Dennoch sind die hier gefundenen Ansätze die nachhaltigsten der BMS: Die armutsbekämpfenden Elemente auf Bundes- und Landesebene

*) Dieser Beitrag basiert auf der Präsentation des Handbuchs „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ im Rahmen des „Come together“ des ÖGB-Verlags im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz am 31. 1. 2011.



© OeGB-Verlag/Markus Zahradnik

Grundlegend neu gestaltet wurde auch das Verhältnis zwischen der Landesebene und dem AMS. Leider ist aus dem angestrebten „one-stop-shop“ für alle Arbeitsfähigen beim AMS vorerst nur ein (zumal eher versteckt aufgestellter) „Briefkasten“ für die BMS-Anträge geworden.

werden erstmals aufeinander abgestimmt. Das gilt etwa für die Aufwertung der Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung und für die Einbeziehung der BMS-BezieherInnen in die Krankenversicherung, wie im Buch Monika Weißensteiner (AK Wien) herausarbeitet.

Grundlegend neu gestaltet wurde auch das Verhältnis zwischen Landesebene und AMS. Leider ist aus dem angestrebten „one-stop-shop“ für alle Arbeitsfähigen beim AMS vorerst nur ein (eher versteckter) „Briefkasten“ für die BMS-Anträge geworden. Die Einbindung der BMS-BezieherInnen in das Dienstleistungsangebot des AMS ist hingegen ein entscheidender Fortschritt.

Die bisherigen Ansätze der BMS weisen allerdings auch Schwächen auf. Diese betreffen etwa das Spannungsverhältnis zwischen Sozial- und Fremdenrecht, besonders im Hinblick auf Drittstaatsangehörige, aber auch auf die Rechtsstellung von EU-Staatsangehörigen.

Armut ist weiblich

Armut ist, wie alle Statistiken wieder belegen, zunächst ein weibliches Problem. Auch wenn die BMS emanzipatorische Ansätze enthält (Antragsrecht nicht auf den „Haushaltsvorstand“ beschränkt, höhere Mindeststandards für Alleinerzieherinnen), gibt es einigen Nachholbedarf.

Die größten strukturellen Defizite der BMS betreffen allerdings andere Problemfelder. Nikolaus Dimmel (Uni Salzburg) zeigt die Schwächen im Hinblick auf die Deckung des Wohnbedarfs auf. Die neuen Mindeststandards (für Einzel-

personen 753 Euro/Monat) sind fraglos eine Verbesserung im Vergleich zur bisherigen Sozialhilfe. Dem ist aber zum einen die internationale Armutsgefährdungsschwelle (EU-SILC) gegenüberzustellen, die für 2008 bei 951 Euro monatlich liegt (beide Werte bei zwölf Zahlungen/Jahr); zum anderen der Umstand, dass in den Mindeststandards bereits 25 Prozent Wohnanteil enthalten sind. Das sind ca. 188 Euro für Alleinstehende, womit der Wohnbedarf nur in wenigen Regionen gedeckt werden kann.

Im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage in der Sozialhilfe sind für zusätzliche Bedarfe keine Rechtsansprüche mehr gefordert und in den meisten Ländern nicht vorgesehen. Das führt nicht selten zu deutlichen Verschlechterungen im Vergleich zu vorher. Dies wiegt umso schwerer, als die Art.-15a-Vereinbarung ein Verschlechterungsverbot enthält, um zu verhindern, dass einzelne Länder den Systemwechsel dazu nützen, das Leistungsniveau zu kürzen. Beispiele in den vergangenen Wochen belegen, dass es solche Kürzungen auch tatsächlich gibt. Manches wurde vielleicht bei der **Implementierung** des neuen Systems nur übersehen, manche sind bewusst erfolgt, wie die jüngst in der Steiermark beschlossene Verschärfung des Regresses gegenüber Angehörigen.

Damit sind zwei Aspekte angesprochen, die seit langem heftig kritisiert wurden und im Handbuch von Martin Schenk (**Armutskonferenz**) wieder aufgezeigt werden: Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, die weitestgehend angeglichen werden sollen, bestehen weiterhin. Zum anderen, selbst bei

gut gemeinten Regelungen muss auch deren Vollzug funktionieren, um die Ziele der BMS zu erreichen. Inwieweit das in den Ländern und bei den Bundesregelungen sowie im Zusammenspiel beider Ebenen der Fall ist, wird im zweiten Teil des Buches im Herbst einer genaueren Analyse insbesondere in Form klassischer Gesetzeskommentierungen zu unterziehen sein. Ein Punkt ist noch anzusprechen: In Österreich gibt es rund eine Viertelmillion Menschen, die trotz Erwerbsarbeit ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle beziehen. Ursachen dieses Problems und Ansätze für seine Bewältigung analysiert im Handbuch Marcel Fink (Uni Wien).

Wenig für die „working poor“

Im Hinblick auf diese „working poor“ hat die BMS bisher wenig Spezifisches vorzuweisen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – für die Politik, aber auch für die Gewerkschaften. Der Eindruck, den manche politisch Verantwortlichen erwecken, mit Einführung der BMS wären Armutsgefährdung oder gar Armut in Österreich abgeschafft, ist fatal. Was für unser Buch gilt, das noch einiger Folgeleistungen bedarf, gilt umso mehr für die BMS selbst: Ein erster wichtiger Schritt ist getan, weitere müssen aber bald folgen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
Walter.Pfeil@sbg.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wo steht Österreich?

Vor kurzem wurde eine länderübergreifende Studie zu sozialer Gerechtigkeit in der OECD präsentiert.

Autor: Norman Wagner

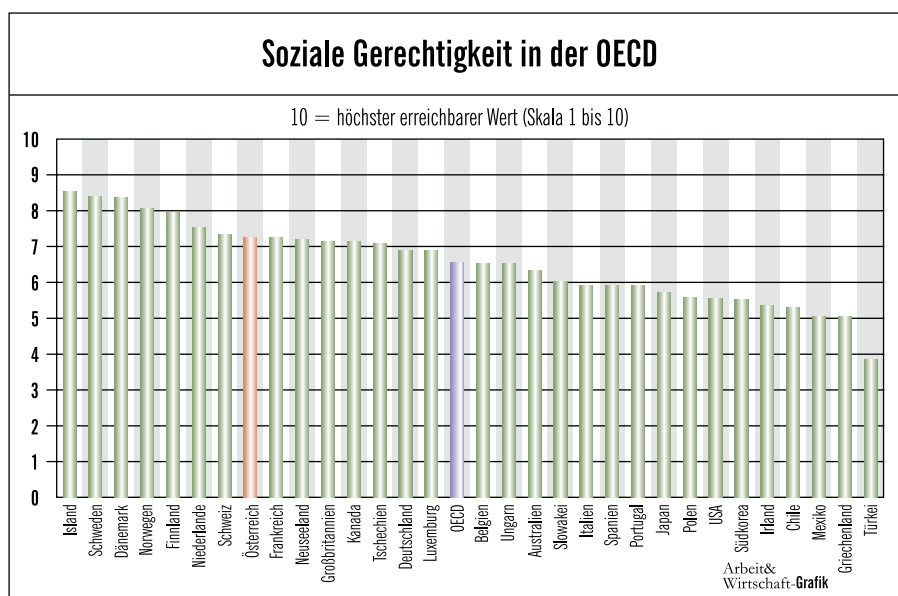
Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

Die deutsche Bertelsmannstiftung hat vor kurzem eine länderübergreifende Studie zum Thema soziale Gerechtigkeit publiziert. Dabei bediente sie sich der Daten der OECD, einer Vereinigung der v. a. westliche Industriestaaten angehören und wo daher ein Ländervergleich Sinn macht. Zusätzlich wurden rund 70 internationale ExpertInnen um ihre Einschätzungen gebeten, die in die Ergebnisse eingeflossen sind.

Messung sozialer Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist grundsätzlich schwer zu erfassen und noch schwerer zwischen Ländern zu vergleichen. Tut man das trotzdem, muss man sich über die Unschärfen im Klaren sein. Daher ist es notwendig, solchen Vergleichen mit grundlegender Skepsis zu begegnen.

Trotzdem ist das in der Studie der Bertelsmannstiftung verwendete Konzept eine sinnvolle Annäherung an den Begriff der sozialen Gerechtigkeit, wenn auch nicht ohne Schwächen. In der vorliegenden Studie liegt das Hauptaugenmerk bei der Schaffung von Chancengleichheit und nicht so sehr beim Ausgleich von Ungleichheit. Es sollte verglichen werden, inwieweit Staaten in der Lage sind, ihren BürgerInnen – unabhängig von ihren persönlichen und sozialen Voraussetzungen – gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Und zwar über das Instrument der staatlichen Umver-



Quelle: Bertelsmannstiftung 2010

teilung. Dabei wird hervorgestrichen, dass es nicht darum gehen kann, dass ein sogenannter „Nachwächterstaat“ auf staatliche Eingriffe verzichtet, um den Menschen größtmögliche Handlungsfreiheit zu gewähren. Vielmehr, betonen die AutorInnen, kann soziale Gerechtigkeit nur von einem starken Staat über Umverteilung und Schaffung von Chancengleichheit erreicht werden.

Armutsvermeidung, Bildungszugang

In der Studie werden die Bereiche Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung, Inklusion in den Arbeitsmarkt, soziale Kohäsion und Gleichheit sowie Generationengerechtigkeit zur Messung von sozialer Gerechtigkeit herangezogen. Dabei wird der Armutsvermeidung und dem

Bildungszugang bei der Gewichtung der höchste Stellenwert zugeschrieben, da die StudienautorInnen diese beiden Indikatoren als Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft betrachten. Das Ergebnis der Studie weist Österreich bei etwas kritischerem Hinsehen kein besonders gutes Zeugnis aus. Im Vergleich von insgesamt 31 OECD-Staaten reicht es für den neunten Rang. Man könnte nun zu dem etwas voreiligen Schluss kommen, dass diese Platzierung als Erfolg zu werten ist. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass jene westlichen Wohlfahrtsstaaten, die hierzulande für Vergleiche in der Regel herangezogen meist vor Österreich liegen. Die hinteren Ränge werden hauptsächlich von Staaten belegt, über deren ausgleichendes Sozialsystem (zu Recht) selten gesprochen wird: Mittel-



Bedenkt man die großen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Österreich (in der EU sind sie nur in Estland größer), so ist auch der 21. Rang in der Kategorie soziale Kohäsion und Gleichheit wenig verwunderlich.

und osteuropäische Staaten mit starker Wettbewerbsorientierung wie Ungarn, Polen oder die Slowakei, Staaten mit tendenziell liberalen, wenig egalitären Systemen wie Großbritannien, Australien oder die USA und sogenannte Schwellenländer, deren Sozialschutz (noch) nicht an jenen westlicher Wohlfahrtsstaaten heranreicht, wie Chile, Mexiko oder die Türkei.

Die vordersten Ränge und damit das höchste Maß sozialer Gerechtigkeit erreichen die nordischen Staaten Island, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland, laut StudienautorInnen eine „Klasse für sich“. Ebenfalls besser als Österreich werden die Niederlande, die Schweiz und Frankreich eingestuft. Lediglich Luxemburg (14. Stelle), Deutschland (15.) und Belgien (16.) erreichen unten den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten schlechtere Werte.

Gut in Armutsbekämpfung

In der Bekämpfung von Armut kann Österreich im Vergleich gute Werte für sich in Anspruch nehmen. Gemessen daran wie groß der Anteil jener Personen ist, die von weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens leben müssen, gibt es nur drei OECD-Länder in denen ein geringerer Teil der Bevölkerung betroffen ist. Ähnlich positiv stellt sich die Situation in der Vermeidung von Kinderarmut dar. Trotz dieser Ergebnisse gibt es auch hierzulande Potenzial für Verbesserungen in der Armutsbekämpfung. Daran ändert ein guter Wert im internationalen Vergleich wenig. Spitzenplätze belegt Österreich auch in den Bereichen niedrige Arbeitslosigkeit insgesamt und niedrige Zahl

von Langzeitarbeitslosen im Speziellen. Allerdings landet Österreich in der Kategorie Arbeitsmarktinklusioin insgesamt – nicht zuletzt aufgrund der verhältnismäßig niedrigen Erwerbsbeteiligung älterer Personen – nur im Mittelfeld (Rang zehn).

Wenig durchlässiges Bildungssystem

Wenig überraschend ist die schlechte Beurteilung Österreichs in der Durchlässigkeit des Bildungssystems. Nur in sieben von 31 OECD-Staaten gibt es einen deutlicheren Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischen Leistungen. Weit besser als Österreich schneidet übrigens auch ein Land ab, über dessen Schulsystem immer wieder die Nase gerümpft wird – die USA.

Bedenkt man die großen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Österreich (in der EU sind sie nur in Estland größer), so ist auch der 21. Rang in der Kategorie soziale Kohäsion und Gleichheit wenig verwunderlich.

Es gibt zweifellos viele Indikatoren, die in einem Konzept von sozialer Gerechtigkeit eine Existenzberechtigung hätten. Einige sehr wichtige haben in die Studie leider keinen Eingang gefunden. Dazu zählten vor allem der Zugang und die Qualität des öffentlichen Gesundheitssystems. Eine Gesundheitsversorgung, die sehr von den finanziellen Möglichkeiten der oder des Einzelnen abhängt, ist ein starker Indikator für soziale Ungerechtigkeit. Die USA sind ein gutes Beispiel dafür.

Auch der Beitrag den die öffentlichen Pensionen zur Vermeidung von Altersar-

INFO & NEWS

Die Studie der Bertelsmannstiftung stellt **Österreich im OECD-Vergleich nur ein mittelmäßiges Zeugnis im Bereich der sozialen Gerechtigkeit** aus. Die in der Studie am besten bewerteten Staaten sind die nordischen: Island, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland. Die Ergebnisse scheinen durchaus plausibel, sollten aber auch nicht überbewertet werden, weder im Positiven noch im Negativen.

mut leisten kann als Gerechtigkeitskriterium dienen. Es ist vielen wirtschaftlich schlechter gestellten Personen aufgrund ihres niedrigen Einkommens nicht möglich, sich zusätzlich privat zu versichern. Diese Menschen sind auf die Leistungen des öffentlichen Pensionssystems angewiesen, um im Alter keine allzu großen Einschnitte in ihrem Lebensstandard hinnehmen zu müssen. Würden die beiden genannten Indikatoren in der Studie der Bertelsmannstiftung Berücksichtigung finden, hätte Österreich im OECD-Vergleich wahrscheinlich eine bessere Platzierung erreicht.

Internet:

Bertelsmann-Studie zur sozialen Gerechtigkeit
tinyurl.com/3484t5q

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
norman.wagner@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Soziales Europa vor dem Aus?

Die von Merkel und Sarkozy vorgeschlagene Wirtschaftsregierung sorgt vor allem bei den ArbeitnehmerInnenvertretungen für heftige Debatten und Kritik.

Autorin: Amela Muratović

Mitarbeiterin der Öffentlichkeitsarbeit
des ÖGB

Die Eurozone befindet sich in einer Schuldenkrise. Ein „Pakt“ der Euro-Länder soll den Euro krisenfest machen und die Eurozone aus der Schuldenkrise führen: Das ist der Plan der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatschef Nikolas Sarkozy. Beim EU-Gipfel in Brüssel Anfang Februar schlugen sie ihre Pläne für eine EU-Wirtschaftsregierung vor. Die Schuldenbremse nach deutschem Vorbild ist nur ein Punkt des Paktes, weiters sollen die Steuern angepasst und das Pensionsantrittsalter in der Eurozone angehoben werden. Ein Punkt, der nicht nur in Österreich für Unmut sorgte, ist der geplante Eingriff in die Lohn- und Sozialpolitik. Geht es nach Merkel und Sarkozy, sollen Lohnerhöhungen von der Inflationsentwicklung entkoppelt werden, wie das zum Beispiel in Belgien und Portugal der Fall ist. Die beiden Regierungschefs wollen also all jene Themen der Wirtschaftspolitik unter einen Hut bringen, die bisher in der Zuständigkeit der einzelnen 27 Mitgliedsstaaten liegen.

Rettungsschirm der EU

Griechenland hatte Mitte Mai des vergangenen Jahres als erstes Land Finanzhilfen der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Millionenhöhe erhalten. Nun mehren sich die Zweifel, ob das Mittelmeerland in der Lage sein wird, seinen Verpflichtungen nachzu-

kommen und die enorme Summe zurückzuzahlen. Obwohl auch weitere Länder mit der Finanzkrise zu kämpfen haben, wird die Kredithilfe aus dem Rettungsfonds der EU und des IWF nach Griechenland nur an ein weiteres Land fließen: Irland. Das wurde im November 2010 bekannt. Anfangs gab es große Spekulationen über einen irischen Hilfsantrag und es schien, als würde Irland die Hilfe regelrecht aufgezwungen. Doch die EU begründete die Entscheidung mit der Sicherung der Finanzstabilität in der Europäischen Union und im Euroraum. Beide Länder mussten sich zu harten Sparmaßnahmen verpflichten. Anfang 2011 wurden dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) seitens der Gewerkschaften in Irland und Griechenland bedenkliche Entwicklungen bei der konkreten Umsetzung der Rettungspakete in beiden Ländern bekannt gegeben.

Die Gewerkschaften in Irland und Griechenland berichten, dass Kommissionsbeamte die Rolle des Sozialen Dialogs und der Kollektivvertragsverhandlungen ignorieren und direkt in die Lohnpolitik eingreifen. Neben Kürzungen bei Mindestlöhnen und Pensionen sollen auch die Arbeitsmärkte „flexibilisiert“ werden. Im Fall Irland geht die Kommission sogar einen Schritt weiter und verlangt, dass die Löhne „Marktbedingungen“ widerspiegeln sollen. Der EGB und auch ÖGB-Präsident Erich Foglar kritisieren diese Vorgangsweise heftig: „Die Idee der Europäischen Union war nicht ein Lohnwettbewerb nach unten. Die angedachten Eingriffe in die Arbeitsbeziehungen stehen im krassen Widerspruch dazu, wie in die Finanzwirtschaft, die

INFO & NEWS

Der neue Pakt

Noch vor dem EU-Gipfel Anfang März wollten die Staats- und Regierungschefs der 17 Euroländer, obwohl laut Merkel und Sarkozy der neue Pakt nicht auf die 17 Euroländer beschränkt wäre, Grundzüge des Wettbewerbspaktes bei einem Sondergipfel diskutieren und darüber entscheiden.

Politische Vorgaben

Der EU-Rettungsfonds war im Frühjahr 2010 als Reaktion auf die Krise in Griechenland geschaffen worden. Seither können hoch verschuldete Euro-Staaten finanzielle Hilfen in Anspruch nehmen. Die betroffenen EU-Länder müssen die Kredite mit Zinsen zurückzahlen. Zudem müssen sie sich zu finanz- und wirtschaftspolitischen Reformen verpflichten und ihre Haushalte konsolidieren.

der Ausgangspunkt der Krise war, nur sehr zögerlich eingegriffen wird, und wie man dabei zuschaut, wie die Kurse und Bonuszahlungen wieder steigen.“ Der ÖGB wandte sich damals bereits an die heimische Bundesregierung mit der Aufforderung, sich in der EU klar und deutlich gegen derartige Einmischungen auszusprechen.

Wettbewerbspakt

Merkels Plan löste heftige Debatten aus. Für die Gewerkschaften ist dieser Vorschlag ein weiterer Angriff auf die nationale Lohnpolitik und ein massiver Eingriff in die Tarifautonomie der Sozialpartner. Auch die von den überschuldeten EU-Ländern erhoffte Ausweitung des Euro-

Griechenland hatte Mitte Mai des vergangenen Jahres als erstes Land Finanzhilfen der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Millionenhöhe erhalten. Nun mehren sich die Zweifel, ob das Mittelmeerland in der Lage sein wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen und die enorme Summe zurückzuzahlen.

Rettungsschirmes wäre zukünftig an noch härtere Gegenbedingungen geknüpft. Auch Bundeskanzler Werner Faymann meldete sich zu Wort und unterstützte die Sozialpartner: „In Österreich fahren wir sehr gut damit, dass die Tarifverhandlungen Sozialpartnerverhandlungen sind.“ Die Diskussion finde er grundsätzlich richtig, in Lohnverhandlungen einzugreifen falsch. Der EGB reagierte scharf auf die Vorschläge zum Thema Wirtschaftsregierung: „Wettbewerbsfähigkeit darf nicht als Alibi benutzt werden, um in die Kollektivvertragssysteme in ganz Europa einzugreifen.“ Im EGB fürchtet man, dass Lohnkürzungen nur der Anfang eines Prozesses wären, der zu einer Aushöhlung der unterschiedlichen nationalen Systeme des sozialen Dialogs führen würde. „Das ist kein Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Das ist vielmehr ein Pakt für einen niedrigeren Lebensstandard, mehr Ungleichheit und mehr prekäre Arbeit“, sagt EGB-Generalsekretär John Monks.

Von einer ganz neuen Qualität der Euro-Zusammenarbeit sprachen jedoch Merkel und Sarkozy, als sie ihren „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ präsentierten. Man wolle der Welt demonstrieren, dass „wir politisch zusammenwachsen wollen, zu enger wirtschaftlicher Kooperation“, sagte Merkel.

Klare Worte dagegen

Mehrere Regierungschefs äußerten deutliche Vorbehalte gegen die vorgeschlagene Wirtschaftsregierung. Luxemburg und Belgien etwa lehnen eine Abkehr von der Praxis von Lohnerhöhungen, die sich an der Inflation orientieren, ab. Ge-

nauso wie der spanische Arbeitsminister **Valeriano Gómez**: „Wir haben sehr gute Erfahrungen mit der Anpassung der Löhne an die Inflation gemacht, die Übernahme des ‚deutschen Modells‘ würde für unser Land einen sehr radikalen Wandel bedeuten.“

Gegen Eingriffe ins Pensionssystem

Faymann stellt sich auch gegen Eingriffe beim Pensionsalter: „Ich persönlich halte das nicht für möglich, da es viele unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Ländern gibt.“ Beim Thema Pensionen gibt es auch ein klares Nein von der slowakischen Regierungschefin **Iveta Radičová**, die als einzige Regierungschefin Griechenland die Finanzhilfe verweigerte. „Wir können unsere Probleme nur lösen, wenn wir unsere Haushalte konsolidieren. Wenn es aber den Vorschlag gibt, in allen EU-Staaten ein einheitliches Pensionsalter einzuführen, dann muss ich Nein sagen“, sagt Radičová in einem Interview mit der Zeitschrift „Die Zeit“ und begründet das Nein erstens mit der niedrigen Lebenserwartung in der Slowakei und zweitens damit, dass das Pensionsalter in dem Land bereits schrittweise bis 2014 von 58 auf dann 62 Jahre angehoben wird. Auch Italien rebelliert gegen die geplante Schuldenbremse. Die italienische Regierung will sich nicht vorschreiben lassen, in welcher Höhe sie die Staatsschulden abzubauen soll.

Beim Neujahrsempfang des ÖGB und der Arbeiterkammer (AK) in Brüssel kritisierte Foglar die Einmischung von VertreterInnen der Europäischen Kommission in die Tarifautonomie von

Gewerkschaften, beispielsweise in Irland. „Die europäischen Gewerkschaften werden dagegen gemeinsam massiv auftreten. Wir stehen Schulter an Schulter, wenn es um eine Politänderung geht. Das gilt auch für die geplante Europäische Wirtschaftsregierung, denn damit darf keinesfalls die neoliberale Politik der vergangenen Jahre fortgesetzt werden“, sagte Foglar. AK-Präsident Herbert Tumpel führte Gespräche mit VertreterInnen verschiedener Fraktionen im Europäischen Parlament und der einhellige Tenor lautete: „Regulierungsbedarf für die Finanzwirtschaft ist angesagt.“ „Es kann aber nicht sein, dass die Finanzwirtschaft, die zulasten der ArbeitnehmerInnen und der Wirtschaft eine Krise verursacht hat, und die mit viel Aufwand gerettet wurde, die Situation jetzt umdeutet und behauptet, die Menschen hätten über ihre Verhältnisse gelebt, so wird’s nicht gehen“, so Tumpel. Auch **László Andor**, EU-Kommissar für Soziales, Beschäftigung und Integration, nahm Stellung zum deutsch-französischen Plan: „Wir brauchen einen stabilisierenden Mechanismus, und er muss permanent sein – er muss aber auch Wohlstand für alle bringen.“

Internet:

Homepage ÖGB-Europabüro
www.oegb-eu.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
amela.muratovic@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Economic Governance

Ist die EU-Wirtschaftsregierung der Einstieg in einen Wettbewerb des Lohn- und Sozialdumpings?

Autor: Oliver Röpke

Leiter ÖGB-Europabüro

Ein ganzes Bündel von Vorschlägen für eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU („Economic Governance“) kursiert derzeit in Brüssel und Europas Hauptstädten. Was auf den ersten Blick positiv klingt, könnte die entscheidende Weichenstellung für ein europäisches Wettbewerbsmodell niedrigster Löhne und Sozialstandards sein. Schon bei der Umsetzung der Rettungspakete für Griechenland und Irland hatte die Kommission massiv auf die Senkung von Mindestlöhnen gedrängt und Einschränkungen der KV-Geltung verlangt. Europas Gewerkschaften und der ÖGB protestieren gegen diese neoliberale Neuausrichtung der EU.

Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

Die Verwirrung scheint perfekt: Nach den Vorschlägen für die Economic Governance, auch „EU-Wirtschaftsregierung“ genannt, forderten Deutschland und Frankreich Anfang 2011 plötzlich einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, der seit Wochen verhandelt wurde und beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs Ende März beschlossen werden sollte. Doch dieser Pakt geht in die gleiche Richtung: Er ergänzt die bisherigen Vorschläge der Kommission und geht in einigen Bereichen deutlich darüber hinaus. Kommissionspräsident Barroso und Ratspräsident Van Rompuy hatten einen Vorschlag ausgearbeitet, der für die Staaten der Eurozone verbindliche Vorschriften vorsieht, deren Einhaltung regelmäßig über-

prüft werden soll. Mit einer koordinierten EU-Wirtschaftspolitik, wie sie die Gewerkschaften seit Jahren fordern und die Wachstum und Beschäftigung in den Mittelpunkt stellt, hat dieser „Pakt“ aber nichts gemein. Im Gegenteil: Er stellt Löhne und Produktivitätsentwicklung in den Mittelpunkt, beides soll in Zukunft streng überwacht werden. Die Hauptstoßrichtung ist klar: Die Lohnentwicklung soll möglichst niedrig ausfallen oder gar rückläufig sein, um Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Damit soll das deutsche Exportmodell der vergangenen Jahre, das zu einem Großteil für die gefährlichen makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU mitverantwortlich war, zum Vorbild für die ganze EU werden. In den ursprünglichen Vorschlägen wurde selbst vor Eingriffen in die Lohnpolitik nicht halt gemacht, die KV-Autonomie der Sozialpartner in Frage gestellt. Die Proteste des ÖGB und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) haben hier eine Entschärfung gebracht, sodass nun die Tarifautonomie ausdrücklich garantiert wird. Dennoch beinhaltet der Pakt weiter inakzeptable Punkte. Er verschärft die Sparpolitik auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen, sollen doch Leistungen der öffentlichen Pensionssysteme, die Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen allgemein in Zukunft unter dem Gesichtspunkt der „langfristigen Tragfähigkeit“ reformiert werden. Auch die Arbeitsmärkte sollen weiter im Sinne von „Flexicurity“ reformiert werden.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielt in der Diskussion Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn. Immerhin sagt der unverblümt, worum es geht: „Die Lohnpolitik wird das Kernstück des

Wettbewerbsfähigkeitspaktes der Eurozone sein“, so der Kommissar Anfang März zum Handelsblatt. Doch er geht noch weiter: Er greift Flächenkollektivverträge an und fordert „dezentrale Lohnabschlüsse“ auf Unternehmensebene, um die Inflation niedrig zu halten und das Wachstum zu fördern. Die Stoßrichtung ist auch hier eindeutig: Durch Verlagerung der KV-Verhandlungen auf betriebliche Ebene sollen allgemeingültige Lohnerhöhungen erschwert werden.

„Dumme Lohnerhöhungen“?

Der Chef der europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, legte gleich nach und verurteilte Lohnerhöhungen in der Eurozone: „Das wäre das Dümme, was man machen könnte.“ Es ist eine breit angelegte Strategie der Kommission, einer Reihe von Mitgliedsstaaten und der EZB, dass die Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise in erster Linie von den ArbeitnehmerInnen getragen werden sollen. Der EGB entgegnete Trichet sofort: „Zielen Sie auf das richtige Ziel – die Banker, nicht die ArbeitnehmerInnen!“, rief EGB-Generalsekretär John Monks die wirklich Verantwortlichen für die Krise und ihre finanziellen Folgen in Erinnerung. Für sie heißt es „Business and Boni as usual“. Eine weitere Lohnzurückhaltung würde eine Wachstumsbremse darstellen und zu einer Schwächung der Binnennachfrage führen.

Das eigentliche Gesetzespaket der Kommission für eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung, die „Economic Governance“, geriet dabei fast in den Hintergrund. Dabei sind die Ende September 2010 vorgeschlagenen sechs Rechtsakte,

die derzeit in Rat und EU-Parlament beraten werden, von mindestens ebenso großer Sprengkraft: Sie reichen von einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bis zur Bekämpfung „makroökonomischer Ungleichgewichte“. Haushaltsdisziplin und Schuldenstände der Mitgliedsstaaten sollen noch stärker bekämpft werden, die haushaltspolitische Überwachung wird verschärft. Vorgesehen sind auch finanzielle Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten, die die Ziele nicht erreichen: Sie können von verzinslichen Einlagen in Höhe von 0,2 Prozent des BIP bis zu Strafzahlungen und verstärkten Sanktionen führen. Besonders bedenklich: Die Strafzahlungen sollen nach Willen der EU-Kommission durch eine demokratiepolitisch fragwürdige „umgekehrte Mehrheitsregel“ quasi automatisch in Kraft treten: Sanktionsvorschläge der Kommission gelten als angenommen, wenn sie der Rat nicht innerhalb von zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit ablehnt.

Warnmechanismus geplant

Einer der Vorschläge umfasst die regelmäßige Bewertung makroökonomischer Ungleichgewichte und führt einen Warnmechanismus ein. Mit ausgewählten Indikatoren sollen „problematische makroökonomische Ungleichgewichte“ ermittelt und bekämpft werden. Über die Indikatoren herrscht Unklarheit, allerdings sollen wieder „Lohnstückkosten“ herangezogen werden – also erfolgt auch im Economic-Governance-Pakt eine Bezugnahme auf (steigende) Löhne. Hier vermutet nicht nur der EGB einen weiteren Angriff auf Lohnpolitik und Tarifautonomie der Gewerkschaften: „Je nach Art des Ungleichgewichts können die Politikempfehlungen beispielsweise auf finanz- und lohnpolitische (!) Aspekte abstellen.“ Mit Änderungsanträgen versuchen die Gewerkschaften über das EU-Parlament noch Entschärfungen der Pläne zu erreichen.

Gleich zu Jahresbeginn hat mit dem sogenannten „Europäischen Semester“ ein weiterer Koordinierungsprozess der nationalen Budgetpolitik begonnen, der einen stärkeren Einfluss der EU auf die Haushaltspolitik bringen soll. Der erste Schritt, der „Jahreswachstumsbericht“ der EU-Kommission, legte die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen

EU-2020-Strategie fest und lässt nichts Gutes erahnen. Schon hier verlangte die Kommission „strikte Lohndisziplin“ zumindest für verschuldete Mitgliedsstaaten, eine weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors und eine Anhebung des Pensionsantrittsalters. Natürlich soll auch der „übermäßige Schutz“ unbefristeter Arbeitsverträge bekämpft sowie eine Reform angeblich „verkrusteter Arbeitsmärkte“ angegangen werden. All diese Initiativen haben eines gemeinsam: Sie bedeuten nichts Geringeres als eine völlige Umkehrung des Projektes Europa. Während in den vergangenen Jahren vorsichtige Schritte in Richtung Sozialunion gemacht wurden, nicht zuletzt durch neue Vorschriften im Vertrag von Lissabon, soll die EU wieder zu einem einseitig neoliberal ausgerichteten Projekt gemacht werden: Zu einer Wettbewerbsgemeinschaft, in der Staaten um die niedrigsten Löhne und die „tragfähigsten“ (= sprich bescheidensten) Sozialsysteme konkurrieren. Dies werden die Gewerkschaften nicht hinnehmen.

Aktionstag am 9. April 2011

ÖGB-Präsident Erich Foglar kritisierte die Ausrichtung der EU-Politik mehrmals vehement und rief den historischen Konsens beim EU-Beitritt Österreichs in Erinnerung: „Die Idee der EU war nicht ein Lohn- und Sozialwettbewerb nach unten.“ Der EGB stellt gar seine prinzipielle Unterstützung für das Projekt Europa in Frage und wird den für die Economic Governance notwendigen Vertragsänderungen nicht zustimmen. Die drohende Neuausrichtung der EU wird auch den EGB-Kongress in Athen vom 16. bis 19. Mai thematisch bestimmen. Sowohl beim EU-Gipfel am 24. März in Brüssel als auch zum europäischen Aktionstag am 9. April in Budapest plant der EGB massive Protestaktionen, an denen sich der ÖGB beteiligen wird.

Internet:

ÖGB-Europabüro
www.oegb-eu.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
oliver.roepke@oegb-eu.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

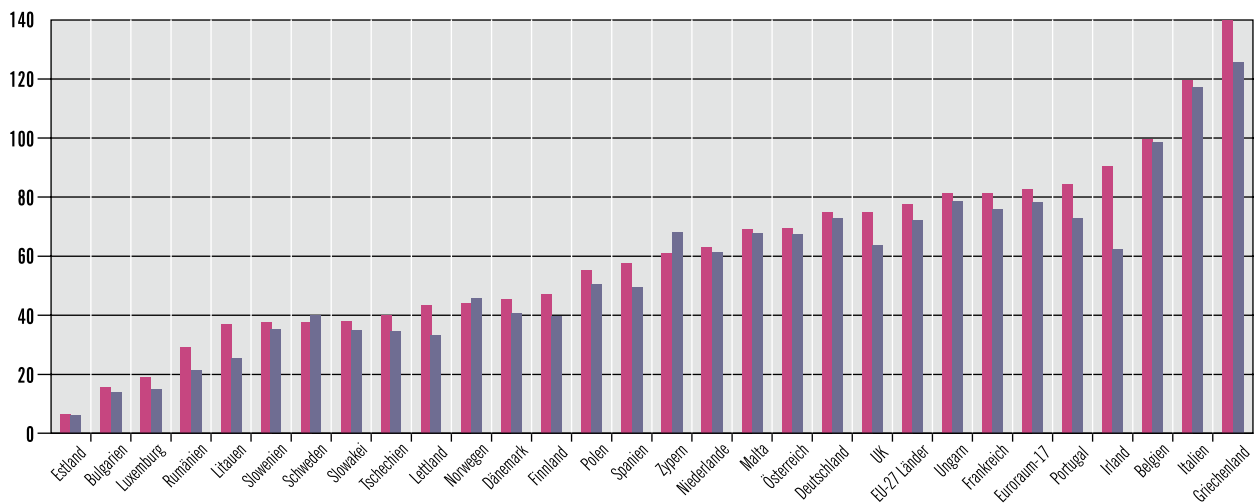
Die Lohnentwicklung soll möglichst niedrig ausfallen oder gar rückläufig sein, um Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Damit soll das deutsche Exportmodell der vergangenen Jahre, das zu einem Großteil für die gefährlichen makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU mitverantwortlich war, zum Vorbild für die gesamte EU gemacht werden.



Zahlen, Daten, Fakten

Öffentlicher Schuldenstand in % des BIP, 3. Quartal 2009 und 2010

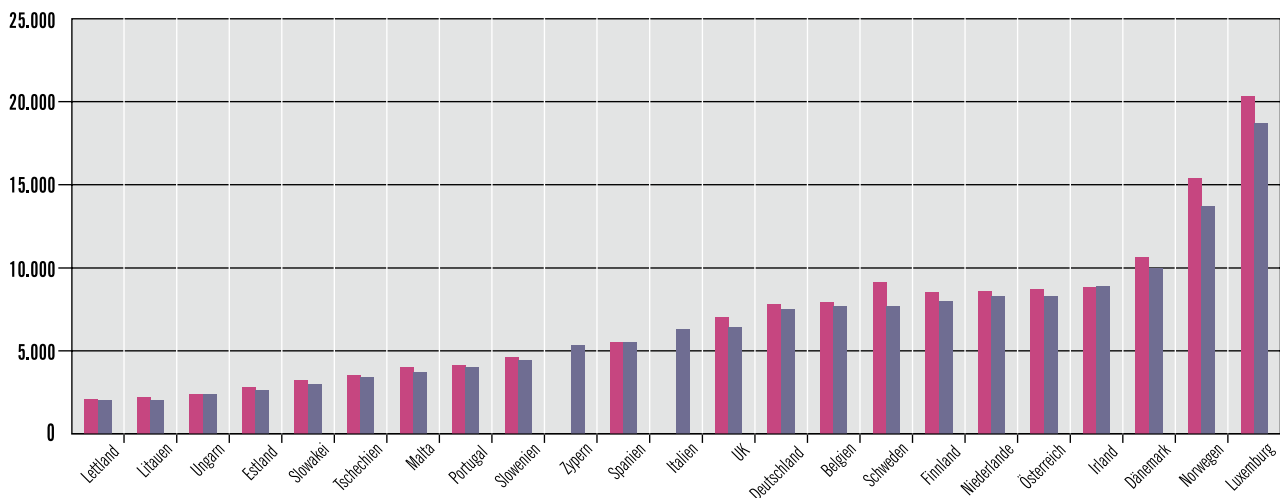
■ 2010 (3. Quartal) ■ 2009 (3. Quartal) in % des BIP



Arbeit&Wirtschaft-Grafik

BIP pro Kopf, 3. Quartal 2009 und 2010

■ 2010 (3. Quartal) ■ 2009 (3. Quartal) in €



Arbeit&Wirtschaft-Grafik

Während und nach der Krise

Ausgewählte Indikatoren „WÄHREND“ & „NACH“ der Krise													
Erfahrungen in ausgewählten Ländern (nach Sozialstaatstypus)	BIP real 08	BIP real 09	BIP real 10	Privater Konsum real 08	Privater Konsum real 09	Privater Konsum real 10	„Arbeitslosenquote 08“	„Arbeitslosenquote 09“	„Arbeitslosenquote 10“	Arbeitsgefährdete Personen VOR Sozialleistungen 09	Arbeitsgefährdete Personen NACH Sozialleistungen 09	Budget-Defizit 2010	Staatsverschuldung 2010
	jährliche Vdg. (in %)			jährliche Vdg. (in %)			in % (nach EU-Methode)			in % des BIP			
Skandinavisches Modell	0,3	-5,6	2,9	0,5	-2,4	2,0	4,8	6,6	7,0	26,1	12,8	-3,7	49,7
Dänemark	-1,1	-5,2	2,3	-0,6	-4,5	2,0	3,3	6,0	6,9	31,2	13,1	-5,1	44,9
Finnland	0,9	-8,0	2,9	1,7	-1,9	2,4	6,4	8,2	8,3	26,2	13,8	-3,1	49,0
Niederlande	1,9	-3,9	1,7	1,1	-2,5	0,2	3,1	3,7	4,5	20,5	11,1	-5,8	64,8
Schweden	-0,4	-5,1	4,8	-0,1	-0,8	3,4	6,2	8,3	8,3	26,6	13,3	-0,9	39,9
Korporatisches Modell	1,1	-3,5	2,3	0,8	0,4	1,0	6,5	7,4	7,5	24,7	13,8	-5,1	81,9
Deutschland	1,0	-4,7	3,7	0,7	-0,2	0,1	7,3	7,5	7,3	24,1	15,5	-3,7	75,7
Frankreich	0,2	-2,6	1,6	0,5	0,6	1,5	7,8	9,5	9,6	23,8	12,9	-7,7	83,0
Belgien	1,0	-2,8	2,0	1,5	-0,3	1,4	7,0	7,9	8,6	26,7	14,6	-4,8	98,6
Österreich	2,2	-3,9	2,0	0,5	1,3	0,9	3,8	4,8	4,4	24,1	12,0	-4,3	70,4
Liberales Modell	-1,8	-6,3	0,8	-0,7	-5,3	-0,2	6,0	9,8	10,8	34,0	16,2	-21,4	87,6
Irland	-3,5	-7,6	-0,2	-1,8	-7,2	-1,4	6,3	11,9	13,7	37,5	15,0	-32,3	97,4
Großbritannien	-0,1	-5,0	1,8	0,4	-3,3	1,1	5,6	7,6	7,8	30,4	17,3	-10,5	77,8
Mediterranes Modell	0,2	-3,4	-0,5	0,9	-2,2	-0,3	8,4	11,2	12,9	23,7	18,9	-7,8	101,6
Italien*)	-1,3	-5,0	1,1	-0,8	-1,7	0,4	6,7	7,8	8,4	23,2	18,4	-5,0	118,9
Griechenland	1,3	-2,3	-4,2	3,2	-1,8	-4,1	7,7	9,5	12,5	22,7	19,7	-9,6	140,2
Portugal	0,0	-2,6	1,3	1,8	-1,0	1,6	7,7	9,6	10,5	24,3	17,9	-7,3	82,8
Spanien	0,9	-3,7	-0,2	-0,6	-4,2	1,1	11,3	18,0	20,1	24,4	19,5	-9,3	64,4
EURO-Zone	0,4	-4,1	1,7	0,4	-1,1	0,6	7,5	9,5	10,1	23,9	15,9	-6,3	84,1
EU	0,5	-4,2	1,8	0,7	-1,7	0,7	7,0	8,9	9,6	25,1	16,3	-6,8	79,1

Q: Eurostat (AMECO) 8. 3. 2011, Herbstprognose 2010 der EU-Kommission; bei Subaggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt
Quelle: AK, Methode nach K. Aiginger (2009) in Soziale Sicherheit (4/2009), S. 182

*) Hinweis: Italien wurde in der ursprünglichen Darstellung dem korporatistischen Modell zugeordnet.

SCHLUSSFOLGERUNG: Länder mit hohen Sozialchutzstandards und gut ausgebauten sozialen Diensten – also Sozialstaaten nach kontinentaleuropäischer und skandinavischer Prägung – sind bei der „Krisenbewältigung“ erfolgreicher. Das „liberale Modell“ hingegen hat einen schweren Rückschlag erlitten. Damit wird „eindrucksvoll“ veranschaulicht, dass der Steuererhöhungswettbewerb (z. B. Irland) und struktureller Sozialabbau auch zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen führen (vgl. starke Krisenanfälligkeit durch einseitige Orientierung auf den Finanzsektor, überdurchschnittlich starker Rückgang der Wirtschaftsleistung, sinkende Konsumausgaben, steigende Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung sowie Destabilisierung der öffentlichen Budgets!).

Heeresdebatte

Wehrpflicht oder Berufsheer? Was steckt hinter der Heftigkeit und der Eile der Debatte? Warum soll Österreich auf einmal ein Berufsheer brauchen?

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist

Ständig wird seitens der Regierung beteuert, dass für Bildung, Gesundheit, Soziales oder öffentlichen Verkehr (z. B. PendlerInnen) wegen Sanierung der Staatsfinanzen nicht genug Geld vorhanden sei. Gleichzeitig aber wird über die Einführung eines Berufsheeres diskutiert, das bis zu doppelt so viel als das bisherige Bundesheer mit Wehrpflicht und Miliz, nämlich drei bis vier statt bislang zwei Mrd. Euro kosten soll. Ganz abgesehen von den Zusatzkosten für die Anwerbung von Berufssoldaten, die Bereitstellung von Katastrophenschutzaufgaben oder des Zivildienstes, der als Wehrersatzdienst gilt und im Falle eines Berufsheeres ersatzlos wegfallen würde. Würde man die dzt. rund 13.000 Zivildienstler durch mäßig entlohnte Angestellte ersetzen, kostet das laut Rotem Kreuz jährlich zusätzlich mindestens rund 351 Mio. Euro.²

Rekrutierungsprobleme

Kaum erwähnt wird, dass viele Länder mit Berufsheer (z. B. Holland, Großbritannien, Deutschland) ein Rekrutierungsproblem haben: Das von Verteidigungsminister Norbert Darabos bevorzugte Modell sieht vor, dass jährlich 2.000 Soldaten für ein Berufsheer ausgebildet werden sollen. ExpertInnen meinen, dass man drei bis fünf Bewerber pro Stelle benötigt, um einen qualifizierten Kandidaten zu finden. Eine Anzahl an Freiwilligen, die sich „auf dem Arbeitsmarkt so schnell nicht finden lässt“, meint dazu IHS-Chef Bernhard

Felderer. Er schlägt zudem – sicher nicht billige – Werbekampagnen vor, damit ein Berufsheer nicht zum „Auffangbecken für Niedrigqualifizierte“ wird.¹

Noch im Juni 2010 hat Verteidigungsminister Darabos erklärt: „Es wird mit mir als Verteidigungsminister keine Abschaffung der Wehrpflicht geben ...“² Nun tritt er vehement für ein Berufsheer ein und präsentiert sein Modell auf einmal als gleich oder nur wenig teurer wie das Bundesheer. Auch in den Medien wird kaum noch über die Kostenseite oder die anderen angeführten offenen Fragen gesprochen. Möglicherweise liegt der Grund darin, dass durch die einseitige Diskussion immer weniger ein Berufsheer wollen.

Ganz verschwiegen in der bisherigen Debatte und nicht erklärt wird, warum es jetzt auf einmal so dringend sei, ein Berufsheer einzuführen. Auch der Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres, Bundespräsident Heinz Fischer, stellt fest: „Wer hetzt uns? Die internationale Lage nicht, das Ausland nicht, der Nationalrat auch nicht.“³ Und: „Meines Wissens ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht im Regierungsprogramm enthalten.“⁴

Seit 1995 kooperiert Österreich im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ militärisch mit der NATO – einem internationalen Militärbündnis. Mit dem 1999 von der SPÖ/ÖVP-Koalition geänderten Artikel 23f der Bundesverfassung verpflichtet sich Österreich, auch die sogenannten „Petersberg-Aufgaben“, u. a. Kampfeinsätze zur „Friedensschaffung“ der EU voll mitzutragen – ausdrücklich auch ohne UNO-Mandat. Im

Kosovo stehen 500 Bundesheer-Soldaten im Rahmen der KFOR unter NATO-Kommando. Österreichische Soldaten, auch Panzer, wurden nach Afghanistan verlegt. Zuletzt ging es sogar in den Tschad. 2001 beschloss die ÖVP/FPÖ-Regierung die NATO-Option, 2004 die Teilnahme an den aufzubauenden EU-Kampftruppen (Battlegroups). Ab 2011 und in den kommenden Jahren beteiligt sich Österreich aktiv mit mehreren Hundert Soldaten an den EU-Battlegroups.

EU-Militärstrategie

Schon 1999 hat die EU die Entscheidung gefällt, eine EU-Eingreiftruppe, in Form von Kampftruppen für globale Krisen- und Kriegseinsätze, verharmlost als „Frieden schaffende Maßnahmen“ bezeichnet, aufzustellen. Zehn Jahre danach hat die EU schon 22 Einsätze, bei denen insgesamt schon ca. 70.000 Mann in verschiedenen Ländern stationiert wurden. Im Endausbau soll diese Kriegstruppe 360.000 Mann ausmachen. Das Ziel der EU beschreibt der frühere Leiter der EU-Sicherheits- und Außenpolitik, **J. Solana**, in der öffentlich kaum bekannten EU-Militärstrategie-Studie für 2020 ganz klar:

„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt und muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen ... Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil

¹ Presse, 6. 2. 2011

² Beim Festakt „50 Jahre Österreichische Offiziersgesellschaft“, tinyurl.com/6z8tsut

³ Kleine Zeitung, 21. 1. 2011

⁴ Standard, 15./16. 1. 2011

Wehrpflicht oder Berufsheer? Was steckt hinter der Heftigkeit und der Eile der Debatte? Warum soll Österreich auf einmal ein Berufsheer brauchen?

als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen ... Die USA und EU müssen in ihren Plänen gemeinsam vorgehen ... Jedoch in den Fällen, in denen die USA die NATO nicht zum Krisenmanagement einsetzen will, brauchen die Europäer die Kapazität, allein zu handeln ... Die OECD-Staaten ... müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie ... Die Nr.-1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses ... sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen ...“⁵

Seit dem EU-Vertrag von Lissabon können diese Kampftruppen sogar für Militäreinsätze im Inneren der EU eingesetzt werden.⁶

Vorleistung Eurofighter

Wer glaubt, dass dies alles nichts mit Österreich zu tun hat, dem sei der unter der ÖVP/FPÖ-Regierung erfolgte und unter SPÖ-Minister Darabos vollzogene Eurofighter-Kauf in Erinnerung gerufen: Gesamtkosten auf 20 Jahre zwischen fünf und sechs Mrd. Euro. Wofür? Der Euro-

fighter ist ein Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Generalmajor Günter Höfler, Streitkräftekommandant des Bundesheeres: Die Eurofighter dienen dazu, für „Kampfeinsätze im Europäischen Verbund“, mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, dem Nahen Osten und dem Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen.⁷

Da 80 Prozent der ÖsterreicherInnen für die Beibehaltung der Neutralität sind, wird jetzt in der neuen Sicherheitsdoktrin behauptet, dass ein Berufsheer und die Teilnahme an EU-Kampfeinsätzen mit der Neutralität vereinbar seien. „Nennen wir uns halt neutral“, empfiehlt auch Kurier-Chefredakteur Helmut Brandstätter der Politik, um aus ihrem Dilemma herauszukommen und trotzdem an der „verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Armeen“ teilnehmen zu können.⁸ Es ist dies de facto eine Einbindung Österreichs in die EU-Militarisierung. Dies macht Österreich nicht sicherer. Im Gegenteil: Es macht Österreich zu einem Kriegsteilnehmer und somit auch zum Angriffsziel. Genau dies ist aber mit der Neutralität grundsätzlich nicht vereinbar.⁹

In seinen Statuten hat der ÖGB die Erhaltung und den Ausbau der Neutralität festgeschrieben. In seinem Grundsatzzprogramm 2009 forderte der ÖGB eine „aktive Neutralitätspolitik“ und „die Revision der sicherheits- und rüstungspolitischen Teile des Vertrags von Lissabon“. Er verlangt „angesichts des Ausbaus der EU-Rüstungsindustrie die Rücknahme der Novellierungen des Kriegsmaterialien- und des Truppenaufenthaltsgesetzes von 2001, d. h. un-

ter anderem die Wiederaufnahme des Neutralitätsvorbehalts und eine strikte Bindung an Beschlüsse des Weltsicherheitsrats“. Weiters betrachtet der ÖGB die „EU-Battlegroups, die nicht an ein Mandat des UN-Sicherheitsrats gebunden sind, als Ausdruck einer neutralitätswidrigen und militarisierten Außenpolitik und lehnt eine Teilnahme Österreichs an diesen daher ab“.¹⁰

Gefährliche Irreführung

Die BefürworterInnen eines Berufsheeres im Rahmen der EU sagen, sie stünden auf der Seite der Jugend und geben ein „Aus für die Wehrpflicht“ als Abrüstung aus. Vor dem Hintergrund des Geschilderten entpuppt sich das als zynisch und fahrlässige Irreführung der arbeitenden Menschen. Ein Berufsheer wird zudem gerne als „Freiwilligenheer“ bezeichnet und damit so getan, als ob es heutzutage keine Wahlfreiheit bezüglich der Wehrpflicht gäbe. Doch kein junger Mensch in Österreich wird zum Waffendienst gezwungen. Jeder kann auch Zivildienst leisten. Das heißt, ein Freiwilligenheer gibt es bereits.

Internet:

Bundesministerium für Landesverteidigung
www.bmlv.gv.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
w.leisch@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁵ tinyurl.com/mn6v7k

⁶ Vgl. Vertrag von Lissabon, Amtsblatt der Europäischen Union, 17. 12. 2007, Seiten C 306/34 ff., insb. Artikel 28

⁷ Kleine Zeitung, 13. 12. 2005, ORF MJ, 6. 6. 2010

⁸ Kurier, 26. 2. 2011

⁹ Vgl. Bundesverfassung Art. 9; Neutralitätsgesetz Artikel 1.(1) tinyurl.com/6a8ps43

¹⁰ Grundsatzzprogramm, S 58 – 17. ÖGB Bundeskongress 2009

Für einen existenzsichernden Mindestlohn in Asien

Die „Asia Floor Wage Alliance“ (AFW) kämpft für fairen Lohn in der Textilbranche.

Autor: Werner Hörtnier
Journalist bei Südwind

In den für den Weltmarkt produzierenden Ländern der Bekleidungsindustrie, vor allem in Zentralamerika und Südostasien, sind in dieser Branche über 80 Prozent der Beschäftigten Frauen. Und ebenso ist es die Regel, dass der gesetzliche Mindestlohn nicht zum Überleben ausreicht, wenn Familien zu erhalten sind. Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren durch das starke Ansteigen der Lebensmittelpreise sogar noch verschlechtert, obendrein werden selbst die schlechten gesetzlichen Lohnbestimmungen nicht eingehalten. An der Armutsgrenze lebende Menschen geben ungefähr die Hälfte ihrer Ausgaben für Ernährung aus.

Arbeit rund um die Uhr

Mit exzessiven Überstunden und Zuschichten muss der Grundlohn aufgebessert werden, um das Überleben der Familie zu sichern. Der extreme Arbeitsstress wirkt sich natürlich negativ auf die Gesundheit und auf das Familienleben aus. Die Frauen verlassen frühmorgens das Haus und kommen spät am Abend zurück. „Meine Tochter sieht mein Gesicht nur an einem Tag in der Woche“, erzählt Amanthi, eine Arbeiterin aus Sri Lanka.

Der Ruf nach existenzsichernden Löhnen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, ist in den vergangenen Jahren immer stärker geworden. Die Verantwortung für die entsprechenden

Löhne und Arbeitsbedingungen läge eigentlich beim Gesetzgeber, doch locken die Länder der Weltmarktproduktion die Investoren und Auftraggeber gerade mit Hungerlöhnen sowie schlechten Arbeits- und Umweltschutzbedingungen an. Und die Produktionsbetriebe selbst wälzen den Preis- und Zeitdruck, dem sie durch den internationalen Standortwettbewerb ausgesetzt sind, auf die Arbeitskräfte ab.

So bleibt der Kampf um menschenwürdige Löhne eine Aufgabe der Gewerkschaften, die jedoch in vielen Ländern schwach strukturiert sind und in ihrer Arbeit behindert werden. Obwohl im Allgemeinen das Vereinigungsrecht gesetzlich verankert ist, ist die Gewerkschaftsfreiheit in Staaten wie Bangladesch, Sri Lanka, Honduras und vielen anderen stark beschnitten. Oder dieses Recht wird nur den staatlichen Gewerkschaften zugestanden, wie beispielsweise in China.

In Asien läuft seit einiger Zeit ein interessantes Experiment, wie diesem Dilemma entkommen werden kann. Vor vier Jahren, im Mai 2007, fand in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, ein erstes Planungstreffen der „Asia Floor Wage“-Kampagne statt, einer Initiative zur Einführung eines flächendeckenden existenzsichernden Mindestlohns in Asien. Es handelt sich dabei um den historischen Versuch, für Millionen von ArbeiterInnen in einer ganzen Industriebranche einen Lohn einzuführen, der nicht nur das nackte Überleben sichert, sondern auch Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Kultur. In der Kampagne sind Ge-

werkschaften, darunter auch die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITGLWF), Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Clean Clothes-Kampagne (CCC), das europaweite Netzwerk zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie, zusammengeschlossen.

Gründung 7. Oktober 2009

Nach mehreren Vorbereitungstreffen wurde die AFW am 7. Oktober 2009, dem „Internationalen Tag der menschenwürdigen Arbeit“, öffentlich lanciert. In Hongkong und Indonesien befinden sich Verwaltungsbüros; im internationalen Leitungsgremium sitzen auch VertreterInnen von Initiativen aus Europa, Kanada und den Vereinigten Staaten.

Immer mehr Gewerkschaften und arbeitsrechtliche Organisationen schließen sich der Allianz an, die mittlerweile bereits elf asiatische Länder umfasst. Ziel ist es, in den Produktionsländern der Bekleidungsindustrie in Asien eine gemeinsame Lohnuntergrenze einzuführen, die nicht nur ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, sondern durch die einheitliche Lohnbasisberechnung auch den regionalen Wettbewerb verringert und die Verhandlungsposition der ArbeiterInnen stärkt.

„Die Asia Floor Wage Alliance ist keine bloße Gewerkschaftsinitiative, sondern Ausdruck einer neuen sozialen Bewegung“, sagt Ashim Roy, Generalsekretär des indischen Gewerkschaftsdachverbandes New Trade Union Initiative. Der studierte Mathematiker



Ziel ist es, in den Produktionsländern der Bekleidungsindustrie in Asien eine gemeinsame Lohnuntergrenze einzuführen, die nicht nur ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, sondern durch die einheitliche Lohnbasisberechnung auch den regionalen Wettbewerb verringert und die Verhandlungsposition der ArbeiterInnen stärkt.

INFO & NEWS

Das Asia-Floor-Wage-Modell

Die Berechnung eines existenzsichernden, über Ländergrenzen hinweg vergleichbaren Mindestlohnes für Asien erfolgt in fünf Schritten. Zuerst wird der AWF-Lohn definiert, und zwar auf Basis eines täglichen Bedarfs von 3.000 Kalorien für FabrikarbeiterInnen. Zu den Ausgaben für Ernährung werden in einem Verhältnis von 1:1 andere Ausgaben wie Unterkunft, Bekleidung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Transport usw. (non-food-cost) dazugerechnet. Schließlich soll vom AWF-Lohn eine Familie, d. h. eine Arbeitskraft und zwei Angehörige, leben können.

Auf Basis dieser Komponenten kann für jedes Land ein Mindestlohn in lokaler Währung errechnet werden, also Ausgaben für Ernährung für drei Personen mal zwei (non-food-cost).

Um den Mindestlohn über Landesgrenzen hinaus vergleichbar zu machen, wird eine theoretische Währung nach dem Konzept der Kaufkraftparität (PPP = Purchasing Power Parity) benützt. Dieses rechnet die unterschiedlichen Preisniveaus der einzelnen Länder ein. Dieser Grundlohn liegt gegenwärtig bei 475 PPP-Dollar, d. h. in jedem Land soll die umgerechnete Kaufkraft dieses Betrags als Mindestlohn angestrebt werden.

Gemäß diesem Berechnungsschema lag 2009 der AWF-Lohn in Bangladesch um 85 Prozent über dem gesetzlichen Mindestlohn, in Sri Lanka um 70 Prozent, in China um 59 Prozent und in Indonesien um 48 Prozent.

war maßgeblich an der Ausarbeitung des Berechnungsmodells für den AWF-Lohn beteiligt. Er gehört mit Anannya Bhattacharjee, Leiterin des internationalen AWF-Sekretariats, zu den führenden Köpfen der Allianz.

Die Arbeit für einen existenzsichernden Grundlohn ist allerdings nicht ungefährlich. Die von der AWF im Vorjahr inspirierten Streiks in Kambodscha und Bangladesch wurden von der Polizei mit brutaler Repression und der Verhaftung führender AktivistInnen beantwortet. Vorstandstreffen der Kampagne in Dhaka mussten schon mehrmals aus Sicherheitsgründen an geheimen Orten stattfinden, und immer wieder kommt es zu behördlichen Schikanen.

Verhaltenskodex für Auftraggeber

Die Einführung des Grundlohnes ist in den Produktionsbetrieben jedoch nur möglich, wenn die – meistens in Europa und Nordamerika angesiedelten – Auftraggeber ihre Geschäftspraktiken ändern. Sie müssen sich in ihrem Verhaltenskodex verpflichten, nicht nur den im Land der Zulieferfirma branchenüblichen oder gesetzlichen Mindestlohn einzuhalten, sondern sich zur Zahlung eines existenzsichernden Lohnes verpflichten. Angesichts der Tatsache, dass die Lohnkosten in der Produktion gerade einmal 0,5 bis drei Prozent des Verkaufspreises ausmachen, keine besondere Mehrausgabe.

Das AWF-Modell kann nur mit starken ArbeiterInnenvertretungen vor Ort funktionieren. Angesichts der großen Diskrepanz zwischen dem ge-

setzlichen Mindestlohn und dem AWF-Grundlohn kann dessen Umsetzung nicht von heute auf morgen erfolgen. Deshalb sollen die Auftraggeber einen Implementierungsplan mit konkreten Meilensteinen erstellen und öffentlich machen.

Noch erscheint die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns auf kontinentaler Ebene als Utopie, doch sind auf diesem Weg schon wichtige Schritte wie Planung und Berechnung umgesetzt worden. Die in der Asia Floor Wage Alliance praktizierte Zusammenarbeit von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem Süden und dem Norden kann den nötigen Druck schaffen, um bei diesem historischen Projekt weitere Fortschritte zu erzielen.

Internet:

Weiterführende Information:
Dokumentation „fairness en vogue“
der Erklärung von Bern vom 3. September 2010
www.evb.ch

Studie „Würdige Löhne über Grenzen hinweg:
Der „Asiatische Grundlohn““
Download auf
www.saubere-kleidung.de

Dort findet sich auch eine Protestmail-Vorlage
an 14 deutsche Unternehmen

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
werner.hoertner@suedwind.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

15a-Vereinbarung: Gängige Bezeichnung für eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern nach §15a des Bundesverfassungsgesetzes, mit der Gesetze, Verordnungen, Vereinbarungen etc., die an sich unter die Kompetenz der Länder fallen, bundesweit vereinheitlicht werden können. (Seiten 17, 32)

ambivalent: in sich widersprüchlich (Seite 14)

Andor, László: ungarischer Ökonom, geb. 1966, seit 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration. Andor gilt als eher links-orientierter Wirtschaftsfachmann und der ungarischen sozialistischen Partei (MSZP) nahestehend. (Seiten 17, 37)

Armutskonferenz: 1995 gegründetes Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung; die hier zusammengeschlossenen sozialen Organisationen betreuen und unterstützen mehr als 500.000 Bedürftige pro Jahr. (Seite 33)

Bertelsmannstiftung: 1977 vom Leiter des Verlagshauses Bertelsmann, Reinhard Mohn (1921–2009) ins Leben gerufene gemeinnützige Stiftung; Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind. (Seite 34)

EBIT: Earnings before interest and taxes = Gewinn vor Zinsen und Steuern (Seite 12)

EU-SILC: Community Statistics on Income and Living Conditions (Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen): Erhebung, durch die jährlich Informationen über die Lebensbedingungen der Privathaushalte in der Europäischen Union gesammelt werden. Auch die Republik Österreich nimmt, vertreten durch die Statistik Österreich, an diesem Projekt teil. Rund 4.500 Haushalte nehmen jährlich an SILC in Österreich teil. Die Adressen dafür werden zufällig aus dem Zentralen Melderegister (ZMR) gezogen. Drei Viertel der befragten Haushalte werden wiederholt befragt, um Veränderungen der Lebenssituation im Zeitverlauf feststellen zu können. (Seite 17)

FMA (Finanzmarktaufsicht): 2002 gegründete Institution zur Beaufsichtigung von Banken, Versicherungen, Pensionskassen, betrieblichen Vorsorgekassen, Wertpapierfirmen und Wertpapierdienstleistungsunternehmen, Investmentfonds, Finanzkonglomeraten sowie Börsenunternehmen. Als Behörde kann die FMA verbindliche Normen, wie etwa Verordnungen und Bescheide, erlassen oder Zwangsakte setzen (Konzessionen entziehen, Geschäftsleiter abberufen, Verwaltungsstrafen verhängen). Die beaufsichtigten Unternehmen werden über ihren gesamten Lebenszyklus begleitet. (Seite 24)

Gómez, Valeriano: sozialdemokratischer spanischer Politiker, geb. 1957, seit Oktober 2010 Minister für Arbeit und Einwanderung unter José Luis Rodríguez Zapatero. (Seite 37)

goutieren: gut heißen, Geschmack an etwas finden (Seite 14)

Gruppenbesteuerung: Zusammenfassen der steuerlichen Ergebnisse finanziell verbundener Körperschaften; dadurch wird ein steuerlicher Ausgleich zwischen Anfangsverlusten nach Neugründungen und Gewinnen des jeweiligen Mutterunternehmens ermöglicht. (Seite 13)

immanent: innewohnend (Seite 25)

implementieren: in ein bestehendes System einbauen (Seite 32)

Kenny, Enda: irischer Politiker (geb. 1951) der irischen Volkspartei Fine Gael, seit 9. März 2011 Ministerpräsident. (Seite 28)

Klein, Naomi: kanadische Journalistin, Schriftstellerin und Globalisierungskritikerin, geb. 1970, deren Eltern aus Protest gegen den Vietnamkrieg 1967 von den USA nach Kanada emigrierten. In ihrem ersten, 2000 erschienenen Buch „No Logo“ analysierte sie, wie klassische Produktionsbetriebe zu Lifestyle-Vermarktungsunternehmen wurden. Weitere Werke: Über Zäune und Mauern – Berichte von der Globalisierungsfront; Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. (Seite 21)

kohärent: zusammenhängend (25)

Kohäsion: (innerer) Zusammenhalt einzelner Bestandteile (Seite 35)

makroprudentiell: Der Begriff bezieht sich auf die Tätigkeiten einer Aufsichtsbehörde, deren Hauptaugenmerk auf den Finanzmarkt im Gesamten gerichtet ist. Im Gegensatz dazu versteht man unter „mikroprudentiell“ die Aufsicht einzelner Institute. (Seite 24)

Off-Shore-Zentren: Finanzplätze, die sich außerhalb des Geltungsbereiches einzelstaatlicher Währungshoheit extraterritorial entwickelt haben, z. B. internationale Freizonen oder Steueroasen wie die Bahamas. (Seite 24)

Petersberg-Aufgaben: 1992 auf dem Petersberg beim Gipfel des Ministerrats der Westeuropäischen Union (militärischer Beistandspakt zwischen Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Belgien und Italien) definierte Aufgaben. Diese sollten damals noch vor den Verteidigungsaufgaben der WEU durchgeführt werden und umfassten humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze etc. (Seite 42)

Radičová, Iveta: slowakische Soziologin und Politikerin, geb. 1956, stellvertretende Vorsitzende

der SDKÚ-DS (Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei), seit Juli 2010 Ministerpräsidentin. (Seite 37)

Roosevelt, Franklin Delano: US-Politiker (1882–1945), schon früh war Roosevelt als progressiver Demokrat bekannt, der für die Stärkung der Demokratie und eine gerechtere Weltordnung sowie für eine starke Position der USA eintrat. Während seiner Präsidentschaft (1933–1945) verfolgte er außenpolitisch die sogenannte „Good Neighbor Policy“ (v. a. gegenüber Südamerika), für eine starke Position der USA ohne imperialistische Tendenzen. (Seite 20)

Sekundärmarktrendite: Als Sekundärmarkt wird der Markt bezeichnet, auf dem bereits im Umlauf befindliche Wertpapiere gehandelt werden. Der Durchschnittswert aus den einzelnen Renditen dieser Wertpapiere (z. B. Anleihen) wird regelmäßig berechnet und veröffentlicht. Die SMR ist eine Maßzahl, wie hoch die Verzinsung bei mittelfristigen Geldveranlagungen ist. (Seite 12)

Shadow Banks: Unternehmen des Finanzsektors, die legal Bankgeschäfte betreiben, aber keiner Regulierung bzw. Beaufsichtigung unterliegen. (Seite 25)

Solana, Javier: spanischer (sozialistischer) Politiker, geb. 1942, 1995–1999 NATO-Generalsekretär, 1999–2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), ab November 1999 darüber hinaus auch Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU). Wegen seiner weitreichenden Kompetenzen wurde Solana auch als „Außenminister“ der EU bezeichnet. Heute ist er hauptsächlich wissenschaftlich tätig. (Seite 42)

Tories: Anhänger/Mitglieder der konservativen Partei; zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges wurden auch die Anhänger der britischen Krone so bezeichnet. (Seite 30)

Tucholsky, Kurt: deutscher Journalist und Schriftsteller (1890–1935), verstand sich als linker Demokrat, verfasste sozialkritische Werke, zum Teil in locker-frivolem Stil, er kritisierte unter anderem heftig die Politiker der Weimarer Republik, die nicht energisch genug gegen faschistische Tendenzen und die Anschläge gegen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. auftraten. 1930 emigrierte Tucholsky, der auch davor schon viel Zeit im Ausland verbracht hatte, nach Schweden. Werke: Rheinsberg – ein Bilderbuch für Verliebte, Schloss Gripsholm, Deutschland, Deutschland über alles, Sudelbuch. (Seite 13)

Verlag des Österreichischen
 Gewerkschaftsbundes GmbH
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien
 Telefon: +43 1 405 49 98-132
 Fax: +43 1 405 49 98-136
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

garantiert gut informiert

SOZIALLEISTUNGEN IM ÜBERBLICK 2011

Sozialstaat Österreich. Lexikon der Ansprüche und Leistungen



Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.) ||

Reihe: Ratgeber || 13. neu bearbeitete Auflage 2011 || 428 Seiten || Euro 29,90

Jetzt mit e-Book inside! || Mit Code zum Download!

ISBN: 978-3-7035-1474-6

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

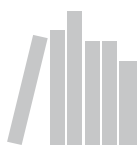
Das Buch zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

**KINDERGARTEN, SCHULE, LEHRE, UNI, WEITERBILDUNG
IM BERUF – BILDUNG IST FÜR ALLE UND FÜR IMMER.**

Gute Ausbildung und ständige Weiterbildung sind die Grundsteine für Chancen in der Arbeitswelt, gute Einkommen, ein sicheres Sozialsystem und einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort.



**BILDUNG
GEHT WEITER**

OGB

www.bildunggehtweiter.at

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPOSTAMT 1230 WIEN